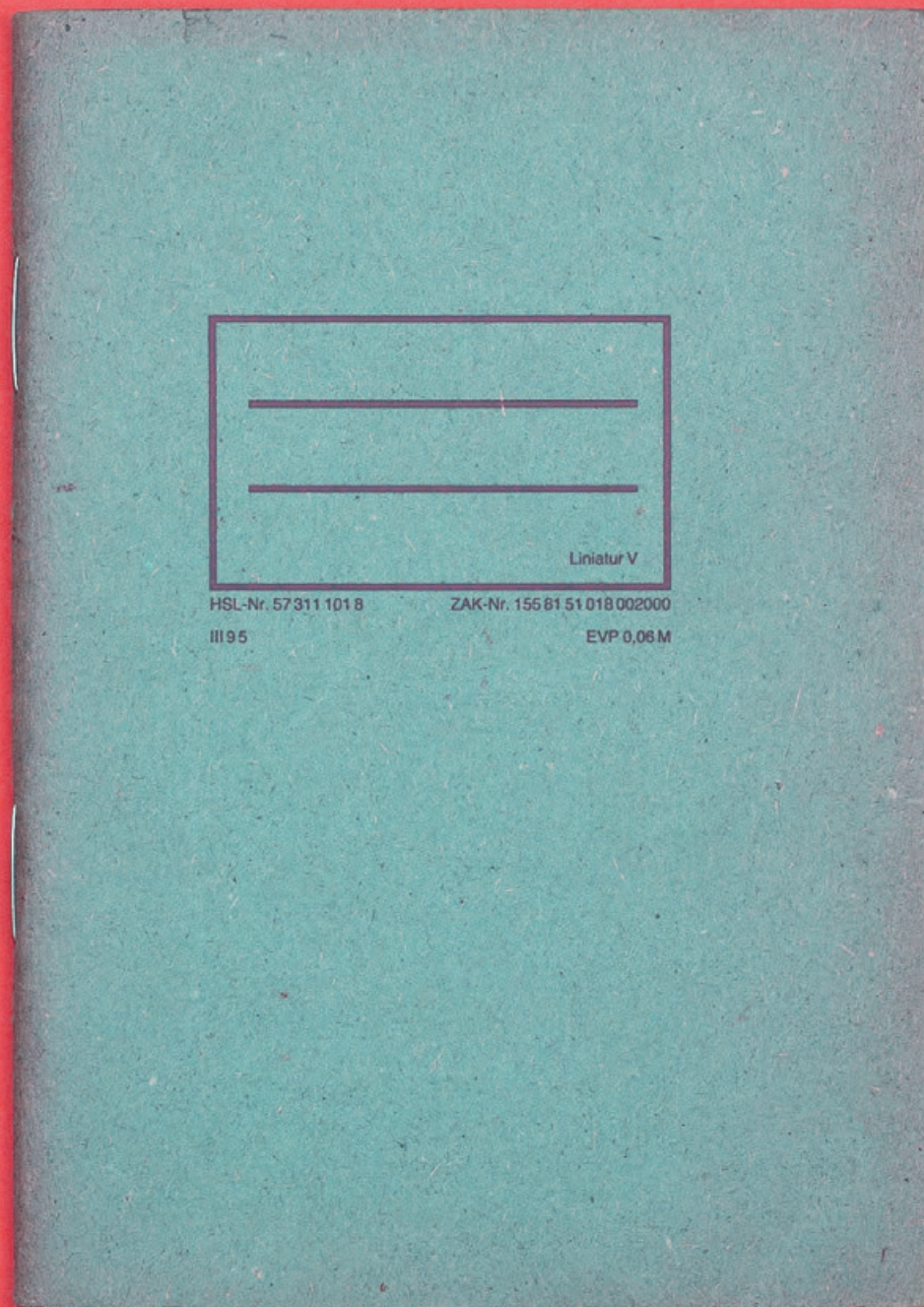


ASStA ZEITUNG

Uni Frankfurt · Sommer 2015



astat 

Themenschwerpunkt
Politische Bildung

Hrsg.	Mitgliederzeitung der verfassten Studierendenschaft der Universität Frankfurt a. M.
V. i. S. d. P.	AStA der Universität Frankfurt am Main
Anschrift	AStA-Vorstand (D. Katzenmaier, M. Dorn) Mertonstr. 26-28, 60325 Frankfurt a.M.
Web Mail	www.asta-frankfurt.de info@asta.uni-frankfurt.de
Redaktion	Henry Dill Martin Eickhoff Johannes Fechner Karla Ónodi Gwendolyn Zeuner
eMail	zeitung@asta.uni-frankfurt.de
Gestaltung	Dominik Heusel, gegenfeuer.net Björn Renkewitz, ustrich.tumblr.com
Druck	Bechtle Verlag&Druck
2. Auflage	3 500
Jahrgang	2015

Alisa Siegrist ist Mitglied der HSG Grünen,
Valentin Fuchs ist Mitglied der HSG Grünen,
David Wedmann ist Mitglied der HSG Grünen,
Laurien Simon Wüst ist U-Juso,
David Moebus ist U-Juso,
Max Rudel ist Referent für Politische Bildung,
Christian Schuller ist Mitglied der Fach-
schafteninitiative demokratische Hochschule,
Jonas Haug ist Mitglied der Linken Liste

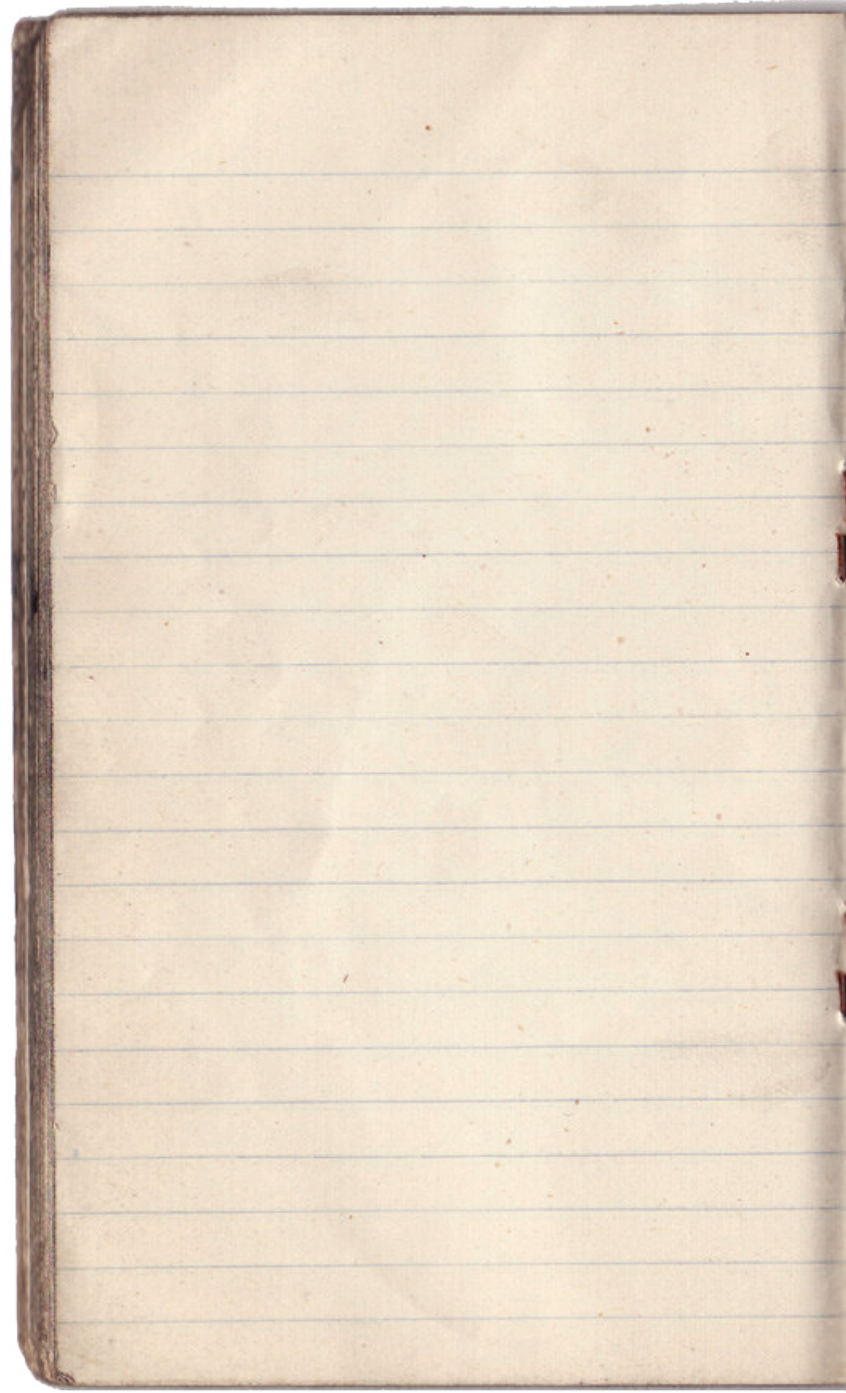
Die Inhalte der Artikel spiegeln nicht zwangs-
läufig die Meinung der Mitglieder des AStA
oder der Redaktion wider.
Die Rechte der Artikel liegen bei den
Autor*innen.

Eigentumsvorbehalt Keiner. Geben Sie diese Zeitung gerne jeder
x-beliebigen Person weiter.

Bildnachweise Seite 1 & 60 cydonna / photocase.com
Seite 6 Asta Zeitung
Seite 10 David Wedmann
Seite 13 koko / photocase.com
Seite 15 .marqs / photocase.com
Seite 16,34,41,42, 62, Gegenfeuer
Seite 29,30 Wikipedia
Seite 32 photocase / skylas80
Seite 46 Denise-Sophie / photocase.de

Die restlichen Bildrechte liegen bei den
jeweiligen Autor*innen

4	Editorial	56	Neues aus dem Stupa Zur (fehlenden) politischen Dimension des Pinkelns
6	(Re)Politisierung des Raums Universität?	57	Der Studentische Projektrat – Zweieinhalb Jahre Raum für studentische Partizipation
8	Kritisches Denken braucht – und nimmt sich – Zeit und Raum	58	Kaum gefördert und schlecht versichert – Erste Anmerkungen zum „Förderwerk Hessen“ und „Förderwerk Deutschland“
10	Politische Bildung – Kritik – Vermittlung	60	Dean's List – feine Auslese. Wie der Fachbereich Wirtschafts- wissenschaften Unternehmens- nachwuchs rekrutiert.
12	Fragment zur politischen Bildung	64	Kontakte & Adressen
14	„Ein Gespenst geht um in Hessen – das Gespenst heißt Tarifvertrag“		
16	Eine Verhältnisbestimmung von Gewerkschaften im Kapitalismus		
22	Gewerkschaften im Studium – Zur Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft im akademischen Diskurs		
26	Guy Debord: Die Gesellschaft des Spektakels – Über das Scheitern eines autonomen Tutoriums		
32	Wenn die Wahrheit sich nicht von selbst durchsetzt, gibt es keine Hoffnung		
34	Politisierung im internationalen Freiwilligendienst		
38	Warum macht ihr nichts gegen all das Leiden in der Welt?“		
39	Studieren Ohne Grenzen stellt sich vor		
40	„Pick-Up-Artists“: Ein fragwürdiges Phänomen von ‚Verführung‘		
44	„Pick-Up-Artists“ und Casanovas – eine künstlerische Technik der Liebe?		
46	„Räsonniert nicht, sondern ...“ Pädagogik als Maßnahme		
48	Zum 70. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz – Bericht einer Studienfahrt		
50	Module statt Adorno		
52	Nationalsozialistische Subjektivität Eine Untersuchung von Heideggers „Freiheit zum Tode“		
55	CampusQuizz		



Editorial

Politische Bildung sollte nicht nur das Thema der momentanen Ausgabe sein, sondern auch beständige Aufgabe und Funktion der AStA-Zeitung und ihrer Herausgeber*innen. Wir verstehen uns nicht als Informationsträger, der in Konkurrenz zu Tageszeitungen und Internetblogs steht, sondern als zentrales und unabhängiges Blatt, das allen universitäts-nahen Akteur*innen die Möglichkeit bietet, die uns alle betreffenden Probleme zu debattieren und damit auch an alle heranzutragen.

Um diese Aufgabe zu erfüllen, präsentieren wir euch wieder verschiedene Artikel, die uns einerseits eine kritische Perspektive auf das bieten, was politische Bildung in Theorie und Praxis bedeuten kann, und andererseits anschauliche Beispiele als ihrer eigentlichen Anwendung liefern.

Solche Bildung kann sich nur als Zwang und Entmündigung entfalten, damit die zu Erziehenden erst die möglichen Bedingungen ihrer eigenen Mündigkeit überhaupt erfahren können. Jonas Haug, einer unserer Autor*innen, hat diese Antinomie in der ersten Hälfte der Zeitung in sehr schöner Form zur Anschauung gebracht.

Dennoch, damit auch weiterhin jede*r die Möglichkeit hat, diese Zeitung als gegen-die-Uni-unabhängiges Sprachrohr zu nutzen, bleibt gerade hier dieser Zwang vor allen in Form einer gedruckten Zeitung bestehen. So möchten wir euch einen kleinen Überblick über den Heftinhalt bieten.

Aber vorab noch eine Bemerkung:

Wenn auch gleich wir uns über die zahlreichen Einsendungen zu den verschiedenen Aspekten sehr freuen, vermissen wir doch auch gerade die Beiträge derer, die im vergangenen Jahr durch lautstarke Kritik an der AStA-Zeitung ihren Wahlkampf vorantrieben. Wir hätten auch gern über ihre Ansichten zur Zeitung als offenes Sprachrohr für alle Studierenden oder ihrer Abschaffung gelesen. Zumal sie in der AStA-Zeitung auch den nötigen Platz zu Verfügung gehabt hätten. Darin sind wir Twitter und Twitlonger noch ein wenig überlegen, dass sich hier Argumente auch in wohlgeformter sprachlicher Weise ausbreiten lassen. Aber leider haben es die kritischen Kritiker*innen vorgezogen, zu schweigen.

Dafür haben wir spannende Initiativ-Einsendungen zu tagespolitischen Themen in der zweiten Hälfte der Zeitung.

In zwei Artikeln mit differenten inhaltlichen und methodologischen Ansätzen beleuchten die Autor*innen Kim Klecha und die FANTI-FA-Gruppe die Praxis der Akteure der Pick-Up-Artist-Szene. Es wird einen Überblick darüber gegeben, wie diese sexistische Stereotype gespickt mit eingeübten und übergreifigen Handlungsmustern reproduzieren, die symptomatisch für den allorts verbreiteten und eingelebten Sexismus stehen. Gerade in ihrer Ergänzung lassen sich beide Artikel in verschiedenen Fokussierungen desselben Themas lesen.

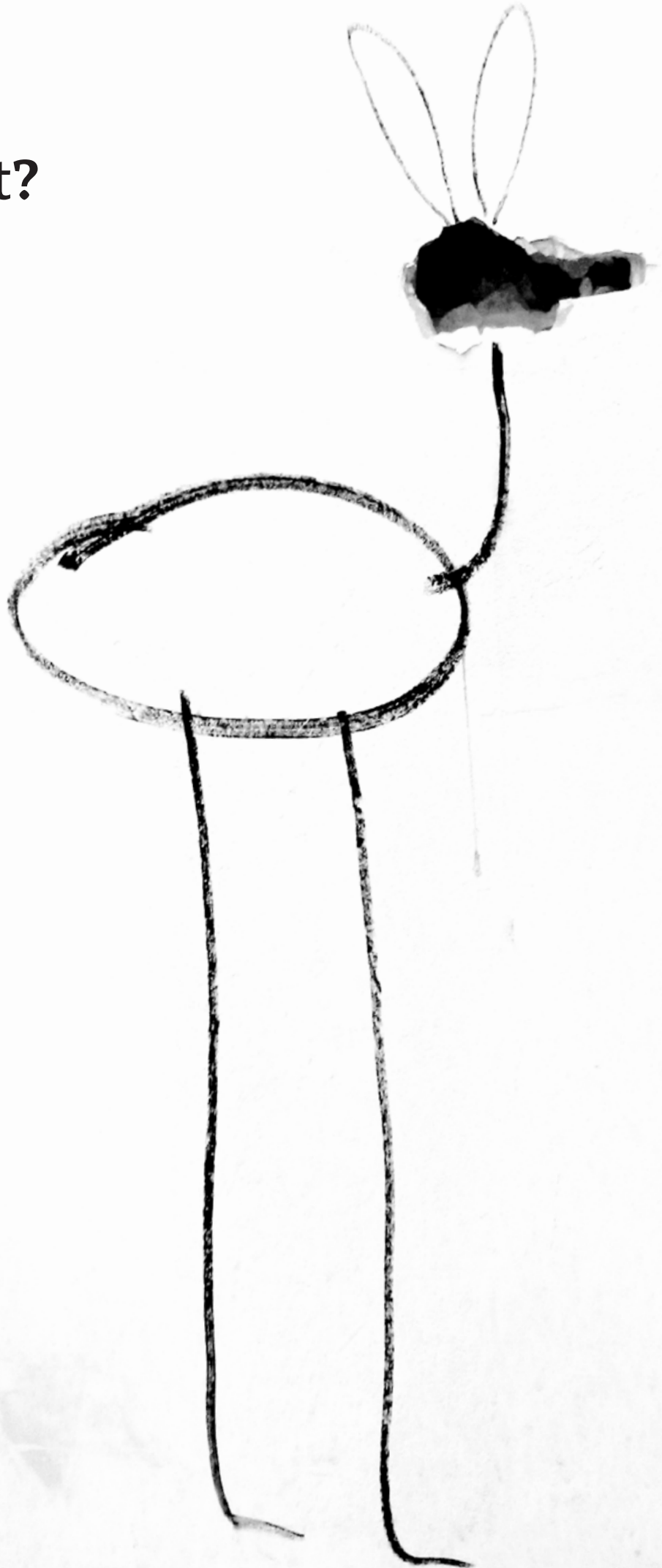
In einer kritischeren Gegenüberstellung verstehen sich die beiden Artikel zum Thema der Gewerkschaften und aus dem jüngst vergangenen Anlass der GDL-Bahnstreiks. Denn hier entäußert sich die Differenz auch inhaltlich und kann zwischen den Artikeln ausgetragen werden.

Wir wollen uns bei allen sich beteiligten Autor*innen und Gruppen für ihre Einsendungen bedanken und hoffen, dass sich bei der nächsten Ausgabe wieder viele die Mühe machen, ihre Einwürfe und Gedanken zu verschriftlichen und bei uns einzusenden. Für diejenigen unter euch, die einen größeren Vorlauf für die Textproduktion brauchen, möchten wir schon das Thema der nächsten Ausgabe nennen. Wir möchten in der folgenden Ausgabe das Problemfeld der vielen Vorurteile beleuchten: Studium, Migration und Asyl. Denn es gibt gute Gründe die Streitthemen solidarisch auch in die Universität hinein zu tragen und nach außen zu adressieren.

PS: Natürlich teilen wir nicht alle veröffentlichten An- und Einsichten unserer Autor*innen und distanzieren uns als Redaktion um ein Mindestmaß vom Geschriebenen.

(Re)

**Politisierung des
Raums Universität?**



Die AStA-Zeitungsredaktion ruft in dieser Ausgabe dazu auf, sich mit der politischen Bildung in der Studierendenschaft und Universität zu beschäftigen. In Zeiten von gesellschaftlichen Krisen, Brüchen, Ängsten und Unsicherheiten ist dies sicherlich eine große Aufgabe.

Mit der Transformation der Universität und Gesellschaft vom Fordismus zum Postfordismus muss sich auch eine politische Bildung, vor allem eine autonome, studentisch organisierte, fragen, welche Aufgaben und Funktion politische Bildung in der transformierten Universität und Gesellschaft hat bzw. noch haben kann. Kritische Theorie z. B. wird häufig nur noch sichtbar, wenn diese als Standortvorteil der Universität genutzt werden kann. Die Universitätsleitung spricht daher von der „Frankfurter Schule“ anstatt von Kritischer Theorie. In diesem Sinne wird lieber auf Kritische Theorie in der Lehre verzichtet und diese für irrelevant erklärt, da jedes Seminar kritisch sei, meint der ehemalige Präsident der Universität, Müller-Esterl. Lieber ehrte man* Adorno und Horkheimer mit Plätzen und Straßen. Diese Verdrängung der Bedeutung von Adornos Forderungen, dass Erziehung die Aufgabe hat, ein neues Auschwitz zu verhindern, wird dadurch konterkariert, dass mit der Umbenennung des Adorno-Platzes und der Horkheimer-Straße verhindert wurde, dass die Universitätsadresse den Namen eines Zwangsarbeiters des IG Farben-Konzerns, nämlich den Norbert Wollheims, trägt.

Die „verwaltete Welt“ im Kapitalismus, die Horkheimer und Adorno beschreiben und vor der sich die Universität als Teil der Gesellschaft nicht schützen kann, lassen die Verwaltungsaufgaben in unserer Gesellschaft wachsen. Dies kann man* am Beispiel der Umstellung der Magister- und Diplomstudiengänge auf Bachelor- und Masterabschlüsse begreifen. Der daraus resultierende erhöhte Leistungsdruck führt zu einer Verstärkung der Selbstdisziplinierung der Individuen.

Nicht nur die Bedingungen des Bildungswesens haben sich seit den 1960er Jahren grundlegend verändert, sondern auch die ökonomischen Bedingungen in anderen Lebensbereichen wie dem Wohnungsmarkt oder in der Lohnarbeit. Steigende Mieten und erhöhte Lebensunterhaltungskosten führen dazu, dass rund 70 Prozent der Frankfurter Studierenden neben dem Studium Lohnarbeiten müssen – auch das ist eine strukturelle Veränderung, die politische Bildung einbeziehen muss. Diese gesellschaftlichen Veränderungen sollen uns jedoch nicht zu einer romantischen Verklärung des Vergangenen führen. Ein Zurück in den Fordismus wird es nicht geben.

Die neuen Abhängigen der „unternehmerischen Universität“, durch prekäre und flexible Arbeitsverhältnisse gekennzeichnet, bestimmen den neuen Takt des Lernens und Arbeitens im Studium, die „Work – Life-Balance“ aller „Communitymitglieder“ muss schließlich stimmen. Anwesenheitslisten und aktive Teilnahme sollen sicherstellen, dass die Studierenden nicht auf dumme Gedanken kommen.

Durch die Selbstbeschäftigung des wissenschaftlichen Mittelbaus mit Evaluation und Anträgen für Drittmittel wird der wissenschaftliche und finanzielle Erfolg von diesen abhängig gemacht. Viele studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte werden überall dort eingesetzt, wo ehemals reguläre Arbeitsverhältnisse vorhanden waren. Gerade im Bereich der sozialen Infrastruktur (z. B. in Bibliotheken und Beratungsstellen) ist das zu beobachten. Auch die „outgesourcten“ Beschäftigten, die früher als administratives und technisches Personal an der Universität angestellt wurden, haben durch die Veränderung der Universität neue Aufgaben bekommen. So sollen sie heute in den neuen schicken Gebäuden am IGF-Campus für Ruhe und Ordnung vor den Studierenden sorgen. Ein Ausspielen zweier Statusgruppen gegeneinander soll somit verhindern, dass man* gemeinsame strukturelle Benachteiligung bemerkt und bekämpft.

Diese Veränderungen sind nicht erst Ergebnisse der Bologna-Reform oder der Rückverwandlung in eine Stiftungsuniversität, was von konservativer Seite gerne behauptet wird, sondern sind Konstanten in der Entwicklung der Gesellschaftsform des Kapitalismus im Wissenschaftsbetrieb. Schon immer war politische Bildung ein Motor von studentischem Protest,

sei es die Wollheim-Universität bei der Casinobesetzung 2009 oder die Gegenuniversität des Instituts für vergleichende Irrelevanz (IVI). Jedoch müssen solche Diskussionen und Veranstaltungen auch einen materiellen Umschlag finden. Wenn die Hilfskräfte, Wissenschaftliche Mitarbeiter*innen und das outgesourcte Personal gemeinsam streiken würden, müsste nicht nur im besten Fall die Universität geschlossen werden. Auch Wissen über autonome politische Bildung müsste sich angeeignet werden. Dies umfasst nicht nur inhaltliche Veranstaltungen, sondern auch eine gemeinsame Selbstverwaltung – Arbeiten an der Infrastruktur und Reproduktionsaufgaben (d.h. aufräumen, putzen und kochen) müssten gemeinsam organisiert werden. Welche Wirkung solche gemeinsamen Aktionen haben können, zeigt das Beispiel der Räumung des Audimax der Universität Wien am 23.12.2009. Der Grund der Räumung war, dass die studentischen Besetzer*innen allen Obdachlosen in Wien das Audimax als Schlaf- und Lebensraum zur Verfügung stellten und somit für einen Tag in Wien die Obdachlosigkeit abgeschafft wurde. Dieses Beispiel zeigt, dass eine Veränderung der materiellen Voraussetzungen und politische Bildung gemeinsam hohe Sprengkraft besitzen.

Nur als reflexiver Ort gedacht kann Universität Raum und Zeit für eine kritische Wissensaneignung bereitstellen. Dies wird aber nicht von selbst geschehen, sondern muss in sozialen Kämpfen entwickelt und angeeignet werden. Ein Zurückdrängen der Warenform und anderer Herrschaftsverhältnisse in Universität und Gesellschaft wird im Kapitalismus nicht spontan passieren, sondern braucht ein neues basisdemokratisches, organisatorisches Herzstück.

Das Problem an studentischem oder universitärem Protest ist vor allem die Diskontinuität von Selbstorganisation und breiter Mobilisierung unterschiedlicher Statusgruppen. Bei den Protesten in Québec, Kanada, vor zwei Jahren zeigte sich, dass die studentische Basisgewerkschaft ASSÉ - *Association pour une solidarité syndicale étudiante - zusammen mit anderen Statusgruppen der Universität und gesellschaftlichem Rückhalt eine Erhöhung von Studiengebühren verhindern konnte. Die Streiks und Demonstrationen mobilisierten zwischen 300.000 und 400.000 Menschen. Vielleicht könnte eine solche basisdemokratische Gewerkschaft die alltäglichen Kämpfe mit politischer Bildung verbinden, damit die Kritik der studentischen Bildung auch eine materielle wird und nicht im ideellen Raum verharrt und schließlich zu einer Repolitisierung und Wiederaneignung des Raums Universität führen kann.

von Oscar Zeta Acosta

Kritisches Denken braucht – und nimmt sich – Zeit und Raum

Im Jahr 2013 wurde das Institut für vergleichende Irrelevanz (IvI), nachdem die Universität das Gebäude für einen Verkaufspreis weit unter seinem eigentlichen Wert verkauft hat, durch einen gewaltsamen Polizeieinsatz geräumt. Ein Jahr später wurde der AfE-Turm gesprengt. Sowohl das IvI, als auch Räume im AfE-Turm – wie das Turm Café (Tuca) – waren Räume studentischer, kritischer Kultur. Ihr Wegfall wurde in den letzten Jahren nach der Eröffnung des PEG-Gebäudes auf dem IG Farben Campus zu ersetzen versucht, was auf Widerstand seitens der Universitätsleitung gestoßen ist. Der Versuch, sich neue Räume anzueignen, ist bis auf kleine Eckenischen gescheitert.

Mit der Ökonomisierung der Hochschule ist ein Niedergang der Kritischen Theorie einhergehend. Es besteht ein Widerspruch zwischen der ökonomisierten, unternehmerischen Hochschule und der Erfahrung Kritischer Theorie. Dieser liegt darin, dass Kritische Theorie die Erkenntnis bürgerlicher, kapitalistischer Kategorien und Elemente bedeutet, was eine Hochschule in ihrer momentanen Konzeption verhindert. In ihrem Aufbau spielen Markt- und Selektionsmechanismen, wie der Erwerb von Lernzertifikaten, die Orientierung am Arbeitsmarkt und die möglichst rasche und effiziente Abhandlung von Lehrinhalten, eine grundlegende Rolle. Dies entfremdet die Hochschule von ihrem eigentlichen Zweck und macht sie zur Ausbildungsstätte. Das Erlernen oder Erfahren kritischer Theorie erschöpft sich nicht im Lesen von Texten, welche dieser Theorie nahe stehen oder sie erklären. Zum Verständnis bedarf es eines grundlegenden kritischen Bewusstseins, das in der Lage ist, scheinbare Normalitäten zu hinterfragen und die Veränderbarkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse zu erkennen.

Schwierigkeiten bereiten der Herausbildung dieses Bewusstseins einerseits die Komplexität und Abstraktionsebene der Perspektive, welche diese Theorie einnimmt, und andererseits Zeit und Raum, welche sich als essentiell für die Reflexion über die Organisation der Gesellschaft herausstellen. Zeit und Raum sind deshalb grundlegend für die Erfahrung kritischer Theorie, da die Aneignung einer kritischen Perspektive den Ausbruch aus dem bürgerlichen Normalzustand bedeutet. Dass gesellschaftliche Verhältnisse konstruiert und veränderbar sind, leugnet die traditionelle Theorie. Dass aber Klassenverhältnisse, Geschlechts- und Sexualidentitätskonstrukte sowie rassistische und kulturalistische Stigmatisierungen überwunden werden müssen, offenbart sich in deren Analyse. Es stellt sich die Frage, wie ein derartiger Ausbruch aus gesellschaftlich zementierten Kategorien funktioniert, der notwendig ist für die Erkenntnis über die Konstruktion von Verhältnissen. Worin liegt der Zugang zur Erkenntnis der eigenen kapitalistischen und patriarchalen

Parameter? Was verursacht den Willen zur Veränderung gesellschaftlicher Zustände? Im Sensibilisierungs- und Politisierungsprozess spielen drei Faktoren eine zentrale Rolle: Eine Symbolik, welche stattfindende Aneignung und Intervention aufzeigt; ein Habitus, der emanzipatorische Praxis und bewusste Verhaltensweisen demonstriert und legitimiert, sowie ein Ort, der Raum und Anlaufpunkt zur Reflexion bietet.

Symbolik bedeutet die optisch sichtbare Aneignung von Freiräumen und Negierung von Hierarchien. Wirkungsstark ist Symbolik vor allem, wenn sie Sterilität oder Ästhetik durchbricht, wie beispielsweise im Aufbau des Campus IG-Farben. Gerade die als vollendet definierte Ästhetik des angeblich schönsten Campus Europas hemmt Reflexion, und seine Sterilität wirkt katalysierend für einen effizienten, reibungslosen und unreflektierten Alltag. Symbolische Brüche dieses Hochschulprogramms fördern deren Hinterfragung und transportieren Vorstellungen darüber, dass es Veränderungen geben kann und muss. Beispielhaft für symbolische Brüche sind bereits kleine räumliche Besetzungen, wie zum Beispiel das Aufstellen von Sofas. Bedeutungsvolle Symboliken sind Tags, Kritzeleien oder Beschriftungen, welche die weißen Wände sowohl aneignen als auch durchbrechen und darüber hinaus Kanäle schaffen, anhand derer inhaltliche Probleme oder Analysen aufgezeigt und ausgetauscht werden.

Im AfE-Turm wurden über Jahre hinweg Diskussionen an den Wänden durch diverse Studierende für alle öffentlich nachvollziehbar geführt. In der Sterilität des IG Farben Campus, wurde die Bologna-Reform architektonisch manifestiert. Die Universität wurde zum Raum für das Heranbilden einer stumpfen Masse, die schnell und ohne Innehalten den Universitätsbetrieb durchläuft. Jeder Versuch eines Tags oder „wilden Plakatierens“ wird unterbunden. Was am Campus Bockenheim von der Universitätsleitung toleriert wurde, wird nun sanktioniert.

Die Präsidiumsblockade im April 2015 gehört sicher zu den stärker ausgeprägten und eindrücklicheren Symboliken. In ihr zeigt sich auch, dass die Funktion von Symbolik, neben dem Bruch und dem Bewusstmachen, auch das Aufzeigen bereits bestehender Aktivität ist. Diese kann Sympathie und auch Solidarität bei außen stehenden Personen wecken und mobilisierend wirken.

Habitus meint Verhaltensweisen, die kritisches Bewusstsein anwenden und damit in Abläufe eingreifen. Interventionen, die Rassismus, Antisemitismus oder Sexismus aufdecken und bekämpfen, stehen hierbei an erster Stelle. Ein (selbst-)bewusster Umgang mit Situationen, in denen Menschen mit Diskriminierung konfrontiert werden, bedarf Gewandtheit. So bilden angemessene Reaktionen in problematischen Situationen nicht nur einen Raum, der antiemanzipatorische Positionen delegitimiert, sondern sensibilisieren auch

Außenstehende. Habitus wirkt sowohl durch Sensibilisierung am exemplarischen alltäglichen Fall als auch durch seinen mobilisierenden Charakter politisch bildend.

Beispielhaft sind Aktionen wie das Klauen der Anwesenheitsliste oder die Nutzung von Räumen des Studierendenwerks oder der Uni zum Aufhalten und Entspannen anstatt zum Essen und Arbeiten. Die autonomen Tutorien zeigen, dass der Habitus für politische Bildung relevant ist. Hier wird Studierenden eine selbstbestimmte Auseinandersetzung, die bewusst außerhalb des alltäglichen Unibetriebs stattfindet, ermöglicht.

Orte kritischen Denkens und Handelns stellen sich insbesondere in der Reproduktion Kritischer Theorie als Schlüsselfaktor dar. Menschen, die sich an der Hochschule oder am Campus noch neu orientieren müssen, sind häufig auf der Suche nach Zugängen, die den Einstieg in die Inhalte der Kritischen Theorie erlauben oder das Einfinden in die neue Umgebung ermöglichen. Räume, in denen bewusst versucht

wird, die Umstände der kapitalistischen Gesellschaft abzulegen, bilden eine ganz besondere Funktion in der Sozialisierung und Politisierung. Gerade wenn regelmäßig inhaltliche Veranstaltungen, Plenen zur Praxis Kritischer Theorie, Partys jenseits der Leitkultur oder einfach institutionalisierte Reflexion stattfinden, ist Bildung und Wissensweitergabe Funktion dieser Räume.

Der Mangel solcher Anlaufpunkte ist in Frankfurt durch den Umzug auf den Campus IG Farben und die Räumung des Instituts für vergleichende Irrelevanz immer deutlicher zu bemerken. Bestehende Gruppen besitzen häufig einen exklusiven Charakter und wirken als abgeschlossen Kollektiv, was den Zugang erschwert. So finden viele Studierende, die politisch aktiv werden möchten, sich häufig in reaktionären Zusammenhängen wieder, die mit der Praxis kritischer Theorie im Grunde nichts zu tun haben.

Speziell Orte als Element politischer Bildung zeigen die Notwendigkeit eines neuen Raumes am Campus IG Farben. Es

braucht Räume, um sich der Hektik des Bolognabetriebs zu entziehen, um Autonomie leben zu können, sich als Studierende die Universität wieder anzueignen. Nur so kann die Möglichkeit zur Reflexion geschaffen werden. Aufgabe der Kritischen Theorie ist es, Unordnung zu schaffen, die bestehende gesellschaftliche Ordnung zu durchbrechen.

Mit den Umbenennungen in diesem Jahr hat die Universität versucht, den letzten Schein der Frankfurter Schule wieder aufleuchten zu lassen. Insbesondere die Schaffung eines neuen „Theodor W. Adorno-Platz“, auf welchem noch immer das Kunstwerk „Body of Knowledge“ steht – gestiftet ausgerechnet von der Familie Quandt –, zeigt die Absurdität der Universitätspolitik.

Kritisches Denken braucht und nimmt sich Zeit und Raum: „Es geht [bei universitärer Lehre] nicht darum, ein Fass zu füllen, sondern eine Flamme zu entzünden.“ (Birgitta Wolff, Präsidentin der Goethe-Universität am 06.07.15).

von Alisa Siegrist, Valentin Fuchs

Politische Bildung

–

Kritik

–

Vermittlung



Für die Frage, was politische Bildung im universitären Kontext soll und wie sie vermittelt werden kann, lohnt es sich eingangs ein Zitat des Sozialphilosophen Oskar Negt näher zu betrachten: „Politische Bildung kann nicht gelingen, wenn die Systemfrage ausgeklammert bleibt. Wo leben wir? Was sind die bestimmenden Macht und Herrschaftsverhältnisse? Wenn diese Fragen als modernisierungsschädlich ausgeblendet werden, ist politische Bildung lediglich die Verdopplung der Realität.“ (Negt 2010, 24).

Eigentlich gibt Negt hier bereits eine ausreichende Definition und gleichzeitig die Voraussetzung für das Gelingen von politischer Bildung an. Aber sehen wir nochmal genauer hin. Er scheidet politische Bildung von jener Bildung, die nicht über Deskription und Legitimation bestehender Verhältnisse hinausgeht, wie beispielsweise die Art von Bildung die Teil des (heimlichen) Lehrplans (vgl. Hurrelmann 2008, 450) in der Schule ist. Die damit einhergehende Einlebung, Bestätigung und Festigung des Bestehenden ist eben jene Verdopplung der Realität im Negtschen Sinne. Dies bedeutet nicht, dass das Lehren und Lernen (und Forschen) über das Funktionieren der Welt, in der man* lebt (z. B.: das demokratische System der BRD), falsch oder unwert wäre, sondern, um *gelungene* politische Bildung zu werden, man ein Element hinzunehmen muss: die Systemfrage. Erst in der Annahme, dass es anders sein kann, geht die Bildung über Reproduktion und Legitimation des Gegebenen hinaus. Beim Nachdenken darüber, wie es anders sein kann, müssen wir allerdings zusätzlich normativ-ethische Fragen hinzuziehen: „Wo leben wir?“ bedeutet somit auch „Wo wollen wir leben?“. Auf diese Weise werden Alternativen und Verbesserungen zum Bestehenden überhaupt erst sicht- und denkbar.

Negt muss bei der Forderung nach dem Denken von Alternativen den Vorwurf der Modernisierungsschädlichkeit zurückweisen, was den Modernisierungstheorien selbst geschuldet ist. Modernisierungstheorien

bleiben im Rahmen der Moderne mit der Idee eines systemimmanenten Fortschritts, in dem gesellschaftliche Entwicklung als lineare Bewegung gedacht wird, bei der die zurückgebliebenen Teile sich bemühen, an den scheinbar fortschrittlichsten anzupassen. Nach diesem Bild gibt es Pioniere der Moderne und deren Nachzügler*innen, welche die kulturellen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und psychischen Entwicklungen entweder vorantreiben oder nachholen (vgl. Reißig 2009, 23). Alternativen bleiben erst einmal außen vor. Die Systemfrage wird nicht gestellt, da die Entwicklung der westlichen Moderne bereits zum Naturgesetz erklärt wurde. Daher muss Negt die Hinzunahme von Alternativen in der politischen Bildung verteidigen. Dennoch, so ganz einfach ist es nicht, das simple Infragestellen des Systems und das Hinweisen darauf, dass es auch anders besser sein kann, als ausreichend für politische Bildung zu betrachten. Daher muss die Systemfrage selbst weitergehend untersucht werden. Wie bereits angesprochen fußt die Systemfrage auf einer normativ-ethischen Vorstellung, oder, um es tiefergehend zu betrachten, auf einer bestimmten Form von Kritik gegenüber den vorgefundenen Verhältnissen. Um dieser System-Kritik habhaft zu werden, greifen wir auf Rahel Jaeggis drei Unterscheidungen von Kritik zurück (vgl. Jaeggi, 2015) und überlegen anschließend was dies für die Systemfrage der politischen Bildung bedeutet. Die erste Form der Kritik ist die externe Kritik. Diese bemisst die Dinge nach eigentlich äußerlichen Maßstäben. Die zweite Form ist die der internen Kritik, welche die Dinge an ihren eigenen Maßstäben bemisst. In diesen beiden Formen der Kritik werden spezifische Vorstellungen und Werte universalisiert und im ersten Fall auf andere und im zweiten Fall auf eigene Zustände angewandt und miteinander verglichen. Bevor wir überlegen, was das für die Systemfrage bedeutet, kommen wir noch zur dritten Form: die immanente Kritik. Diese misst die Dinge an ihrem Begriff. Erst hier treten die immanenten Widersprüche der Vorstellungen, Werte und Sachverhalte zu Tage. Die ersten beiden Formen entsprechen der Kritik, wie sie auch in Modernisierungstheorien geäußert wird und auch für die System-Kritik/-Frage könnten alle drei Formen der Kritik heranziehbar sein. Allerdings nur die immanente Kritik kann Auskunft darüber geben, ob bestimmte Sachverhalte in der Gesellschaft innere Widersprüche aufweisen, und lässt die Alternativen aus der Analyse heraus erscheinen, während externe und interne Kritik zum Universalismus und damit in der politischen Bildung zur Fremdbestimmung und Orthodoxie neigen. Was soll derart auf Systemfragen ausgerichtete politische Bildung an der Universität? Die Antwort ist eine zweifache und eigentlich schnell gegeben. Erstens: Erst durch derart politisch gebildete Akteur*innen im akademischen Feld, ist eine „kritische Wissenschaft“ überhaupt möglich, insofern wir in Wissenschaft mehr sehen

als eine weitere Verdopplung der Realität durch reinen deskriptiven Empirismus (Faktensammlerei), nämlich eine, die ihre eigenen Methoden, Fragestellungen und Ergebnisse zu hinterfragen vermag, und ihre Erkenntnisse in den Dienst (wirklicher) gesellschaftlicher Entwicklung stellt (was dies für die weitverbreitete Vorstellung wertfreier und zweckfreier Wissenschaft bedeutet, ist hier auf Grund der Kürze nicht auszuführen). Zweitens, um direkt anschließend und abschließend zur Vermittlungsfrage zu kommen, muss erinnert werden, dass Wissenschaftler*innen (und Intellektuelle) mächtige Einflussnehmer*innen auf den öffentlichen Diskurs und somit auf die Selbstwahrnehmungen von Kollektiven und Individuen sind. Sie haben neben Politik und Medien so etwas wie eine ‚erzieherische‘ Tätigkeit. Aber „wer erzieht die Erzieher[sic!] und was beweist, daß sie im Besitz »des Guten« sind?“ (Marcuse 1998, 61). Diese Frage bleibt ein scheinbar unbeantwortbares Paradoxon und wird auch gerne zum Vorwurf gegenüber linken Theorien und Bewegungen verwandt, eine ‚ideologische Erziehungsdiktatur‘ errichten zu wollen. Hierfür müssen wir noch einmal auf die drei Formen der Kritik zurückkommen. Wie bereits oben festgestellt neigen zwei der drei Formen zur Orthodoxie und zur Universalisierung. Das besonders in der externen Kritik Idealierte wird dem Bestehenden einfach gegenüber gestellt, ohne die immanenten Widersprüche zu erkennen und in die eigene Argumentation aufzunehmen. Wenn diese Art des Argumentierens in diesen ‚Erziehungstätigkeiten‘ der Wissenschaft (und der Gesellschaftskritik) Anwendung findet, ist der Vorwurf möglicherweise mitunter gerechtfertigt und somit nicht unbedingt gelungene politische Bildung erreicht. Erst mit der dritten Form der Kritik kann politische Bildung (auch wenn meist nur im Negativen) eine analytisch fundierte Perspektive präsentieren und vielleicht auch das Erziehungsparadox überwinden. All diejenigen, welche von ihrem Vorwurf der Erziehungsdiktatur einer wie beschriebenen gelungenen politischen Bildung nicht abrücken wollen, sind diejenigen, deren eigene Kritiken nicht über die internen und externen Formen der Kritik hinausgehen, und/oder aufgrund der eigenen Ideologie Erkenntnis mit Ideologie verwechseln.

von Max Rudel und Christian Schuller

Literatur

Oskar Negt, *Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform*, Göttingen 2010

Rahel Jaeggi, ‚Objektive Kritik‘ und Krise. Überlegungen zu einer materialistischen Grundlegung von Sozialkritik, in: Dirk Martin, Susanne Martin, Jens Wissel, *Perspektiven und Konstellationen kritischer Theorie*, Münster 2015

Herbert Marcuse, *Der eindimensionale Mensch*, München 1998

Klaus Hurrelmann, *Handbuch Sozialisationsforschung*, Weinheim 2008

Fragment zur politischen Bildung

Siegfried Krakauer formuliert in den zwanziger Jahren, es gäbe eine Gruppe von Menschen, die in Kaffeehäusern, Hörsälen oder an den Schreibtischen der Dachwohnungen sitzen und die eines eint: Sie warten.

In einer Zeit wie den Zwanzigern, in der politische revolutionäre Energie (man denke an die starke antiparlamentarische Stimmung der Weimarer Republik) und produktive intellektuelle Entwicklungen (man denke an die Psychoanalyse und vorsichtige Versuche eines Freudo-Marxismus) eigentlich zu wissenschaftlich-radikalem kämpferischem Optimismus einluden, registriert Krakauer eine Leere, die sich anders als in theologischen Begriffen kaum fassen lässt. Die Geste des „soll das schon alles sein?“, ist nicht zufällig kommunistischer und religiöser Sehnsucht gemein. Wird dieses Fehlende jedoch als Positivum umgedeutet, ist es zutiefst reaktionär (präfaschistisch, wenn man so will) und lässt im *eigentlichen Sein zum Tode* nichts übrig von der *Sehnsucht nach dem ganz anderen*, die freilich weitere Bedingungen hat, auf die wir möglicherweise im kleinen Rahmen Einfluss üben können: Adorno nennt das „Erziehung zur Mündigkeit“.

Adorno lässt sich 40 Jahre später zu der anthropologischen Spekulation hinreißen, die Menschen müssen, um überhaupt leben zu können, ihr Bewusstsein vom eigenen Tod verdrängen. Der Gedanke an die eigene Endlichkeit raubte ihnen andernfalls den Atem.

Darum warten die Wartenden auf den Messias, der kommt und den Schrecken des Todes bannt. So spricht der Aufklärer: „allein mir fehlt der Glaube“ – *soll das also alles gewesen sein?*

Es ist das Gefühl, dass etwas fehlt; die Regung des: *ist das schon alles?*, die damals wie heute den meisten Menschen verschlossen bleibt. Heute gibt es nur sehr Wenige, die warten. Die Massen sind verfallen an das Man, wie Heidegger, der größte Verräter der Freiheit, es formulieren würde. Da sich in diesem Ausspruch aber das Ressentiment gegen die bürgerliche Betriebsamkeit ausspricht, die heute tausende Konvertierte in den Kampf gegen die Gottlosen ziehen lässt, sollten wir es vielleicht anders formulieren: den Primaten unterscheidet vom Hamster, dass er sich im Spiegel erkennen kann. Den Menschen des Fichteschen Ich=Ich unterscheidet vom Primaten, dass er von sich abstrahieren, sich gleichsam von der eigenen sinnlichen Unmittelbarkeit getrennt vorstellen kann – diese Fähigkeit geht nun, da an Universitäten „Kompetenzen“ vermittelt werden und die Bibliotheken teilweise im Einklang mit der Wahrheit „Information-Center“ heißen, verloren. Das Kapital benötigt Arbeitskraftunternehmerinnen und die Studierenden folgen williger als die Hamster im Versuchslabor. Sie sprechen von ihrem Körper wie von einer gut geölte Maschine und die Parodie dessen, was einmal ihr Geist hätte sein können, muss nicht erst in den Lebenslauf übersetzt werden, den die Firmen bei der Praktikumsbewerbung sehen wollen: beides deckt sich lückenlos. Sie können kaum unterscheiden – wie der Wert, dem ihr Denken auf Schritt und Tritt folgt, kennen sie keine Qualitäten: Wie viele Praktika an Unis welchen Ranges? Wie viele Veröffentlichungen? Wie lange über der Regelstudienzeit? Ihr Denken ist unbeweglich, sie brauchen Definitionen. Für Kant kulminierte alle Philosophie in der Frage, was der Mensch sei – ihnen reicht zur Beantwortung dieser Frage ein Blick in den Brockhaus oder in Wikipedia. Sie sind radikale Nominatistinnen, gegen die Nuancen der Begriffe



traub, wie der Wert blind ist gegen Stahlbeton, der seine Quantität ausstrahlt und dieser gleichgültig gegen den menschlichen Zwangsarbeiter, der unter dieser Last zusammenbricht¹. Die Spanne der Aufmerksamkeit ist nicht länger als ein Witz, die es dauert, die Drehtür im PEG zu durchqueren. Angefangene Gespräche werden nicht fortgesetzt – wemgleich es zu denken ist, dass sie zumeist keine Fortschritte führen. Sie plappern und warten, bis sie mit Sprechen an der Reihe sind: die analytikerin könnte sicher zeigen, auf welche Phase zwischen ein und drei Jahren sie sich bei regredieren.

Wir können nicht fühlen, dass etwas fehlt, wir können wir sie auch nicht agitieren. Die politische Bildung prallt an ihnen ab, weil die Rezeptoren fehlen; wir können nicht von der Präkarisierung des akademischen Mittelbaus berichten oder von Folter

¹ Ein Bild. Es gibt natürlich auch Zwangsarbeitenden aus Indonesien. Diese werden jedoch nicht zum Betonschleppen und häufiger zur Prostitution gezwungen.

in iranischen Gefängnissen. Sie werden es als Anekdote zur Kenntnis nehmen, ihren Blick auf die Welt wird das nicht berühren. Das liegt daran, dass sie keinen Blick auf sich selbst haben, weil es da nichts zu betrachten gibt. Sie können nicht fragen, was sie hier tun und warum. Ihr Egozentrismus rationalisiert seine Gegenstandslosigkeit. Sie sehen nur das Grau in Grau, oder besser: die Kontingenz jeder Farbe und werden nicht müde, zu wiederholen, was ihren unsensiblen Ohren entgegenhallt: unsubstanzierter Stumpfsinn. In ihren Gesprächen geben sie schlicht wieder, was ihnen von draußen jeden Tag entgegenkommt. Ein selbstbewusstes Ich, ein Subjekt, müsste nicht unablässig sprechen, sondern wüsste um des Objektes willen zu verstummen. Es könnte den Phänomenen mehr abgewinnen, als sie sofort offenbaren wollen. Wenn das Ich weg ist, haben wir ohnehin keine Adressatin. Darum ist es völlig unfruchtbar, die Komplexität unserer Analysen zu Propagandazwecken künstlich zu senken. Geist, sofern er irgend noch vorhanden ist, möchte das

Geheimnis lüften, das einen Text umgibt, der sich ihm anfangs noch verschließt. Direkt zugänglich sind nur Produkte der Kulturindustrie. Unsere Flugschriften und Broschüren sind zu solchen geworden. Wir sollten aufpassen, dass wir abseits davon auch noch anderes zu sagen haben.

Politische Bildung kann nur Erziehung zur Mündigkeit leisten. Darüber haben viel klügere Leute schon viel Klügeres gesagt. Wir können uns also nur auf unsere eigene Suche begeben und allen die Hand reichen, uns zu begleiten. Wir kennen keine Wahrheit, die wir verkünden könnten.

Die Ausnahme bildet das Simpelste: das Grauen, das die Welt lückenlos umhüllt, muss dergestalt ausgesprochen werden, dass niemand sich darauf herausreden kann, er habe nicht gewusst.

von Annegreth Kahl

„Ein Gespenst geht um in Hessen – das Gespenst heißt Tarifvertrag“

Wer bisher wenig Berührungspunkte mit Arbeitskämpfen hatte, dem eröffnete dieses Frühjahr gleich mehrere Gelegenheiten, diese nachzuholen. Ob bei der Deutschen Bahn, bei der Post oder jüngst im Sozialbereich, hier insbesondere bei den Kitas, flächendeckend legten Arbeitnehmer*innen ihre Arbeit nieder. Im Kern kämpfen sie alle für bessere Arbeitsbedingungen, für mehr Gehalt und damit eine angemessene Wertschätzung ihrer Tätigkeit. Kurz, für die Anerkennung ihrer Arbeit, die oft erst sichtbar wird, wenn sie nicht mehr ausgeführt wird.

Unsichtbar sind an der Goethe-Universität Frankfurt aktuell knapp 2200 studentische Hilfskräfte, die in Bibliotheken, an Lehrstühlen, im Hochschulrechenzentrum, in der Verwaltung und im Präsidium überwiegend prekär beschäftigt sind. Bis heute weigert sich die Goethe-Universität, diese als Arbeiternehmer*innen anzuerkennen, indem sie Hilfskräfte beispielsweise noch immer als Sachmittel bezeichnet. Dass Sprache nicht zufällig gewählt ist, sondern Realität konstruiert und in diesem Fall auch determiniert, wird von der Universitätsleitung unter den Tisch gekehrt und das obwohl sich diese so gerne auf den „zwanglosen Zwang des besseren Arguments“ von Jürgen Habermas beruft. Hätte die Präsidentin die Theorie des kommunikativen Handelns zu Ende gelesen, wäre ihr vielleicht aufgefallen, dass Hilfskräfte gar nicht in der dafür strukturell notwendigen Sprechposition sind. Eine

strukturelle Bedingung für eine gleichberechtigte Sprechposition könnte durch einen Tarifvertrag für studentische Hilfskräfte institutionalisiert werden. Doch die Universität schiebt die Verantwortung für dessen Etablierung von sich. Sie verweist auf das Land Hessen und verhindert somit bewusst eine institutionalisierte studentische Interessenvertretung. Um ferner auf diesen Missstand aufmerksam zu machen, hat sich die Hilfskraft-Initiative gegründet. Die Hilfskraft-Initiative an der Uni Frankfurt ist ein offener Zusammenschluss für studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte. Sie ist unabhängig von Parteien, Gewerkschaften oder anderen Institutionen und versteht sich als eine Plattform für gegenseitigen Informations- und Erfahrungsaustausch und für die Artikulation von kollektiven Forderungen der Hilfskräfte. Die Hilfskraft-Initiative erhebt nicht den Anspruch, alle Hilfskräfte zu repräsentieren oder für diese zu sprechen. Sie ist vielmehr ein Netzwerk, welches basisdemokratisch Lösungsstrategien entwickelt. Themen der Hilfskraft-Initiative sind unter anderem eine angemessene Entlohnung von Hilfskräften, die konkrete Beschaffenheit der Arbeitsverhältnisse sowie die Möglichkeiten einer erfolgreichen studentischen Interessenvertretung, beispielsweise durch eine studentische Vertretung im Personalrat. Fast alle diese Forderungen könnten durch einen Tarifvertrag aufgenommen und umgesetzt werden. Ohne einen

Tarifvertrag erhalten Hilfskräfte aktuell ohne Bachelorabschluss 8,50 € pro Stunde, es gibt keine Zuschläge für Wochenendarbeit, der Urlaubsanspruch liegt bei 20 Tagen im Jahr und das Weihnachtsgeld ist eine freiwillige Zusatzleistung. Darüber hinaus erfolgt eine Lohnsteigerung ohne Tarifvertrag nur unregelmäßig und – wie die Vergangenheit gezeigt hat – nur auf massiven Druck der Beschäftigten. Die letzte Lohnerhöhung von 50 Cent wurde 2008 erkämpft. Mit einem Tarifvertrag würde die Entlohnung der Hilfskräfte alle zwei Jahre angepasst werden und läge inflationsbereinigt bei studentischen Hilfskräften ohne Bachelorabschluss bei 11,50 € pro Stunde. Der Urlaubsanspruch läge bei 26 Tagen im Jahr, es gäbe Zuschläge für Wochenendarbeit bis zu 35% und das Weihnachtsgeld würde mit 90% vergütet werden.

Doch obwohl der Akademische Senat am 22. April 2015 unter Anwesenheit von mehr als 200 Studierenden sich für die Aufnahme von studentischen Hilfskräften in den Haustarifvertrag der Goethe-Universität ausgesprochen hat, versucht das Präsidium sich diesem demokratischen Beschluss zu entziehen. Mit Runden Tischen, AGs und der neuesten Erfindung, einer Task-Force, wird versucht, Zeit zu gewinnen und die Gegenkräfte zu zerstreuen. Die Forderung nach einem Tarifvertrag wird zusätzlich versucht zu unterlaufen, indem die Universität zum Wintersemester 2015/2016 eine Lohnerhöhung von 50 Cent beschlossen hat sowie eine Umlage des Weihnachtsgeldes. Erhaltenen Hilfskräfte bisher im November eine einmalige Sonderzahlung, wird diese nun ab dem 1. Januar 2016 monatlich auf den Stundenlohn umgelegt. Zwar kommen durch die Umlegung des Weihnachtsgeldes nun auch die Beschäftigten, deren Beschäftigungsverhältnis nicht im November liegt, in den Genuss einer höheren Entlohnung, doch handelt es sich faktisch nicht um eine Lohnerhöhung von 1 Euro, wie es die Universitätsleitung derzeit kommuniziert. Doch die Strategie der Universität, durch eine minimale materielle Einlenkung die Studierenden zu befrieden, geht nicht auf. Das haben Warnstreiks und Protestaktionen der Beschäftigten und Studierenden gezeigt, zuletzt beim Besuch des Wissenschaftsministers Boris Rhein bei der Eröffnung des neuen Seminarhauses. Denn das Bewusstsein und die Unzufriedenheit über die prekären Arbeitsbedingungen steigen, genau wie die Bereitschaft zum Arbeitskampf.

Die Hilfskraftinitiative wird die Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und der Goethe-Universität jedenfalls genau beobachten und gemeinsam mit Hilfskräften, Studierenden und anderen Solidarischen weiter Druck machen. Noch nie war der Tarifvertrag in so greifbarer Nähe wie jetzt. Hilfskräfte aller Universitäten, vereinigt euch!

von Hilfskraftinitiative Frankfurt
Kontakt: hilfskraftini-ffm@lists@riseup.net



Umzugstransporter ab 30,- € für 4 Std.



AUTOVERMIETUNG
KFZ ULTRAT
 BOCKENHEIMER WARTÉ

Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag 8.30-18.00 Uhr
Samstag 8.30-9.30 Uhr + 17.00-18.00 Uhr
 Samstag 8.30-9.00 und 16.30-17.00 Uhr
 Bockenheimer Landstr. 133
 60325 Frankfurt/Main
Telefon: 069/798 230 48, Fax: 069/707 900 40
www.kfz-referat.de, transporter@kfz-referat.de

das kfz-referat

Günstige Kleintransporter für Studierende an der Uni Frankfurt

Das KFZ-Referat („Kraftfahrzeug-Referat“) existiert seit 1960 an der Universität Frankfurt. Es wurde vom Allgemeiner Studierendenausschuss (AstA) gegründet, um den Studierenden preiswerte Umzugs-transporter zur Verfügung zu stellen.

Im Jahr 2003 wurde das KFZ-Referat privatisiert und vermietet seine Transporter heute auch an Nichtstudierende.

Mit dem AstA der Johann Wolfgang Goethe Universität besteht ein umfangreiches Kooperationsabkommen.

Die Fahrzeuge – Mercedes Sprinter und Ford Transit – sind Transporter für Umzüge, Kleintransporte und Einkaufsfahrten. Besonders günstig sind Anmietungen im Vier-Stunden- oder Nachtтарif an Werktagen. Bei Anmietungen am Wochenende empfehlen wir rechtzeitige Reservierung bzw. Buchung.

Studierende der Goethe-Uni erhalten gegen Vorlage des Studierendenausweises bei Anmietungen Montags bis Freitags einen Studierendenrabatt von 20% auf den Mietpreis.

Unsere Fahrzeuge und Tarife finden Sie auch im Netz unter: www.kfz-referat.de

Frankfurt Bockenheimer Landstr. 133;
 Mo-Fr 8.30 bis 18.00 Uhr; Tel: 069/705469

1 Zu Beginn des Artikels möchten wir Io Josefine Geib (Frankfurt) und Philipp Roggenkamp (Tübingen) für ihre kritischen Äußerungen und Hinterfragungen zu diesem Artikel danken.



Eine Verhältnisbestimmung von Gewerkschaften im Kapitalismus

– Und warum Solidarität mit den Arbeitskämpfen der Gewerkschaft für Lokomotivführer*innen (GdL) trotzdem notwendig ist¹

Wirft man einen Blick auf die großen Zeitungen in den vergangenen Monaten, so könnte man fast meinen, dass in Deutschland der Straßenkampf der „Arbeiter*innen“ herrscht: „GdL auf Amokfahrt“ (vgl. Iken 2014; Berling 2014), „Ausnahmestand im Zugverkehr“ (Focus vom 18.10.14) und GdL-Chef Weselsky wird als „Staatsfeind Nr. 1“ (vgl. Bettendorf 2014; Joffe 2014) bezeichnet oder „mutiert so langsam zum Diktator“ (Berling 2014). Den negativen Höhepunkt in dieser öffentlichen Darstellung, geschichtsrevisionistisch und menschenverachtend zugleich, bietet dann auch ein Youtube-Blogger und (Pseudo-)Rapper mit knapp 1,3 Millionen (!) Abonnent*innen, in dem er „zur Vergasung von GdL-Mitgliedern“ aufruft (vgl. Witsch 2015).¹ Wir haben länger überlegt, ob wir in unserem Artikel überhaupt auf diese Aussagen von „JuliensBlog“ verweisen sollen, weil sie an Verachtung und damit Unfassbarkeit kaum zu überbieten sind und einer spezifischen Bearbeitung bedürftig, die wir hier in dem erforderlichen Maße nicht durchführen werden. Gleichzeitig schien uns dieser Verweis aber zu einem vollständigen Eindruck einer Presse- beziehungsweise Medienschau sinnvoll, um aufzuzeigen, wie die GdL und ihre Streiks im deutschsprachigen

Medienraum kommentiert wurden und in welcher Art und Weise Menschen an dieser Stellen gegen andere Menschen hetzten. Die Medienschau, die wir hier versuchten, macht einen wichtigen Aspekt deutlich: In der Sprache, in der viele deutsche Medienhäuser berichteten, wird ein spezifischer Gegensatz zwischen Nation und den Streikenden, die diese Nation in ökonomischer Form als „Standort Deutschland“ gefährden oder gar angreifen, konstruiert. Dabei wird der personifizierte Antagonismus zur deutschen Nation in den Streikenden selbst, in den am Arbeitskampf beteiligten Lokomotivführer*innen, gesehen. Mit der gesellschaftlichen Abneigung und dem teilweise sogar existierenden Hass hat sich ein Teil der Deutschen schon längst mit der Nation, und hier dem „Standort Deutschland“ als besondere Materialisierung der Nation, identisch gesetzt. Damit wird alles, was sich gegen diesen Standort und damit Deutschland wendet, als vermeintlicher Angriff auf das Individuum selbst verstanden. In einem solchen Verständnis bleibt die Aussage von „JuliensBlog“ spezifisch grausam und muss als solche herausgestellt werden, aber zeigt zugleich, dass in solchen Abwehrmechanismen, die durch die Identifikation des Individuums mit der Nation entstehen, eine Anknüpfungsfähigkeit für solche Äußerungen dieser Art möglich sind.

Dass die Worte „Ausnahmestand“ und „Streik“ in Deutschland überhaupt in einem Satz zusammen genannt werden, scheint

für das streikarme Deutschland eine Seltenheit. So liegen nämlich in Wahrheit die größeren Arbeitsniederlegungen schon mehrere Jahre zurück, wie beispielsweise der Ausstand im öffentlichen Dienst im Jahr 2006 mit insgesamt mehr als 166.000 Streikenden. Zwischen 2006 und 2015 war allerdings nicht überall Stille: Die Gewerkschaft der Lokomotivführer*innen (GdL), die Ärzt*innen-Gewerkschaft Marburger-Bund und die Vereinigung Cockpit setzten sich durch wirkungsvolle Streiks weiterhin für die Interessen ihrer Arbeitnehmer*innen ein. Von DGB und Verdi war in diesen Jahren allerdings kaum etwas zu hören.

Zwei Punkte scheinen dabei das aktuelle öffentliche Interesse am Streik auszumachen: Erstens, wenig überraschend, sorgen sich die Bürger*innen um den pünktlichen Zug, die Fahrt zur Arbeit und nach Hause und die Urlaubsplanung. Zweitens scheint es vielen – nicht nur wegen eigener Pendel- oder Reisebetroffenheit – nicht zu gefallen, wie wirkungsvoll die GdL in diesem Streik ist. DGB-Chef Hoffmann wirft der GdL vor, „unsolidarisch“ zu sein, Verdi-Vorsitzender Frank Bsirske kritisiert eine „Blockade-Strategie“ der GdL und die SPD hat jüngst gemeinsam mit der CDU ein Gesetz zur Tarifeinheit im Deutschen Bundestag verabschiedet, welches die Sparten-Gewerkschaften zur Kooperation mit den weiteren Gewerkschaften im jeweiligen Betrieb zwingt (und selbst diese „Kooperation“ ist nur eine Symbolische, als

¹ Wörtlich sagte er in JuliensBlog, Folge 21: „Vergasen sollte man diese Mistviecher. Wisst ihr noch wie die Juden mit Zügen nach Auschwitz transportiert wurden? Man sollte die Zugführer alle dahin bringen. Ich fahr auch den Zug, und zwar umsonst. Und werde nicht einmal streiken.“

dass nur noch der Tarifvertrag der größeren Gewerkschaft innerhalb eines Betriebes gelten soll). Auch Streiks von kleineren Gewerkschaften, wie der GdL, wären damit passé: Denn ein Streik wird nur vom Arbeitsgericht gestattet, wenn er „verhältnismäßig“ ist. Unter „verhältnismäßig“ wird dabei verstanden, dass der Streik ein realistisches Ziel hat, zum Beispiel den Abschluss eines Tarifvertrages. Mit diesem Gesetz wurde ein grundlegender Eingriff in die Koalitionsfreiheit verabschiedet und kleine Gewerkschaften in ihrer Autonomie beschränkt, was diese mitunter in eine noch stärkere Bedeutungslosigkeit versetzt. Dieser Artikel beschäftigt sich im Folgenden weder mit GdL-Chef Weselsky, noch mit dem Zahlen- und Legitimationskampf zwischen GdL und der Bahn-Gewerkschaft EVG. Vielmehr geht es hier um eine grundsätzliche Auseinandersetzung um die Rolle von Gewerkschaften im Jahr 2015. Eine Gewerkschaft, deren Chef als „Buhmann der Nation“ (Anda 2015) bezeichnet wird, scheint für die Auseinandersetzung um Gewerkschaften im neoliberalen Zeitalter allgemein schwächelnder Gewerkschaften geradezu prädestiniert. Der Artikel gliedert sich dabei in zwei Bereiche. Zuerst wird die GdL im Besonderen in den Blick genommen und argumentiert, warum es sich bei den Arbeitskämpfen der GdL weder um privilegierte – dass es in der kapitalistischen Gesellschaft selbst keine privilegierten Arbeitskämpfe gibt, wird erst mal in den

Hintergrund gerückt – noch um unsolidarische Arbeitskämpfe handelt. Im zweiten Teil soll es grundsätzlich um Gewerkschaften in der kapitalistischen Gesellschaft gehen, um ihre Widersprüchlichkeit zum Staat im Allgemeinen und ihren im Zuge der neoliberalen Hegemonie verstärkten Anpassungskurs an die Ökonomie im Besonderen.

Ein privilegierter Arbeitskampf der GdL?

Die in der öffentlichen Auseinandersetzung permanent gestellte Frage lautet, ob es sich bei dem Streik der Lokomotivführer*innen um einen privilegierten Streik handelt. Durch die überwiegend tendenziöse Berichterstattung zahlreicher Medienhäuser wird nämlich suggeriert, dass es keine ernsthaften, auf die Arbeitsbedingungen bezogenen, legitimen Gründe für diesen Arbeitskampf gibt. Für eine solche Einschätzung ist also eine Beschäftigung mit den Arbeitsverhältnissen notwendig. Das Bruttoeinstiegsgehalt eines*einer Lokomotivführer*in beläuft sich, je nach Tätigkeit, auf 2240 bis 2947 Euro, danach steigt das Gehalt im fünf-Jahres-Rhythmus an, erreicht nach 25 Jahren Berufserfahrung das Maximum und beläuft sich schlussendlich auf 2750 bis 3454 Euro (vgl. RP Online o.D.). Für die Gehaltsstufe ist vor allem die Betriebszugehörigkeit und Tätigkeit, wie zum Beispiel regelmäßige Auslandsfahrten und Ausbildungsfunktion, entscheidend. Diese Zahlen verdeutlichen

vor allem, dass Lokomotivführer*innen nicht nur an der unteren Einkommensgrenze starten, sondern auch darüber hinaus keine realen finanziellen Aufstiegsmöglichkeiten haben. Angesichts dieser Zahlen von einem privilegierten Streik zu sprechen, ist demnach nicht nur zynisch, sondern leugnet schlicht die schlechten Arbeitsbedingungen, unter denen Lokomotivführer*innen arbeiten.

Ein unsolidarischer Arbeitskampf der GdL?

Richard Rother von der taz fragt in seinem Kommentar: „Möchte vielleicht ein DB-Lohnbuchhalter zur Lokführergewerkschaft wechseln?“. Vielleicht sollten die Lohnbuchhalter*innen der Deutschen Bahn tatsächlich über einen Wechsel nachdenken, denn: Wenn eine Gewerkschaft in einem Betrieb ein ausgeprägtes Verständnis von Arbeitskampf hat als die zweite Gewerkschaft in eben jenem Betrieb, dann scheint ein Wechsel notwendig. Organisation für den Arbeitskampf ist kein Naturrecht einer Gewerkschaft, sondern hat sich an den konkreten Auseinandersetzungen in den Arbeitskämpfen zu messen. Darum scheint auch der Vorwurf der Entsolidarisierung, die die GdL vornehme, absurd. Dass eine Gewerkschaft primär für die Interessen der eigenen Gewerkschaft kämpft, unterscheidet die GdL nicht von den DGB-Gewerkschaften. Denn streng genommen profitieren bei Tarifaueinandersetzung immer nur Gewerkschaftsmitglieder. Dass auch Nicht-Mitglieder das tarifliche Entgelt erhalten, hat lediglich damit zu tun, dass die Unternehmen selbst meistens für Nicht-Mitglieder die Arbeitsbedingungen der Tarifverträge gelten lassen, um zu vermeiden, dass die Nicht-Mitglieder in die Arme der Gewerkschaften getrieben werden. Die Rechtswirklichkeit vor dem Arbeitsgericht sieht so aus: Wer nicht Mitglied der Gewerkschaft ist, hat keinen Rechtsanspruch auf Leistungen aus dem Tarifvertrag. Egal ob bei Ver.di, der IG Metall oder der GdL!

Tatsächlich ist der Vorwurf der Entsolidarisierung umzukehren: Bei der GdL sind neben den rund 20.000 Lokomotivführer*innen auch über 16.000 Mitarbeiter*innen in den Bereichen Zugbegleitung, Gastronomie, Lokrangieren und der Instruktion Mitglied. Dass die GdL also nicht nur die Interessen ihrer Lokomotivführer*innen, sondern auch die der anderen Mitgliederbereiche vertritt, ist die logische Konsequenz aus den Zielen einer Gewerkschaft überhaupt. Die Aufforderung, die GdL solle lediglich die Interessen der Lokomotivführer*innen vertreten, kommt damit einer Aufkündigung des gewerkschaftlichen Anspruchs selbst gleich und würde dann erst eine Entsolidarisierung bedeuten. Es kann nur als solidarisch verstanden werden, dass sich die für einen Streik in einer starken Verhandlungsposition befindenden Lokomotivführer*innen nicht nur für ihre Eigeninteressen

einsetzen, sondern diese Position auch nutzen, um Verbesserungen für andere – in der selben (!) Gewerkschaft organisierten – Mitglieder durchzusetzen. Tarifierhöhungen für die Mitarbeiter*innen in unter anderem Zugbegleitung und Gastronomie werden den Druck auf die Deutsche Bahn erhöhen, für alle Mitarbeiter*innen die vereinbarten Tarifansprüche geltend zu machen, um einen weiteren Zulauf zur GdL zu vermeiden. Zwar sticht der Streik der GdL – in seiner konsequenten Durchführung und seinem harten Konfrontationskurs – in der neoliberalen Epoche des Kapitalismus hervor, doch auch die GdL bricht nicht mit der Logik desselben und steht nicht außerhalb des neoliberalen Paradigmas. Der Streik mag (vielleicht) die Arbeitsbedingungen der Lokomotivführer*innen verbessern, bekämpft aber kapitalistische Produktionsverhältnisse nicht im Allgemeinen. In diesem Verständnis ist der Streik auch widersprüchlich. Zwar wendet er sich gegen zentrale Prozesse der Neoliberalisierung und steht dabei sinnbildlich für die wohlfahrtsstaatlichen Elemente (starke Gewerkschaften), die aus der fordistischen Epoche des Kapitalismus rechtlich erhalten geblieben sind, stabilisiert aber gleichzeitig die Neoliberalisierung und den Kapitalismus im Allgemeinen, als dass der Streik nicht die Produktionsverhältnisse an sich in das Zentrum seiner Kritik rückt, sondern nur bestehende Arbeitsbedingungen verbessern möchte und somit das System an sich bestätigt.

Gewerkschaften im Kapitalismus

Um sich dem Verhältnis von Gewerkschaften in der kapitalistischen Gesellschaft anzunähern, wollen wir zunächst eine allgemeine Verhältnisbestimmung versuchen, bei der es einerseits um Arbeiter*innen und Revolution und, andererseits, um Gewerkschaften und den Staat gehen soll. Daran soll das Skizzieren der Entwicklung der Gewerkschaften von der fordistischen hin zur neoliberalen Hegemonie-Epoche des Kapitalismus anschließen. Letztere ist die Perspektive, in der auch die aktuellen Auseinandersetzungen um die GdL zu verstehen sind.

Für die frühere Kritische Theorie der Gesellschaft ist ein wesentlicher Ausgangspunkt die Bezugnahme zu Marx und Engels, nach denen im Proletariat notwendig ein Interesse erzeugt wird, zu einem Verständnis der „Idee einer vernünftigen, der Allgemeinheit entsprechenden gesellschaftlichen Organisation“ (Horkheimer 1937: 186/187). Diesem notwendig erzeugten Interesse beim Proletariat wird zentral entgegen gehalten, dass das Proletariat „keine Garantie der richtigen Erkenntnis“ (ebd.: 187) in der Gesellschaft bildet. Auch wenn – objektiv gesehen – sich bei Arbeiter*innen Ausbeutung und Unrecht selbst erfahren lassen, wird die Einsicht in die Klassengesellschaft durch zwei Aspekte begrenzt. Erstens durch die

gesellschaftlich geschaffene „Differenzierung seiner [des*der Arbeiters*Arbeiterin] sozialen Struktur“ (ebd.), also die ständig zunehmende Fragmentierung der Arbeiter*innen-Klasse, und zweitens in der Existenz eines zerteilten Interesses, bei dem das persönliche Interesse des*der Arbeiter*in nicht zwangsläufig mit seinem*ihrem Klasseninteresse identisch ist (ebd.). Übertragen auf eine sehr grundsätzliche Verhältnisbestimmung von Gewerkschaften im Kapitalismus bedeutet dies, dass Gewerkschaften als Interessenvertretung von Arbeiter*innen keine – trotz der bei ihnen objektiv am spürbarsten stattfindenden Ausbeutung – notwendige Einsicht in die Veränderung von Gesellschaft haben. Dieser Verweis ist wichtig, nicht, weil Individuen – in diesem Fall den Arbeiter*innen – eine entscheidende Rolle im Kampf der Überwindung der Klassengesellschaft abgesprochen werden soll, sondern vielmehr, weil das nicht notwendig erzeugte Interesse an der Veränderung der Gesellschaft einen sehr grundsätzlichen, aber darum auch zentralen Aspekt der Widersprüchlichkeit innerhalb der Arbeiter*innenbewegung problematisiert und damit auch für die Analyse von Gewerkschaften eine wichtige Grundbemerkung sein sollte.

Gewerkschaften und der Staat

Nachfolgend soll es nun darum gehen, in welchem Verhältnis Gewerkschaften und

Staat zueinander stehen, was zunächst eine Definition der Rolle des Staates voraussetzt. Der Staat wird hier für die Existenz der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft als notwendig verstanden, weil er die physische Gewalt, die zur Garantie des Klassenverhältnisses unabdingbar ist, in einem von der Ökonomie getrennten Ordnungsmodell ausführt und durch scheinbar demokratische Mitbestimmung legitimiert (vgl. Hirsch 2005: 23). Der Staat ist demnach eine „besondere historische Form gesellschaftlicher Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse“ (ebd.: 24). Mit diesem Verständnis einer Staatsableitung soll einem klassisch marxistisch-orthodoxen Staatsbegriff widersprochen werden, „wonach der Staat als abgeleiteter Ausdruck ökonomischer Beziehungen aufgefasst wird“ (ebd.: 25). Der Staat ist aus „strukturellen Gründen kapitalistisch“ (ebd.: 26), weil er nicht abseits der ökonomischen Verhältnisse steht, sondern auf sie und ihren Akkumulationserfolg angewiesen ist. Zum Staat gehören mit der Durchsetzung des neoliberalen Hegemonieprojektes auch Lobbyorganisationen, NGOs, Gewerkschaften und weitere Akteur*innen, die politische Entscheidungen mit beeinflussen und mitentscheiden und als „erweiterter Staat“ (ebd.: 37) bezeichnet werden sollen. Aufgrund der Verzahnung des formellen Staates, seiner Verfassung und Institutionen, mit dem „erweiterten Staat“ folgen die zivilgesellschaftlichen Akteur*innen



SEIT 10 TAGE IN
GEFANGENEN
DER G.D.



wie NGOs, Parteien, Gewerkschaften und soziale Bewegungen der „Logik des Staates“ (ebd.: 36) und sind dadurch ebenfalls vom Akkumulationserfolg der Ökonomie abhängig. Gewerkschaften können zwar Kritik an der Ausbeutung durch die kapitalistische Wirtschaftsweise üben, sind aber schließlich durch die Mitglieder ihrer Gewerkschaft – den Arbeiter*innen – vom Erhalt von Arbeitsplätzen und damit der weiteren Existenz multinationaler Unternehmen und deren Gewinnerfolge abhängig (ebd.: 36). In diesem Verständnis wird also ein häufig demokratietheoretisch konstruierter Gegensatz zwischen dem Staat „als Gewaltapparat und einer ‚zivilen Gesellschaft‘ als Sphäre von Freiheit und Demokratie“ (Hirsch 1995: 29) abgelehnt, denn „beide bilden eine widersprüchliche und zusammenhängende Einheit“ (ebd.). Als institutionalisierte Interessenvertretung der Arbeiter*innen und der damit einhergehenden Herstellung eines Abhängigkeitsverhältnisses der Gewerkschaft vom Kapitalismus haben Gewerkschaften ein bestimmtes Interesse an der Stabilisierung der herrschenden Verhältnisse, denn eine konsequente Forderung der grundlegenden Veränderung der Produktionsverhältnisse würde eine Auflösung der Gewerkschaft zur Folge haben.

Gewerkschaften im Neoliberalismus

Dieser Teil des Artikels soll nicht den Eindruck erwecken, dass die widersprüchliche Rolle der Gewerkschaften erst mit der Neoliberalisierung begonnen habe. Gewerkschaften haben zu jedem Zeitpunkt des Kapitalismus eine widersprüchliche Rolle in diesem eingenommen und stellten nie einen Bruch mit der Logik der Produktionsverhältnisse im Allgemeinen dar. Jedoch haben sich bestimmte Aspekte – wie im Besonderen die von den Gewerkschaften adaptierte Argumentation der Sicherung des „Standort Deutschlands“ gegenüber einer globalen Konkurrenz – im Zuge der Transformation der Gesellschaft verschärft und die Rolle der Gewerkschaften sich dadurch verändert. Diese Veränderung ist zwar nicht grundlegender Form, erschien uns aber doch darstellungswürdig.

Der Kapitalismus stellt ein krisenimmanentes System dar. Das äußert sich vor allem in verschiedenen Finanz- und Währungskrisen, die periodisch auftreten. Die Haltung der Gewerkschaften in diesen Zeiten der Krise war „durch den Druck von oben, d. h. durch die neoliberale Politik der Privatisierung, Deregulierung und vor allem der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes – und von unten, durch Mitgliederverluste, Streikniederlagen, durch die Schwächung ihres politischen Einflusses auf Regierungen und Parteien“ (Deppe 2012) bestimmt. Damit waren die Gewerkschaften mit einer Situation konfrontiert, die eine einschlägige Konsequenz bedeutete: zentral war nun nicht mehr der

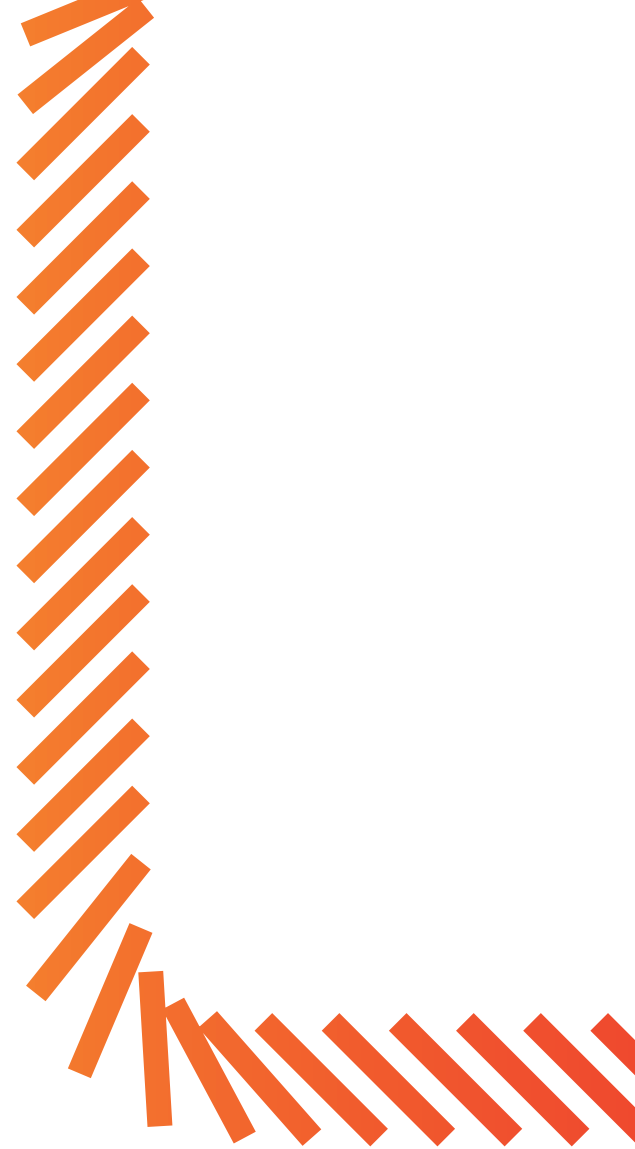
bedingungslose Einstand für die Interessen der Arbeitnehmer*innen, sondern die Frage nach der „Wettbewerbsfähigkeit und Standortsicherung“ (Deppe 2012), diese aber nicht nur auf den eigenen Betrieb und die zu vertretende Arbeitnehmer*innenschaft bezogen, sondern immer auch auf den Staat und dessen Position in der globalisierten Welt. Dies muss als Ausdruck des Primats des Kapitals verstanden werden, ganz in der Logik des Kapitalismus selbst agieren die Gewerkschaften nun nicht mehr als parteiischer Verband ausschließlich im Namen ihrer Mitglieder, sondern immer unter dem Diktat der Wirtschaftlichkeit. Das Absinken der Reallöhne und vor allem in den letzten Jahren das rasante Wachstum des Niedriglohnsektors sind Ausdruck dieser defensiven Politik der Gewerkschaften und zeigen, dass das neoliberale Dogma der Vereinbarung von Wirtschaftsinteressen mit Arbeitnehmer*inneninteressen unter dem Kontext dieser Politik nicht realisiert werden kann. Vor allem die Gewerkschaftspolitik der 1990er-Jahre zeigt die Verinnerlichung von neoliberalen Denkweisen. So wurde mit dem „Bündnis für Arbeit“ (Klaus Zwickel, ehem. Vorsitzender der IG-Metall), endgültig die Idee des „Wettbewerbskorporatismus“ (Deppe 2012) in die Handlungsdoktrin der Gewerkschaften integriert. Nach dieser soll sich die Lohnpolitik der Gewerkschaften und Betriebsräte immer an der „Sicherung des Standortes und dessen Wettbewerbsfähigkeit in der

globalen Konkurrenz“ (Deppe 2012) orientieren. Das zeigt keine Auseinandersetzung mit Verhältnissen, sondern die Akzeptanz eines Systems der Ausbeutung und der Beschränkung der eigenen Politik auf minimale und unzureichende (!) Folgebekämpfung.

Im Kontrast zu diesem Modell der Politik von Gewerkschaften agiert die GdL – zumindest zum Teil und aktuell. Der momentane Arbeitskampf zielt klar auf eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer*innen ab und unternimmt gar nicht erst den Versuch, die Wirtschaftsinteressen des eigenen Betriebes zu schützen, viel mehr – und das ist der eigentliche Sinn eines Streiks – wird versucht, dieses Interesse über maximalen wirtschaftlichen Schaden durchzusetzen.

Was bleibt?

In der Krise der Gewerkschaften scheinen die wirkungsvollen Streiks der GdL ein wichtiger Aufschlag, um über Gewerkschaften im Jahr 2015 zu diskutieren. Die Zwangskooperation bei der Existenz mehrerer Gewerkschaften in einem Betrieb, wie sie die Bundesregierung beschlossen hat, wird die Krise der Gewerkschaften noch weiter verschärfen. Die GdL und ihre Streiks sind wichtig, um Gewerkschaften und Gesellschaft damit zu konfrontieren, dass die bestehenden Machtverhältnisse Gewerkschaften auf Harmonie- und Anpassungskurs gebracht haben, aus denen eine



Die GdL und ihre Streiks sind wichtig, um Gewerkschaften und Gesellschaft damit zu konfrontieren, dass die bestehenden Machtverhältnisse Gewerkschaften auf Harmonie- und Anpassungskurs gebracht haben, aus denen eine Befreiung notwendig ist.



Befreiung notwendig ist. Mit eben diesen Streiks liefert die GdL – zumindest in Teilen – ein Gegenmodell zur Gewerkschaft im Neoliberalismus und versucht sich wieder in der Parteinahme für die Arbeitnehmer*innen. Die Kritik der Gewerkschaften an der GdL sollte schnell in Selbstkritik umgewandelt werden und vielleicht dürfen sich dann auch bald mal wieder andere Gewerkschaftschef*innen als „Buhmann [sic!] der Nation“ schmücken. Dann könnten Bsirske und Co. auch wieder „Hardliner im Gewerkschaftslager“ (Rossbach 2011) werden. Dieser Artikel hat argumentiert, dass Solidarität mit Gewerkschaften im Allgemeinen und dem Streik der GdL im Besonderen in Zeiten, in denen das Streikrecht an sich in Frage gestellt wird, notwendig ist. Zentral bleibt dabei, obwohl die Verbesserung von Arbeitsbedingungen durch Gewerkschaften unterstützenswert ist, dass eben die Gewerkschaften selbst eine widersprüchliche Rolle im Kapitalismus einnehmen. So sind sie ein wichtiges Element in der Stabilisierung und Durchsetzung des Kapitalismus. Indem sie nicht generelle Kritik an den Produktionsverhältnissen üben, sondern sich auf praktische Verbesserungen konzentrieren, nutzen sie ihr Potenzial in der Organisation von Arbeiter*innen nicht, um grundlegende Veränderungen zu befördern. Politische Bildung – im Sinne von Aufklärung über dieses widersprüchliche Verhältnis von Gewerkschaften im Kapitalismus – könnte eine Perspektive für Gewerkschaften sein, um diese Veränderung anzugehen.

Verfasst von Laurien Simon Wüst und David Moebus. Beide haben versucht, Mitglied der GdL zu werden. Leider scheiterte dieses Unterfangen an Formalia, da die GdL nur aus den Berufsbereichen, die sie vertritt, Mitglieder aufnimmt – ein Beitritt Studierender ist (noch) nicht möglich.

Anda, Béla (2015): „Wie fühlt man sich als Buhmann der Nation?“ GDL-CHEF CLAUS WESELSKY IM BILD-INTERVIEW. Bild.de. Online unter: bild.de/geld/wirtschaft/weselsky-claus/weselsky-im-bild-interview-41032084.bild.html (letzter Abruf am 14. Juni 2015)

Berling, Oliver (2014): GDL befindet sich auf Amokfahrt. European News Agency. Online unter: european-news-agency.de/politik/gdl_befindet_sich_auf_amokfahrt-59853 (letzter Abruf am 14. Juni 2015)

Bettendorf, Uwe (2014): Kommentar zu GDL-Chef Klaus Weselsky. „Beliebt wie Fußpilz“. SWRinfo. Online unter: swr.de/swrinfo/kommentar-zu-gdl-chef-claus-weselsky-beliebt-wie-fusspilz/-/id=7612/did=14487762/nid=7612/11zmwwi/index.html (letzter Aufruf am 14. Juni 2015)

Deppe, Frank (2012): Gewerkschaften in der Krise. Online unter: zeitschrift-marxistische-erneuerung.de/article/425.gewerkschaften-in-der-krise.html (letzter Abruf am 20. Juni 2015)

Hirsch, Joachim (1995): Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. ID-Verlag, Berlin

Hirsch, Joachim (2005): Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatesystems. Hamburg, VSA-Verlag Hamburg

Horkheimer, Max (1937): Traditionelle und kritische Theorie. In: Gesammelte Schriften Band 4. Schriften

1936–1941. Schmidt/Noerr (Hrsg.). S. Fischer Verlag GmbH: Frankfurt am Main 1988, S. 162–216

Iken, Matthias (2014): Meinung. Die GdL auf Amokfahrt. Hamburger Abendblatt. Online unter: abendblatt.de/meinung/article134005804/Die-GdL-auf-Amokfahrt.html (letzter Abruf am 14. Juni 2015)

Joffe, Josef (2014): „Staatsfeind Nr. 1“ Die Hatz auf den GdL-Chef ist schrecklich, seine Macht auch. Zeit Online. Online unter: zeit.de/2014/49/claus-weselsky-hatz-zeitgeist (letzter Abruf am 14. Juni 2015)

Rossbach, Henrike (2011): Der letzte Hardliner im Gewerkschaftslager. Online unter: faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/verdi-chef-bsirske-der-letzte-hardliner-im-gewerkschaftslager-11290143.html (letzter Abruf am 21. Juni 2015)

Rother, Richard (2014): Ein Pro und Kontra zum Streik der GdL. Spinnen die Lokführer? Online unter: taz.de/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-artikel/?ressort=a1&dig=2014%2F11%2F07%2Fa0032&cHash=8977e64b-506c81cff9c074f11a603a78 (letzter Abruf am 20. Juni 2015)

RP Online (o.D.): Was Lokführer verdienen. Online unter: rp-online.de/wirtschaft/was-lokfuehrer-und-zugbegleiter-verdienen-bid-1.566978 (letzter Abruf am 21. Juni 2015)

Witsch, Katharina (2015): Bahnstreik: Youtuber ruft zur Vergasung von GdL-Mitgliedern auf. The Huffington Post. Online unter: huffingtonpost.de/2015/05/20/gdl-juliens-blog-_n_7340824.html (letzter Abruf am 14. Juni 2015)

Gewerkschaften im Studium

– Zur Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft im akademischen Diskurs

Faire und solidarische Arbeitsbedingungen in (Neben-)Job und Praktikum, Rechtsschutz in arbeits- und sozialrechtlichen Fragen, Berufsorientierung, demokratische Gesellschaftspolitik: Der Bedarf an gewerkschaftlicher Organisation und Information in Universitäten ist immens. Wieso sind Gewerkschaften für Studierende und Hochschulabsolvent*innen von zunehmender Wichtigkeit? Zu welcher Fachrichtung passt welche Gewerkschaft? Welche Angebote bestehen an der Goethe-Universität? Wie kann ein eigenes gewerkschaftliches Engagement während des Studiums aussehen?

1. Einleitung: Gewerkschaften und Universität

Mit etwa 90,2 % der Erwerbstätigen in Deutschland überwiegt der Anteil der abhängig Beschäftigten, der Arbeitnehmer*innen also, gegenüber einem Anteil der Selbstständigen von 9,8 % deutlich.¹ Auch die überwältigende Mehrheit der Studierenden ist während des Studiums – und im Anschluss daran – in einem abhängigen Lohnarbeitsverhältnis beschäftigt. Trotz der aus dieser zahlenmäßigen Verteilung resultierenden besonders hohen Bedeutung arbeitsrechtlicher Kenntnisse für Beruf und Praktikum scheinen Studierende häufig nur unzureichend über die eigenen Rechte informiert zu sein. Für viele Studierende ist jedoch bereits während des Studiums eine gewerkschaftliche Organisation sinnvoll. Während in Betrieben Gewerkschaften mit Vertrauensleuten und in Betriebsräten präsent sind, haben sich im akademischen Diskurs seit der zunehmenden Öffnung der Universitäten in den 1970er Jahren und dem steigenden Akademisierungsanteil in der deutschen Gesellschaft vielfältige Anlaufstellen für Studierende und Absolvent*innen zur arbeits- und sozialrechtlichen Beratung und gewerkschaftlichen Organisation entwickelt. Auch an der Goethe-Universität

bestehen zahlreiche gewerkschaftliche Beratungs- und Orientierungsangebote für Studierende und Absolvent*innen aller (!) Fachbereiche sowie, sofern gewünscht, die Möglichkeit für eigenes gewerkschaftliches Engagement.

Der folgende Beitrag soll daher neben einführenden Worten zur historischen Bedeutung und Aufgabe von verschiedenen Gewerkschaften die gewerkschaftliche Bedeutung an Universitäten aufzeigen und konkrete Angebote, Veranstaltungen und gewerkschaftliche Organisationsformen an der Goethe-Universität Frankfurt vorstellen.

2. Streiten für solidarische und demokratische Arbeit und Wirtschaft: Geschichte und Gegenwart von Gewerkschaften

Gewerkschaften sind ein maßgeblicher Bestandteil der (bundesdeutschen) Demokratie. Als sich 1945 die ersten Gewerkschaften in den alliierten Besatzungszonen gründeten und 1949 in der Bundesrepublik der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) als Dachverband institutionalisiert wurde, konnte die deutsch(sprachig)e Gewerkschaftsbewegung bereits auf eine mehr als 100-jährige Geschichte zurückblicken. Diese Geschichte ist geprägt vom gleichsam beschwerlichen wie kontinuierlichen Einsatz und Kampf für demokratische Mitbestimmung im Kapitalismus bzw. in den historisch wandelbaren Formen des Kapitalismus.²

Im Rahmen der Deutschen Revolution von 1848/49 entstanden mit den Buchdrucker*innen- und Zigarettenarbeiter*innenverbänden erste gewerkschaftliche Organisationen, die sich unter anderem für solidarische Selbsthilfe in Krankheitsfällen, für bessere Bildung und einen breiteren Schulzugang sowie für eine Begrenzung der Arbeitszeit, das Recht auf Arbeitspausen und einen Mindestlohn für Arbeiter*innen einsetzten.

Otto von Bismarcks Kampf gegen die Solidarisierung der Arbeiter*innenbewegung

endete mit seiner Absetzung im März 1890 – das Sozialistengesetz (1878) lief aus und die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands wurde als überverbandliches Gremium unter Carl Legien gegründet. Die Machtübernahme der Nationalsozialisten führte zu einer Erstürmung der Gewerkschaftshäuser (2. Mai 1933) und der Verfolgung von Gewerkschafter*innen.

Erst die Niederlage des Faschismus' und die Befreiung von der nationalsozialistischen Diktatur ermöglichte den Aufbau neuer demokratischer Arbeitnehmer*innenvertretungen in Deutschland. Am 13. Oktober 1949 wurde der Deutsche Gewerkschaftsbund gegründet, zum ersten Vorsitzenden wurde Hans Böckler gewählt. Unter den vielfältigen gesellschafts- und betriebspolitischen Aufgabengebieten der Gewerkschaften in der Bundesrepublik sticht die Tarifpolitik bis heute als Herzstück in ihrem Streiten für demokratische(re) Verhältnisse in Wirtschaft und Arbeit hervor. Die erheblichen Erfolge der Gewerkschaften im Streben nach einer Demokratisierung von Wirtschaft und Arbeit lassen sich durchaus auch in Zahlen ausdrücken: Mehr als verdreifachte Realeinkommen der Arbeitnehmer*innen zwischen 1950 und 1980 sowie die Halbierung der Lebensarbeitszeit sowie (nahezu) der Jahresarbeitszeit im historischen Vergleich von 1918 und 2003 können als Ergebnis erfolgreicher gewerkschaftlicher Interessendurchsetzung gegen die Widerstände von Unternehmen, Politik und Arbeitgeber*innenvertretungen verstanden werden.³ Das gilt auch für gesellschaftspolitisches Engagement: Mit 6,1 Millionen Mitgliedern stellt der Deutsche Gewerkschaftsbund den größten gesellschaftspolitischen Akteur in der Bundesrepublik dar.

Aktuelle Herausforderungen für gewerkschaftliche Interessenvertretung: Zwischen Flexibilisierung und solidarischer (Re-)Organisation von Wirtschaft und Arbeit

1 Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus, Stand 4/2015; Bei den Selbstständigen sind unbezahlt mithelfende Familienangehörige mit eingerechnet.

2 Zur zentralen Rolle der Kapitalismuskritik für eine prozesshafte Demokratisierung der Wirtschaft siehe etwa jüngst Jürgen Kocka, Geschichte des Kapitalismus, München 2013, S. 128.

3 „Gewerkschaften“ in: Uwe Andersen/Wichard Woyke (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. 5. Auflage, Opladen 2003.

Gegenwärtig stehen Arbeitnehmer*innen, und damit Gewerkschaften, vor vielfältigen, in ihrer Ausprägung und in ihren Auswirkungen teils durchaus neuartigen Herausforderungen, die mit den folgenden Stichworten korrespondieren: Die mit dem Wegfall der bipolaren Blockbildung dramatisch ausgeprägte unternehmerische Globalisierung, die undurchsichtige und undemokratische Finanzialisierung einer „neo-liberalen“ Deregulierung des Kapitalismus⁴ seit den 1970er Jahren, der Strukturwandel der Arbeit in den Industriestaaten (Stichworte: Tertiärisierung⁴, Industrie 4.0⁵ und Crowdfunding⁶) sowie, parallel zu den vorher genannten Entwicklungen, eine – insbesondere seit 2003 auch politisch geförderte⁷ – Fragmentierung und Flexibilisierung der Lohnarbeit in Zeit und Raum.⁸ Diese durch neue Kommunikationstechnologien begünstigte Formwandel der Arbeit im Gegenwarts-kapitalismus bedroht die solidarische Kraft der Gewerkschaften insofern, als sie eine zunehmende Individualisierung und damit eine Erosion der seit dem 19. Jahrhundert solidarisch erkämpften, demokratischen Einhegung des Kapitalismus⁹ begünstigt.

Negative Auswirkungen dieser sozialhistorischen Tendenzen lassen sich in den letzten Jahren etwa anhand profitmaximierender De- und Entregulierungsstrategien finanziellierter Großunternehmen beobachten: Damit einher geht eine Zunahme „atypischer“ Beschäftigungsverhältnisse, also das Verdrängen geregelter Formen der Lohnarbeit durch oftmals unsichere und damit prekäre Beschäftigungsverhältnisse, etwa in Form von Leiharbeit und Werkverträgen.¹⁰

Gewerkschaften sehen sich mit Tendenzen und Versuchen einer Erosion solidarischer und demokratischer Interessenorganisation konfrontiert, sie haben allerdings in den letzten Jahren, durchaus erfolgreich, solidarische Gegenstrategien entwickelt.¹¹ Diese beruhen insbesondere auf der Begünstigung von solidarischer Organisation von Arbeitnehmer*innen zur Steigerung von Gegenmacht, Mitbestimmung und Transparenz in Konflikten.¹²

Auch an Universitäten lässt sich eine zunehmende Anonymisierung, Individualisierung und Entsolidarisierung durch Ökonomisierung und Verengung der akademischen Bildung auf standardisierte Lehrpläne beobachten. Gerade hier sind Gewerkschaften daher gefragt, solidarische und integrierende Kräfte zur Einhegung marktradikaler Tendenzen durch Partizipation und Mitbestimmung zu entwickeln und so eine weitere Demokratisierung von Wirtschaft und Arbeit voranzutreiben: „Keine Atempause. Geschichte wird gemacht – es geht voran.“¹³

3. Gewerkschaften im universitären Raum

Gewerkschaften sollten im Leben von Studierenden eine Rolle spielen. Denn die Beschäftigung mit ihnen erstmalig im Berufsleben erfolgt meist zu spät. Das um Gestaltungs- und Freiräume eingeengte Studium dient heute in zunehmendem Maße nicht mehr der Erlangung eines wissenschaftlichen Grades, sondern allein der Vorbereitung auf den Berufseinstieg. Die *employability* steht auch im universitären Kontext zunehmend im Vordergrund und geht einher mit der Individualisierung von Gesellschaft und Arbeitsleben. Dabei findet eine Vorbereitung auf das spätere Berufsleben an den Hochschulen kaum statt. Der

MINT-Bereich¹⁴ kann sich zumindest damit trösten, dass die Einstiegsbedingungen für junge Ingenieur*innen noch vergleichsweise gut sind. Ein großer Teil der Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaftler*innen ist von teils vorübergehender, aber auch von stetiger, sich kontinuierlich fortsetzender Prekarität bedroht. Aus Unkenntnis und Angst um den Job/das Praktikum/das Volontariat/den befristeten Job/die Drittmittel- oder Projektstelle stellen gerade Absolvent*innen und Berufseinsteiger*innen die Beschäftigungsbedingungen nicht in Frage und akzeptieren teils grobe Verletzungen ihrer Rechte als „notwendiges Übel“ einer vermeintlich profitablen Selbstanpassung an die angeblichen „Gesetze des Marktes“.

Dabei bieten Gewerkschaften schon im Studium Anlaufstellen und eine erste Orientierung, damit der Berufseinstieg kein rechtsfreier Raum wird. Gewerkschaften setzen dem Individualisierungstrend den Solidaritätsgedanken entgegen. Statt individueller Vertrags- und Gehaltsverhandlung, deren Ergebnisse in der Regel Kollektivvereinbarungen unterlaufen, müssen Studierende Inhalt und Vorteile von Tarifverträgen kennen lernen. Nur wer seinen Wert und den von Tarifverträgen kennt, verhindert, sich unter Wert zu verkaufen. In Vorträgen, Workshops und auch Kontaktmessen an den Hochschulen bietet die IG Metall interessierten Studierenden die Möglichkeit sich zu informieren. Die Besucher*innenzahlen und Nachfragen beweisen, dass die IG Metall damit einen wunden Punkt getroffen hat. Beim Thema „Geld“ hilft das Internet nur bedingt weiter, sowieso reden in Deutschland nur wenige gerne über ihren Verdienst. Besucher*innen sind froh, endlich ihre Fragen los zu werden. Zudem kennt sich die IG Metall durch die betriebliche und tarifliche Praxis in ihren Branchen aus. Jährlich erhebt sie die Entgelte für Berufseinsteiger*innen im MINT-Bereich, Beschäftigte in der ITK-Branche¹⁵ und vergleicht die Bezahlung nach Tarif mit bundesweiten Daten.¹⁶ In Workshops erhalten Studierende Einblick in das Arbeitsrecht, damit sie wissen, was sie unterschreiben. Rechtsberatung und Rechtsvertretung gibt es dagegen nur für Mitglieder.

So früh wie möglich versucht die IG Metall Studierende mit den Themen Mitbestimmung, Betriebsräte und Gewerkschaften zu konfrontieren. Da die meisten nebenbei

4 Damit ist die zunehmende Bedeutung des tertiären Wirtschaftsbereichs (Dienstleistungen) gegenüber Landwirtschaft (primärer Sektor) und verarbeitendem Gewerbe (sekundärer Sektor) gemeint, Stichwort: Dienstleistungsgesellschaft.

5 Informatisierung und vernetzendes Durchdringen industrieller Fertigungsprozesse mit elektronischer Software.

6 Damit sind vollständig digitalisierte Beschäftigungsverhältnisse gemeint, die sich gesetzlichen Regulierungen oftmals entziehen, siehe etwa http://www.boeckler.de/47487_47526.htm (letzter Aufruf: 24.06.2015)

7 Siehe etwa die Regierungserklärung Gerhard Schröders vom 14.03.2003, S. 2487 Absatz B: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/15/15032.pdf> (letzter Aufruf: 24.06.2015)

8 Zu den genannten Stichworten siehe gelungene und sehr differenzierende Einführungen in Kocka 2013, S. 78–123.

9 Kocka 2013, S. 110.

10 Einführende Übersicht bei Klaus Dörre, Prekäre Arbeit und soziale Desintegration, in: APuZ 40–41/2006.

11 Hans-Jürgen Urban, Der Tiger und seine Dompoteure. Wohlfahrtsstaat und Gewerkschaften im Gegenwarts-kapitalismus, Wiesbaden 2013.

12 Siehe im Kontext der Problematik „interner Flexibilisierung“ Michael Erhardt/Hendrik Simon, 10 Jahre Pforzheimer Abkommen. Konfliktbearbeitung und Interessendurchsetzung in der M+E-Industrie, erscheint in: Arbeitsrecht im Betrieb, i.E.

13 Fehlfarben, Ein Jahr (Es geht voran), 1982.

14 Die Abkürzung MINT steht für Fächer aus den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik.

15 ITK steht für Informationstechnologie (IT) und Telekommunikation (TK)

16 Siehe etwa die Entgeltanalyse 2015 der IG Metall für Entgelt in der ITK-Branche: <https://www.igmetall.de/entgelt-in-der-itk-branche-2015-15893.htm> (letzter Aufruf: 24.06.2015), Einstiegsgehälter für Ingenieure: http://www.hochschulinformationsbuero.de/fileadmin/user/frankfurt/Dokumente/2015/2015_Flyer_Einstiegsgehaelter_end.pdf (letzter Aufruf: 24.06.2015).

jobben (Werkstudierende), erfolgt die Ansprache im Betrieb. Immer noch hält sich das Vorurteil (oder der Wunsch?) bei Studierenden und Arbeitgeber*innen, Studierende fielen nicht unter das Arbeitsrecht und hätten somit zum Beispiel keinen Anspruch auf Urlaub. Dabei haben auch Studierende Anspruch auf tarifliche Leistungen. Diesen rechtsfreien Raum versucht die IG Metall Schritt für Schritt zu schließen. Werkstudierende leisten oft hochqualifizierte Arbeit, die sich kaum von dem unterscheidet, was ihre Kolleg*innen im Betrieb leisten. Warum soll die gleiche Arbeit unterschiedlich bezahlt werden? Warum ist der*die Werkstudierende weniger wert? Das sind Fragen der Gerechtigkeit und Wertschätzung und veranschaulichen Betroffenen den Sinn des Solidaritätsgedankens. Auch in universitären Arbeitsfeldern, etwa für studentisch Beschäftigte an Hochschulen, haben GEW und ver.di im Sommersemester Initiativen zu einer fairen Regelung der Beschäftigungsverhältnisse gestartet und unterstützt.¹⁷ Durch diesen positiven Erstkontakt zur Gewerkschaft und den gemeinsamen Erfolg (Bezahlung und weitere Leistungen nach Tarifvertrag) werden junge Leute schon im Studium Gewerkschaftsmitglied und bleiben es auch im Berufsleben.

Doch nicht nur aus finanziellen Gründen sind Gewerkschaften sinnvolle Adressen für Studierende. Eine Mitgliedschaft bietet Studierenden die Möglichkeit für Engagement und den Blick über den Tellerrand des Studiums hinaus. Die Hochschule bildet junge Menschen meist nur fachlich aus. Für Sozialkompetenz und eigene Interessen, die nicht den Lebenslauf füllen sollen, bleibt keine Zeit. Was heißt es, mit Gleichgesinnten ein Ziel zu verfolgen? Was bedeutet es, sich für andere stark zu machen? Wie kommt ein gemeinsamer Erfolg zustande? Was ist soziale Verantwortung? Wie sieht Engagement gegen Rassismus, Diskriminierung, Sexismus und Gewalt jenseits einer Demo aus? Das alles erleben jungen Menschen in Gewerkschaften wie der IG Metall, wenn sie sich im Betrieb, an der Hochschule (etwa in der DGB-Hochschulgruppe) oder in den Strukturen der IG Metall für ein besseres Leben, einen fairen und solidarischen Umgang miteinander, eine Demokratisierung von Wirtschaft und Arbeit und soziale Gerechtigkeit einsetzen. Junge Menschen haben nie wieder so viel Zeit für politisches und soziales Engagement wie im Studium. Gleichzeitig haben sie damit die Möglichkeit für das spätere Leben zu lernen und ihre eigenen Studien- und Arbeitsbedingungen selbst zu beeinflussen, anstatt diese in Passivität vorgelegt zu bekommen.

Zu den Autor_innen:

Constanze Krätsch ist Gewerkschaftssekretärin der IG Metall, Bezirk Mitte, und zuständig für die Studierendenarbeit. Hendrik Simon ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Goethe-Universität und ehrenamtlicher Referent der IG Metall.

1. Was regeln Tarifverträge?

Tarifverträge werden von den Sozialpartner*innen (Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften) alleine, ohne Eingreifen des Staates, ausgehandelt (vgl. Art. 9 (3) Grundgesetz). Sie regeln elementare Arbeitsbedingungen, wie Bezahlung und Eingruppierung, Urlaub, Arbeitszeit, Urlaubsgeld, Sonderzahlungen, Leistungszulagen und weitere Aspekte. Tarifverträge gelten für alle Arbeitnehmer*innen, die Mitglied der jeweiligen Gewerkschaft sind, und für Arbeitgeber*innen, die Mitglied im entsprechenden Arbeitgeberverband sind. Damit gelten sie auch für Werkstudierende, Praktikant*innen im freiwilligen Praktikum, Aushilfen etc., da sie alle normale Arbeitnehmer*innen sind.

2. Gewerkschaftliches Engagement an der Goethe-Universität

Frankfurt:

DGB-Hochschulgruppe: Die DGB-Hochschulgruppe organisiert Veranstaltungen zu gewerkschaftlichen und gesellschaftspolitischen Themen. Im Sommersemester 2015 fanden drei Diskussionsveranstaltungen unter dem Titel „Gewerkschaft trifft Wissenschaft – Prekäre Arbeit“ statt. Sie unterstützt die Initiative von GEW und ver.di für tarifliche Regelungen für studentisch Beschäftigte an Hochschulen in Hessen. Die Hochschulgruppe trifft sich monatlich jeden ersten Mittwoch im Union Room des DGB-Hauses.

Aktuelle Veranstaltungen und Kontakt auf Facebook unter „DGB Hochschulgruppe Frankfurt am Main“

Campus Office: In Zusammenarbeit mit dem AstA der Goethe-Universität bietet der DGB eine arbeits- und sozialrechtliche Anfangsberatung für Studierende in den Räumlichkeiten des AstAs an. Die Beratung ist kostenfrei und wird von geschulten Berater*innen durchgeführt. Neue Berater*innen sind jederzeit willkommen. Für Gewerkschaftsmitglieder erfolgt zudem eine umfassende Rechtsberatung bis hin zur Vertretung im Rechtsstreit. Beratungstermine und Informationen unter: asta-frankfurt.de/angebote/beratung-hilfe/campusoffice

3. Kontakt und Informationen im Studium

IG Metall:

hochschulinformationsbuero.de

GEW:

gew.de/Studierende_in_der_GEW.html

Ver.di:

biwifo.verdi.de/branchen/studierende

IG BCE:

igbce.de/themen/bildung/studium

DGB – Students@work:

jugend.dgb.de/studium/beratung/students-at-work

DGB

→ Studium. BAFöG. Job. Diese Broschüre ist für alle arbeitenden Studierenden an Universitäten und Fachhochschulen gedacht.

→ Rechte und Pflichten im Praktikum. Der Status von Praktikant_innen ist, anders als bei Auszubildenden, nicht eindeutig gesetzlich definiert. Missbrauch lässt sich darum unter dem Label „Praktikum“ besonders leicht betreiben. Damit dir das nicht passiert, gibt dir diese Broschüre Hinweise, worauf es beim Praktikum ankommt und auf was man rechtlich achten muss.

Diese und weitere Materialien unter: <http://jugend.dgb.de/studium/beratung/material/++co++b70d5462-6417-11e4-b8c9-525400808b5c>

GEW

→ Studentische MitarbeiterInnen. Zur Situation und Lage von studentischen Hilfskräften und studentischen Beschäftigten an deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

Diese und weitere Materialien unter: <http://jugend.dgb.de/studium/beratung/material/++co++845340d8-e81d-11e4-a66c-525400808b5c>

IG Metall

→ Einstiegsgehälter für Absolvent/innen 2015. Informationen der IG Metall für die Metall- und Elektroindustrie.

→ Recht oder billig? Informationen für Werkstudierende. Broschüre der IG Metall mit Informationen zu grundsätzlichen und speziellen arbeitsrechtlichen Gegebenheiten für Werkstudierende.

Diese und weitere Materialien unter: <http://www.hochschulinformationsbuero.de/mitte/materialien/>

von Constanze Krätsch und Hendrik Simon

¹⁷ Siehe auch die Initiative studentischer und wissenschaftlicher Beschäftigte an der Goethe-Universität Frankfurt: <http://hiwis.tumblr.com/> (letzter Aufruf: 24.06.2015)

58.234 Studierende

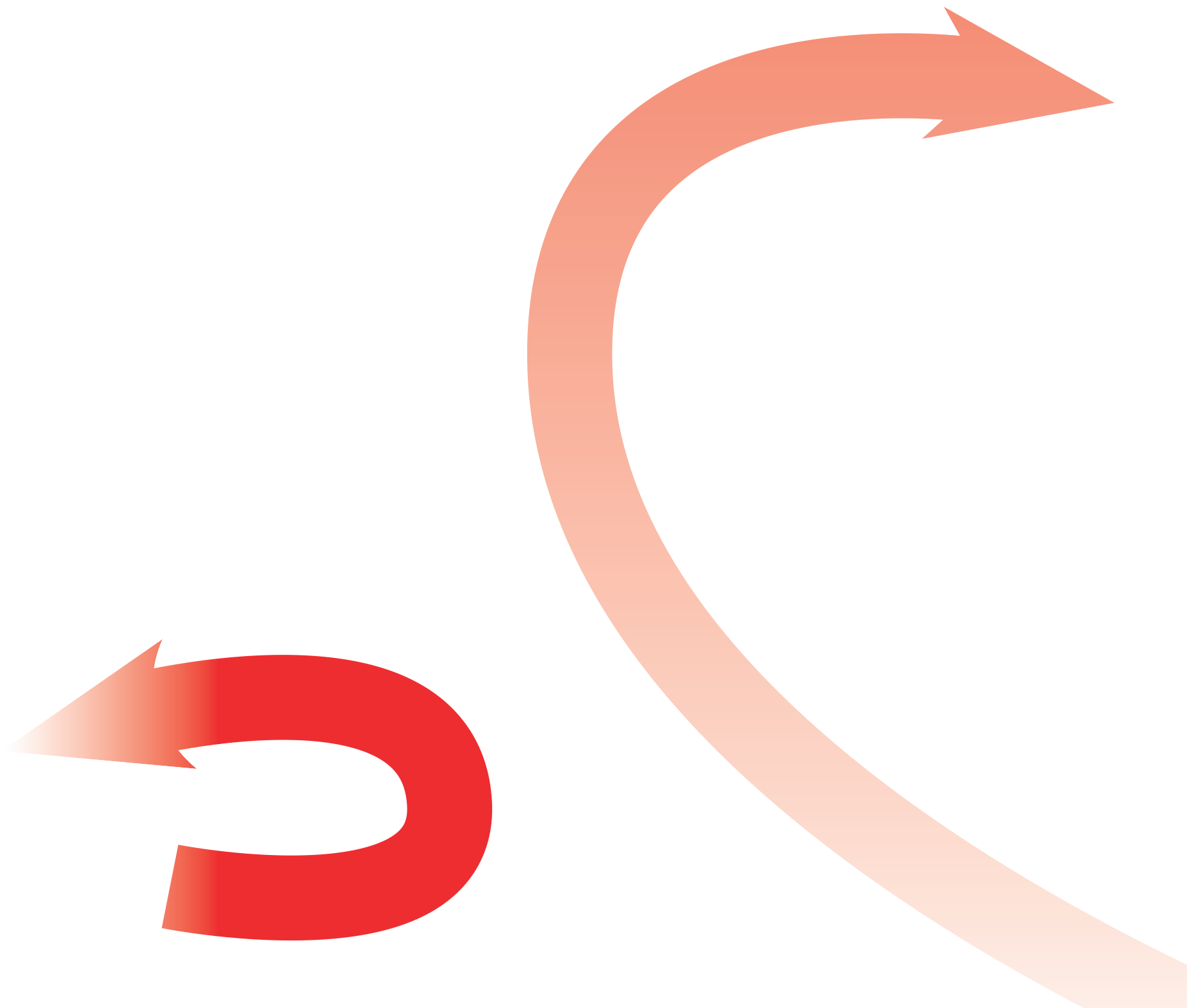
waren Ende 2014
Mitglied einer DGB-
Gewerkschaft.

GEW	EVG	IG BAU	IG Metall	IG BCE	NGG	Ver.di
10.901	314	1030	30.673	4953	840	9523

**47,2% aller
Studierenden**
in Deutschland
arbeiten neben
dem Studium.

Guy Debord: Die Gesellschaft des Spektakels

Über das Scheitern eines
autonomen Tutoriums



Who the fuck is Guy Debord? – Eine kleine Einführung in den Situationismus

Wenn ich ein autonomes Tutorium anbiete, hat das in der Regel drei Hauptgründe (außer den offensichtlichen materiellen): Zum einen möchte ich mich mit den behandelten Theorien selbst vertieft auseinandersetzen und das Tutorium dafür als Anstoß nutzen, zweitens möchte ich mich mit Leuten austauschen, die diese Theorie auch spannend finden, zum dritten habe ich dazu noch eine politische Motivation, die darin besteht, die behandelte Theorie bekannt zu machen. Bei dem autonomen Tutorium, das ich im Wintersemester am Fachbereich 10 anbot, überwiegte jener politische Aspekt bei Weitem: Die Theorie Guy Debords ist selbst bei gesellschaftskritisch interessierten Kommiliton*innen kaum bekannt, obwohl sie meines Erachtens eine der wichtigsten kritischen Theorien des 20. Jahrhunderts darstellt. Daran wollte ich etwas ändern.

Guy Debord entwickelte seine Theorie im Rahmen der Arbeit der Gruppe der Situationistischen Internationalen (SI). Dies war ein Zusammenschluss aus politisch radikal revolutionär ausgerichteten Künstlern und Theoretikern¹, der Ende der 50er Jahre aus der Lettristischen Internationale (LI) hervorging. Die LI zielte, im Anschluss an die Avantgarden vor dem 2. Weltkrieg (Expressionisten, Dadaisten, Surrealisten ...), auf eine völlige Zerstörung der bürgerlichen Kunst ab und fiel durch provokante Störaktionen im arrivierten Kulturbetrieb auf. So verkleidete sich einer von ihnen bei der Ostermesse 1950 in Notre Dame de Paris als Mönch und verkündete den „Tod Gottes“ – er wäre von der erzürnten Menge um ein Haar gelyncht worden. Gegenüber den eher kunst- und kulturimmanenten, stark von Friedrich Nietzsche und anderen existenzialistischen Denkern beeinflussten Lettristen hoben sich die Situationisten seit ihrer Gründung Ende der 50er Jahre davon ab, dass sie sich stark auf Karl Marx und den von Georg Lukács in seinem Frühwerk *Geschichte und Klassenbewusstsein* (1923) entwickelten westlichen Marxismus bezogen, der wiederum an die Philosophie Georg Wilhelm Friedrich Hegels anknüpft. Kernthese dieses Marxismus ist, dass Kunst und Kultur nur eine sehr beschränkte Autonomie zukommt, sie vielmehr in ihrer Entwicklung von den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten der jeweiligen Gesellschaft bestimmt werden. Im Kapitalismus ist die entscheidende ökonomische Struktur,

der sich alles gesellschaftliche Handeln und Denken unterwirft, die Warenform. Sobald ein Ding als Ware auf den Markt kommt, ist es nicht mehr nur dieses einzelne nützliche Ding, sondern es bekommt zusätzlich eine quasi-übersinnliche Qualität, die von seinen nützlichen Eigenschaften vollkommen abgekoppelt ist: Es hat einen bestimmten Preis. Im Kapitalismus ist dies jedoch seine entscheidende, seine ihn gerade definierende Eigenschaft. Im Preis drückt sich die Gesellschaftlichkeit eines Dinges aus: Dass es von Menschen in bestimmter Zeit produziert wurde, um die Bedürfnisse anderer Menschen zu befriedigen. Doch diese Gesellschaftlichkeit setzt sich im Kapitalismus als Zwangsgesetz gegen die Menschen durch, sie können über sie nicht bewusst verfügen. Einfach deswegen, weil die Produktionsmittel den Kapitalisten* gehören, mithin in privaten Händen zersplittert sind. Die Proletarier*, die sie bedienen, haben über den Produktionsprozess überhaupt keine Kontrolle, und damit über die Produktion ihrer eigenen Lebensbedingungen. Sie führen somit ein völlig entfremdetes Dasein. Sie werden von den Produkten ihrer eigenen Arbeit beherrscht. Dies fasst der westliche Marxismus kritisch mit den Begriffen „Verdinglichung“ und „Fetischismus“. Eine Veränderung dieser widrigen Lage kann nur über einen kollektiven Umsturz der kapitalistischen Produktionsweise in globalem Maßstab, also eine kommunistische Weltrevolution, erfolgen. Es ist klar, dass unter diesem Einfluss die SI das nietzsche-anische, kulturrevolutionäre und kunstimmanente Konzept der Lettristen hinter sich lassen musste. Sie verstanden sich dezidiert als revolutionäre Organisation des Proletariats mit dem Ziel der Herbeiführung (oder wenigstens: Beförderung) eben jener Weltrevolution.

Allerdings warf die SI ihre künstlerisch-existenzialistischen Wurzeln nie gänzlich ab, sondern entwickelte eine spezifische Synthese von existenzialistischer Kultur- und marxistischer Gesellschaftskritik. Unter existenzialistische Kulturkritik verstehe ich hier eine Kritik an der modernen kapitalistischen Gesellschaft, die sich vor allem an kulturellen Phänomenen festmacht und von einem eher subjektiven Standpunkt aus diese Phänomene im Namen von Konzepten wie Authentizität, dem Leben, der Freiheit des Individuums oder des Spiels kritisiert.² Praktisch entwickelt sie auf der Ebene individueller Praxis wie in ästhetischen Experimenten konkrete Gegenmodelle, in denen ein nicht-entfremdetes Dasein aufscheinen soll. Wichtige Denker dieses so heterogenen Strangs sind u. a. (neben dem wohl wichtigsten: Nietzsche) Søren Kierkegaard, Ludwig Feuerbach, Max Stirner, Martin

Heidegger, Jean-Paul Sartre, Albert Camus, Henri Bergson, Georges Bataille und Antonin Artaud. Auch die erwähnten Avantgarden des 20. Jahrhunderts waren stark von existenzphilosophischen Ideen beeinflusst. Theodor W. Adorno verweist in seinem Aufsatz *Erpresste Versöhnung* darauf, dass es – trotz aller Abgrenzungsbemühungen – einen engen inneren Zusammenhang zwischen existenzialistischer Kulturkritik und dem westlichen Marxismus gibt, insofern beide dieselbe Ausgangsintuition teilen: Dass die Moderne ein Zeitalter der absoluten Verdinglichung und Entfremdung ist, deren Überwindung einen grundsätzlichen Wandel erheischt. Für den Marxismus muss dieser Wandel auf gesellschaftlicher und kollektiver Ebene, für die existenzialistische Kulturkritik auf individueller und kultureller Ebene erfolgen. Ein wenig schematisch betrachtet lässt sich sagen, dass der Marxismus die Dinge von der objektiven, die existenzialistische Kulturkritik die Dinge von der subjektiven Seite her anpackt, also dasselbe aus unterschiedlicher Perspektive betrachten – woraus ersichtlich ist, dass eine Vermittlung beider Strömungen möglich sein sollte. Begriffe wie „Entfremdung“ oder „Verdinglichung“ spielen entsprechend in beiden Traditionen eine zentrale Rolle, jedoch mit unterschiedlicher Konnotation: Während sie im westlichen Marxismus einen objektiven ökonomischen Sachverhalt bezeichnen sollen (die Entfremdung der Arbeiter von den Produktionsmitteln und den Produkten selbst, die objektive Degradation der Menschen zu Dingen im Kapitalismus), beschreiben existenzialistische Denker Entfremdung und Verdinglichung als subjektive Erfahrung (Entfremdung etwa als Sinnverlust; Verdinglichung als Erfahrung der Verdinglichung).

Die SI unternahm einen solchen Vermittlungsversuch von den späten 50ern bis zu ihrer Selbstauflösung in den frühen 70ern. Neben ästhetischen und individuellen Experimenten betrieben sie insbesondere politische Agitation und theoretische Arbeit. Zu erwähnen ist dabei etwa als einer ihrer größten Clous eine Broschüre mit dem Titel *Über das Elend im Studentenmilieu*, betrachtet unter seinen ökonomischen, politischen, sexuellen und besonders intellektuellen Aspekten und über einige Mittel diesen abzuwehren, die sie mit Geldern der Studentengewerkschaft Straßburg 1966 veröffentlichte. Dieser noch heute sehr lesenswerte und einiges treffende Text ist eine umfassende Polemik gegen alles, was das studentische Leben ausmacht inklusive der Studentengewerkschaft selbst. Minutiös wird der Selbstbetrug der Studenten aufgezeigt, die sich in einem Lebensabschnitt der Freiheit und Selbstverwirklichung wähnen, während sie in Wahrheit am Zipfel von Familie und Uni bleiben und sich auf ihre künftige Rolle als Kader und Funktionäre vorbereiten. Kein Wunder, dass sich die SI mit diesem Text einige Feinde machte. Die unmittelbar verantwortlichen Straßburger

1 Man darf bei der SI wirklich einmal guten Gewissens die männliche Form verwenden – Frauen spielten in ihr nur eine untergeordnete Nebenrolle.

2 Im engeren Sinne bezeichnet Existenzialismus eine kulturelle und philosophische Strömung in Frankreich der 30er bis 60er Jahre, der u. a. Jean-Paul Sartre, Albert Camus und Simone de Beauvoir angehörten. Diese Strömung sehe ich als wichtigen Teil des Existenzialismus im weiteren Sinne.

Studenten wurden vom Direktor als psychisch krank bezeichnet und exmatrikuliert. Die Broschüre entfaltete jedoch – neben den anderen Texten der SI – einen erheblichen Einfluss auf Teile der Studentenbewegung, die im Generalstreik des Mai 68 kulminierte. Nach 68 verlor die SI jedoch an Schwung und löste sich 1972 auf – auch, um nicht zum Mythos zu erstarren. Innerhalb der SI gab es stets den Widerspruch zwischen dem eher marxistisch und dem eher existenzialistischen Flügel. Guy Debords Hauptwerk *Die Gesellschaft des Spektakels* fasst die Theorie aus marxistischer Perspektive zusammen, Raoul Vaneigems *Handbuch der Lebenskunst für die jungen Generationen* aus existenzialistischer. Beide erschienen 1967 und teilen dasselbe Ansinnen: Die gegenwärtige Gesellschaft wird als „Gesellschaft des Spektakels“ denunziert. Das „Spektakel“ stellt die höchste Form der kapitalistischen Verdinglichung dar: Die Warenform ergreift nun wirklich total alles Erleben der Menschen. An die Stelle des wirklich Erlebten tritt ein System von Bildern, das sich über das unmittelbar Erlebten als Pseudo-Erlebtes legt und es verdrängt. Dieses System ist eben das „Spektakel“. Die Theorie der SI weist dabei große Ähnlichkeiten der Kulturindustrie-Kritik Adornos und Horkheimers auf, nur betont sie radikaler, dass die Kulturindustrie kein Teil der Gesellschaft ist, sondern im modernen Kapitalismus die gesamte Gesellschaft kulturindustriell erfasst ist. Die Menschen sind keine wirklichen Individuen mehr, sondern all ihr Denken und Handeln orientiert sich bis in ihre Bedürfnisstruktur hinein an vom Spektakel vorgegebenen Stereotypen. Allerdings geht die SI von keiner wirklich totalen Erfassung der Menschen aus, sondern von einem Restbestand an authentischem Erleben und echten, radikalen Begierden, die eine wenigstens partielle innere Befreiung ermöglichen – und die Basis des Klassenkampfes bilden.

Besser scheitern.

Zur Relevanz der SI heute

Mein Tutorium nun war erfolgreich in dem Sinne, dass ich es für mein Selbststudium nutzte und wir ein paar nette Diskussionen hatten. Trotzdem scheiterte ich eben in meiner politischen Motivation: Die erhofften Teilnehmer*innen blieben fast vollständig aus. Es soll hier nicht um den genauen Verlauf des Tutoriums gehen. Es mag sein, dass ich in mancher Hinsicht Fehler gemacht habe. Was mich interessiert ist aber eher die prinzipielle Frage: Woher rührt das Desinteresse an der SI, obwohl sich in Frankfurt doch so viele Studierende mit Fragen kritischer Theorie, insbesondere auch einer kritischen Theorie des Kultur- und Kunstbetriebs, zu der die SI einiges beizutragen hätte, beschäftigen?

Der Hauptgrund dürfte schlicht die Radikalität der SI sein. Die SI polemisierte gegen nahezu alles, was nicht mit ihnen identisch war. Kompromisse oder Zugeständnisse

waren die Sache der SI nicht. Ohnehin abgelehnt werden von ihr alle Strömungen der radikalen Linken von den Kommunistischen Parteien über die Gewerkschaften bis hin zu anarchistischen Splittergruppen. Dann auch Theoretiker*innen und Künstler*innen, die der SI auf den ersten Blick nahe zu stehen scheinen wie die Existenzialisten, die Strukturalisten, die Post-Strukturalisten, Cornelius Castoriadis oder Jean-Luc Godard. Und das, obwohl es natürlich sehr starke Bezüge zwischen der SI und dem französischen Diskurs der 50er und 60er Jahre gibt.

Für die SI gibt es nur zwei Optionen: Entweder total und kompromisslos für die Revolution zu sein oder dagegen. Vor diesem Hintergrund ist es nicht besonders angenehm, ihre Texte zu lesen: Im Grunde muss sich jede*r, der/die eine halbwegs ‚normale‘ bürgerliche Identität herausgebildet hat, von ihnen persönlich angegriffen fühlen, insofern die SI minutiös all die kleinen Lügen, Unaufrichtigkeiten und Halbheiten enttarnt, mit der die Herausbildung einer solchen Identität bezahlt werden muss. Die SI erinnert an all die Wünsche, die wir aufgeben mussten, um uns ein mittelmäßiges Pseudo-Leben zu sichern. Es ist klar, dass es gegen diesen Radikalismus einige gute Argumente gibt. Doch er lässt sich eben auch nicht so einfach vom Tisch wischen. Das beste Mittel, um sich vor ihm zu schützen, ist das bewährte bürgerliche der Ignoranz. Zumal das Hauptobjekt der Kritik der SI genau der Betrieb ist, in denen die meisten Studierenden mehr oder weniger stark verstrickt sind: Das Politikspektakel, das Kunstspektakel, das Kulturspektakel, das Wissenschaftsspektakel ... Wer einfach seine Karriere in einer dieser Sphären voranbringen will, dem sei ausdrücklich abgeraten, sich mit der SI auch nur im Ansatz zu befassen. Es ist Zeitverschwendung und ist nur anstrengend, bringt angesichts der Bedeutungslosigkeit der SI selbst im

kritischen akademischen Diskurs nur minimalste Distinktionsgewinne. ‚Man‘ muss Debord nicht kennen.³

Als Haupteinwand gegen die SI wird dabei oft vorgebracht, dass es nicht klar sei, was denn überhaupt dem Spektakel entgegenzusetzen sei. Es gäbe jenen Bereich des „unmittelbar Erlebten“ oder der „authentischen radikalen Begierden“, auf den Debord & Co. setzen schlicht nicht und man hätte gar keine Wahl, als sich in die Gesellschaft zu integrieren, der man nun einmal angehört. Die SI geht zumal nicht nur davon aus, dass es diesen Bereich gibt, sondern dass er sogar massenhaft erfahren wird, dass es das Proletariat als Klasse der Authentizität gibt, das fähig zur Weltrevolution wäre.

Man muss hier zunächst zwischen der philosophischen und der historischen Dimension der Frage trennen. Auf einer philosophischen Ebene widmet sich die SI dem Problem der Bestimmung des Authentischen/Unmittelbaren in der Tat nur sehr bedingt, sie entwickelt es negativ in Abgrenzung vom Unauthentischen, setzt es nicht positiv. Als ‚Authentisches‘ ist so oder so nicht zu verstehen, was man gemeinhin darunter versteht: Irgendwie ‚echt‘ sein, alternative Klamotten tragen, in Bioläden einkaufen, Drogen nehmen. Das wären alles Bilder vom Authentischen, Teil eines ‚Spektakels der Authentizität‘, das selbst integraler Bestandteil des Gesamtspektakels ist. Alle positiven Bestimmungen des Authentischen wären im Grunde

³ Interessanterweise scheint Debord allerdings langsam doch für den akademischen Betrieb als ‚Klassiker‘ attraktiv zu werden nach dem objektiven Veralten seiner Theorie (s.u.). So finden in diesem Jahr zwei Konferenzen unter expliziter Berufung auf sein Werk in Medford und Jena statt. Auch in Kanon der Kulturnation Frankreich wurde Guy Debord spätestens mit einer Ausstellung über sein Leben und Werk in der französischen Nationalbibliothek in Paris 2013 integriert.





schon unauthentisch, letztendlich lässt sich von ihm nicht viel mehr sagen, als dass es es gibt. Zumindest seine bloße Existenz lässt sich jedoch philosophisch begründen: Die Vermittlung setzt immer ein Unmittelbares voraus, das erst die Basis des Vermittlungsprozesses bildet. Selbst in einer Gesellschaft totaler Integration muss es aus logischen Gründen einen Rest nicht-erfasster Erfahrung geben, sonst würde sich diese Gesellschaft selbst aufheben. Als Minimalbestimmung ist das Authentische vielleicht nicht viel mehr – aber auch nicht weniger – als das, was Adorno in der *Negativen Dialektik* als das „Nicht-Identische“ bezeichnet. Von der SI her gedacht konstituiert sich authentische Erfahrung wesentlich im schlichten Kampf um authentische Erfahrung gegen die allgemeine Unauthentizität. Wer diesen Kampf (und sei es als inneren Widerstand gegen die Fremdsteuerung des eigenen Lebens) nicht führt, der erfährt sie auch nicht.

Das Problem wird von der SI zumal stets als historisches gefasst. Das Spektakel ist bei ihnen ja keine anthropologische Konstante, sondern ein ganz konkretes soziales, historisches Phänomen. In früheren Gesellschaften gab es bei ihnen noch keine allumfassende Unaufrichtigkeit, wie sie die moderne kapitalistische Gesellschaft kennzeichnet, sondern einen sehr großen Bereich des unmittelbar Erlebten, in dem die Individuen relativ unabhängig von gesellschaftlichen Stereotypen leben konnten. Zentral sind hier Konzepte wie

Kreativität, Aktivität, Spontanität, Abenteuer und Spiel, die der Langeweile, Passivität, Starrheit und Beengtheit des Spektakels entgegengehalten werden (wobei sich diese Passivität auch als Pseudo-Aktivität äußert, wie sie die SI insbesondere am rastlosen Aktivismus politischer Karrierist*innen festmacht). Letztendlich geht es um die Verfügungsgewalt über die eigenen Lebensbedingungen, die den modernen proletarisierten Individuen völlig entrisen wurde. In früheren Zeiten gab es große Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, die sich der ideologischen Kontrolle durch die jeweilige Zentralgewalt entzogen – ökonomische Basis dafür bildete der große Anteil von Subsistenzwirtschaft. In der modernen Gesellschaft sind nun wirklich alle Individuen sozial vollkommen erfasst und es gibt kaum mehr Möglichkeiten der Eigenversorgung. Gleichzeitig ist es jedoch natürlich so, dass die moderne Gesellschaft dafür die Borniertheiten früherer Gesellschaften aufbricht und weitaus größere Potentiale authentischen Lebens für jeden Einzelnen wenigstens der Möglichkeit nach zur Verfügung stellt.

Hier wäre nun auf den Unterschied zwischen unserer heutigen Situation und der in den 50er und 60er Jahren zu verweisen. Vor dem Hintergrund dieser Jahre des gesellschaftlichen Aufbruchs wirken die Thesen der SI weitaus weniger absonderlich als aus heutiger Perspektive. Die kulturindustrielle Erfassung der Menschen steckte im Vergleich zu heute gerade erst

in den Kinderschuhen, der damalige fordistische Kapitalismus garantierte im Vergleich zu heute (und im welthistorischen Maßstab wohl bislang einmalige) relativ große Freiräume selbst der Proletariserten zur individuellen Selbstentfaltung. Man musste sich, um ökonomisch halbwegs über die Runden zu kommen, nicht tausende ‚soft skills‘ in Selbstmanagementkursen antrainieren, seine Bedürfnisstruktur verhaltenstherapeutisch durchdesignen und sich mit seinem Job vollkommen identifizieren bis zur Selbstaufgabe und Selbstaufopferung im ‚burn out‘. Dies hat vor allem zu tun mit der miserablen gegenwärtigen Lage der Proletarisierten im Klassenkampf, der völligen Niederlage auf fast allen Ebenen in den letzten Jahrzehnten was die ökonomische Situation betrifft.

Diese Seite des Verhaltens der SI spricht nun nicht so sehr gegen sie, sondern gegen den gegenwärtigen Kapitalismus. Allerdings wirft die heutige Situation rückblickend die Frage auf, ob Guy Debord und Co. nicht schon damals die Situation in mancherlei Hinsicht zu optimistisch einschätzten, was die Möglichkeit revolutionärer Veränderung anbelangt. Die zentrale Lücke der SI wird deutlich, wenn man sich vor Augen hält, wie die Integration in den gegenwärtigen Kapitalismus der Tendenz nach mehr und mehr funktioniert: Nicht, wie noch bei der SI, durch Bilderwelten, sondern durch die unmittelbar technologische Integration des Leibes der Individuen in kybernetische Kreisläufe. Durch Suggestion und



Manipulation auf vollkommen unbewusster Ebene, Überwachung und algorithmische Auswertung des Konsumverhaltens, die wiederum zu optimierten Steuerungsprozessen verwendet wird, Verabreichung von psychoaktiven Medikamenten im großen Stil, Transplantation von vernetzten Maschinen direkt in den Körper. Diese nicht-sprachlichen und auch nicht-bildlichen Integrationsmechanismen, die insbesondere Foucault und Deleuze/Guattari im Anschluss an Nietzsche und Freud systematisch untersuchten, waren schon immer relevanter für das gesellschaftliche Leben als es der herrschenden Ideologie zugeben lieb war, doch kamen in früheren Perioden auch sprachlich und symbolisch vermittelter Integration ein großer Stellenwert zu. Sie wird heute mehr und mehr ersetzt durch unmittelbare Einbindung auf neuronaler Ebene. Von der SI werden sie, wie überhaupt die wirklichen Prozesse gesellschaftlicher Integration, kaum betrachtet. Die Theorie der SI bleibt in einem schlechten Sinne sehr philosophisch, insofern sie selbst bei Guy Debord auf einer rein phänomenologischen Beschreibungsebene verbleibt. Debord und Co. analysieren sehr gut, wie die Herrschaft moderner Gesellschaften vom Standpunkt einer radikalen Subjektivität her *erscheint* – über ihre Genesis, das objektive Moment, ihr *Sein* erfährt man wenig bis nichts. Das ‚ihre‘ ist hier bewusst zweideutig gehalten: Denn genealogisch betrachtet ist ja auch die radikale, revolutionäre Subjektivität selbst etwas, das aus einer bestimmten

Sozialisation zu erklären wäre. Dies ist nicht psychologistisch zu verstehen, auch auf kultureller Ebene schreibt sich in die Texte der SI deutlich eine bestimmte Subjektivität ein, die der klassischer Bürgerlichkeit entspricht: Der freie Mann, der seine Autonomie und Souveränität um jeden Preis wahren will, der, um seine Identität zu bewahren, sich vor dem Einfall des Nicht-Identischen ins eigene Innere zwangsläufig immunisieren muss, wenn nötig, durch Gewalt. So sprechen die Situationisten oft davon, dass die Integration ins Spektakel mit einer Kastration und der Verlust an Potenz verbunden sei. Sie partizipieren so an einem heteronormativen Männlichkeitskonstrukt, das bis zum selbst als spektakulär zu bezeichnenden Bild von der ‚großen Revolution‘, in der das Subjekt sich aller Äußerlichkeit und Vermittlung entschlägt und zu einer inneren Reinheit zurückfindet, ihre Texte im Kern strukturiert. Dieses männliche Identitätskonstrukt legt heute eindeutig seine affirmative, zerstörerische und ideologische Seite an den Tag. Einerseits sind die Menschen heute mehr denn je abhängig von Kapitalkreisläufen, Maschinen, anderen Subjekten, Netzwerken etc., andererseits sollen sie unter dem Banner neoliberaler Ideologie so individuell, selbstmächtig, flexibel, kreativ, aktiv, spontan, ja: revolutionär, sein wie nie zuvor in der Geschichte. All das, auf dem die SI normativ aufbaute, ist mittlerweile selbst Teil des Spektakels geworden und war es bis zu einem gewissen Grad schon damals.

Zum Ende kommen.

Es gibt also gute Gründe dafür, die SI zu kritisieren und für veraltet zu halten. Trotzdem bleibt der Ansatz der SI zentral für das Verständnis der sozialen Bewegung der 60er Jahre. Auch von der Aktualität der Frage nach dem authentischen Leben jenseits des herrschenden Spektakels ist nichts gewichen. Sie muss eben nur anders und neu gestellt werden, als es die SI tat. Gerade, weil sie niemand mehr so recht stellen will. Die SI wäre also sowohl zu verteidigen gegen ihre falschen Freund*innen, die so tun, als hätte es in den letzten 50 Jahren keine Entwicklung gegeben und von der SI kaum mehr übernehmen als ihren radikalen Gestus wie gegen diejenigen, die sie aus genau den falschen Gründen kritisieren oder gar ignorieren.

Der Ort für eine solche produktive Aneignung der SI dürfte aber kaum die mehr und mehr selbst gleichgeschaltete und voll in die neoliberalen Verwertungsprozesse eingebettete Uni sein, sondern jenseits des Wissenschafts- und Politikspektakels in versprengten Zirkeln von ‚Verrückten‘. Das Scheitern des SI-Tutoriums zeigt deutlich, dass auch die ‚autonomen‘ Tutorien kein von gesamtgesellschaftlichen Tendenzen abgeschotteter ‚Freiraum‘ sind, in denen sich nach Belieben kritische Theorie betreiben ließe. Dies zu glauben ist eben Symptom jener typischen studentischen Selbsttäuschung, die die SI in ihrem Text von 1965 so gnadenlos bloßstellt. Dennoch scheint es mir den Versuch wert gewesen zu sein.

von Paul Stephan

Wenn die Wahrheit sich nicht von selbst durchsetzt, gibt es keine Hoffnung

Friedrich Pollock

I

Wir nehmen an, dass diese Gesellschaft das Ergebnis eines historischen Prozesses ist. Sie ist menschengemacht und kann daher auch von Menschen verändert oder abgeschafft werden.

II

Leid ist eine biologische Konstante, wir müssen annehmen, dass alle Menschen leiden können und dass kein solcher leiden möchte. Leid ist wesentlich das Bedürfnis, der unmittelbare Drang, dass es aufhören soll. Das bedeutet, es zielt von Beginn an auf seine eigene Abschaffung. Wenn Menschen leiden, dann ist ihnen das bewusst, ich kann keinen Schmerz haben, den ich nicht fühle.

III

Dieser Begriff des Leids ist nur bedingt auf gesellschaftliche Zusammenhänge übertragbar. Er ist am Schmerz gebildet und gesellschaftlicher Zwang erzeugt in der Regel nicht unmittelbar Schmerz, aber Menschen können an gesellschaftlichem Zwang leiden. Freud hat schon vor über 100 Jahren die Neurosen auf die Konstitutionsbedingungen des Individuums, besser: der individuellen Psyche, zurückgeführt. Um unter Menschen leben zu können, müssen die je Einzelnen ihre Triebe unterdrücken. Gelingt es ihnen nicht, die Triebenergie auf andere Tätigkeiten umzulenken, d.h. sie zu sublimieren, kommt es zu Neurosen. Die nur unterdrückten Triebe brechen hervor, der Mensch leidet. Freud sah kein prinzipielles Problem in der Triebunterdrückung. Dass Menschen auch an der in seinem Sinne geglückten Triebsublimierung leiden können, ist hier nicht vorgesehen.

IV

Horkheimer und Adorno erweitern diese Vorstellung. Ihnen stellt sich die Sozialisation der Einzelnen wie eine Neuinszenierung des Zivilisationsprozesses dar. Die Herrschaft der Menschen über die äußere Natur wird durch die Herrschaft über ihre innere erkaufte. Jeder muss sich dem Zwang unterordnen, ja es kann überhaupt niemand sein, ohne sich dem Zwang unterzuordnen. Er ist universell. Dieser Zwang ist aber nichts den Menschen Vorgängiges, er ist erst durch den Zivilisationsprozess, der ja eigentlich den Naturzwang auflösen sollte, entstanden. Die gesamte bisherige Geschichte ist eine der Herrschaft und der Gewalt und die Vorstellung der bürgerlichen Gesellschaft von sich selbst, sie überwinde die Gewalt, ist ideologisch.

V

An diesem Punkt zeigt sich der Mangel des zuvor entwickelten Begriffs von Leid. Wenn der Zwang dieser Gesellschaft wirklich universell ist, wenn wirklich kein Mensch existiert, der sich nicht gewaltsam formen musste, dann leiden alle. Wenn aber alle leiden, dann müssen sie auch wissen, dass sie leiden und sie müssen folgerichtig das Bedürfnis haben, die Ursache ihres Leids zu finden und sie abzuschaffen. Warum tun sie es dann nicht?

VI

Medizinisch lässt sich dem Schmerz als einer Form des Leidens prinzipiell auf zwei Wegen beikommen. Es kann die Ursache des Schmerzes bekämpft werden oder seine Übermittlung. Der Schmerz kann betäubt werden, sodass der somatische Impuls sozusagen nicht ankommt. In der Einleitung zu Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie hat Marx diesen Gedanken auf das Leiden an gesellschaftlichen Verhältnissen übertragen. Unzulässig verkürzt lässt sich diese Vorstellung in etwa so zusammenfassen: Ohne es zu merken, schaffen sich die bedrängten Menschen »Opiate«, die sie ihr Leid ertragen lassen. Die Hoffnung auf eine versöhnte Menschheit verschiebt sich in die Utopie des Paradieses, die sich als Ideologie dann zwischen sie und ihre Emanzipation stellt.

VII

Eine ähnliche Rolle wie die, die Marx noch der Religion zugeschrieben hatte, kommt im Spätkapitalismus der Kulturindustrie zu. Die Erfüllung wird jetzt nicht mehr im Jenseits, sondern im jeweils nächsten Song oder Film versprochen. Aber anders als die Religion, die trotz ihres Herrschaftscharakters auch selbst ein revolutionäres Potential enthält, ist die Kulturindustrie nur herrschaftlich, sie macht noch den Widerstand warenförmig.

VIII

Die Lösung scheint also einfach: Eine revolutionäre Avantgarde müsste den geknechteten und unterdrückten Menschen ihre Unfreiheit vor Augen führen, dann käme die Revolution von selbst. Diejenigen, die den Schleier des falschen Bewusstseins durchbrochen haben, müssten die Anderen aufklären. Das versuchen Kommunist*innen seit Jahrzehnten, aber wie wir wissen, wollten die Proletarier*innen die Kommunistische Volkszeitung nicht lesen und wie gut war der KBW doch alles andere als herrschaftskritisch. Der Vorstellung von der revolutionären Avantgarde haftet etwas Autoritäres an. Wie soll Herrschaft aufhören, wenn die Klasse dazu nur ihren scheinbar genialen Anführern folgen soll?

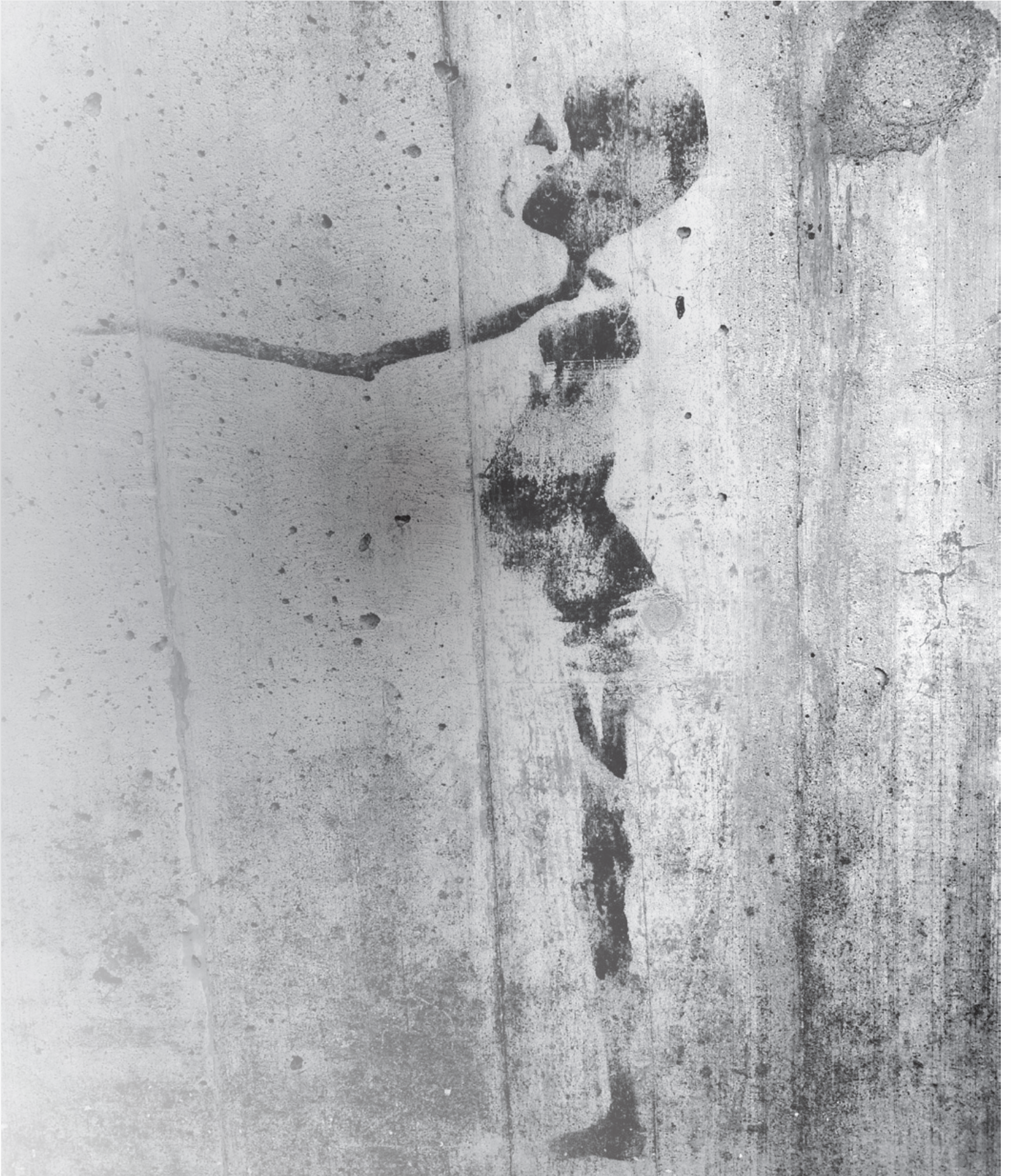
IX

Aber der Wahrheitsgehalt eines Urteils hängt nicht von der Sprecherposition der Urteilenden ab. Revolutionäre Propaganda ist nicht unwahr, weil sie von Akademiker*innen stammt, sondern weil sie Propaganda ist. Propaganda behandelt diejenigen, die sie empfangen, nicht als mündige Menschen, sondern als Verfügungsmasse. Ihre Autor*innen sagen, wie es eben ist und erwarten im Gegenzug Gefolgschaft. Dem muss revolutionäre Bildung widerstehen. Sie muss den Menschen beim Entwickeln eines revolutionären Bewusstseins helfen, aber sie müssen es eben selbst entwickeln, nicht weil die Einsichten sonst falsch wären, sondern weil sie ihnen unmittelbar als wahr einleuchten müssen. Zwar kennen Menschen Solidarität, aber sie kennen nicht das konkrete Leid der anderen. Jeder Mensch kennt nur sein eigenes Leid. Niemand kann anderen ihr Leid erklären, wenn sie es nicht selbst sehen. Der Fehler der Verelendungsthese ist nicht die Annahme, dass die Menschen ihr Elend beenden würden, so es denn nur intensiv genug wäre. Er liegt darin, dass sie die Fähigkeit der Menschen, ihr es zu vergessen, übersieht.

X

Was revolutionäres Bewusstsein ausmacht, ist nicht positiv zu bestimmen. Auch deshalb kann Propaganda nicht zum Ziel führen. Nur negativ, als Hoffnung, dass kein Leid mehr sein soll, kann es ausgedrückt werden. revolutionäre Bildung darf nicht einfach darin bestehen, die Utopien zu zerschlagen. Sie muss die in ihnen enthaltene Vorstellung, dass die Gesellschaft auch ganz anders eingerichtet sein könnte, bewahren. Sie muss darauf bestehen, dass die Menschen zur Reflexion und zur Einsicht fähig sind und wenn das hoffnungslos erscheint, dann ist darauf mit dem Satz zu antworten, mit dem Walter Benjamin seinen Text über Goethes Wahlverwandtschaften beendet hat: „Nur um der Hoffnungslosen willen ist uns die Hoffnung gegeben.“

von Ronald McDonald



Politisierung im internationalen Freiwilligendienst

Freiwilligendienste im Ausland haben in Deutschland seit Ende der 1950er Jahre eine längere Tradition. Mit den Schrecken des Nationalsozialismus als unmittelbaren Ausgangspunkt standen Freiwilligendienste damals oft im Zeichen von Aussöhnung und friedlichem Miteinander, beispielsweise in Polen, Frankreich oder Israel. Auch später, etwa zu Zeiten der Friedensbewegung, hatten Freiwilligendienste im Ausland oft einen ausdrücklich politischen Charakter, mit dem Gedanken der „Einen Welt“. Seit 2008 gab es mit der Etablierung des „weltwärts“-Förderungsprogramms des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) eine signifikante Veränderung in der Struktur solcher Freiwilligendienste. Mit hoher finanzieller Unterstützung möchte das BMZ als staatlicher Akteur gezielt junge Erwachsene bis 28 Jahre ansprechen, ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) im Ausland, bevorzugt in einem so genannten „Entwicklungsland“, zu leisten.

Empirisch setzen sich die durch „weltwärts“ geförderten Freiwilligen zum allergrößten Teil aus Abiturient*innen zusammen.¹ Diese haben sich in einer Phase der Orientierung nach dem Abitur dazu entschieden, einen Freiwilligendienst im Ausland zu leisten. Nicht zuletzt mit dem bewussten Wählen des FSJ als Erfahrungsraum wird dessen prägender Charakter offenbar. Insbesondere politisch bedeutet der Dienst für viele Freiwillige die erstmalige Auseinandersetzung mit Themen globaler (Un-)Gerechtigkeit. Verstärkt wird dieser politisch prägende Charakter dadurch, dass das Leisten des Dienstes in einer unbekannteren Umgebung eine Vielzahl neuer politischer und sozialer Räume mit sich bringt.

Unabhängig von den Erfahrungen und individuellen Politisierung während des Dienstes, fordern die Leitlinien des „weltwärts“-Programms ausdrücklich ein

Rückkehrer*innen-Engagement. Internationale Freiwillige werden hier als Multiplikator*innen aufgefasst, die explizit „entwicklungspolitische“ Themen in zivilgesellschaftliche, soziale Räume einbringen sollen. In diesem Sinne spricht das BMZ auch von einem „entwicklungspolitischen Freiwilligendienst“. Explizites Ziel des „weltwärts“-Programms ist es, „junge Menschen an entwicklungspolitische Fragestellungen heranzuführen, ihr entwicklungspolitisches Interesse und Engagement zu fördern“² und den Freiwilligen „Anregungen und Anstöße zu einem weiteren entwicklungspolitischen Engagement“ mitzugeben und sie darin zu unterstützen³. Dies bedeutet, dass Politisierung während des Freiwilligendienstes von staatlicher Seite ausdrücklich gewünscht ist, jedoch innerhalb des vorgegebenen Feldes so genannter „Entwicklungspolitik“. So gerne der Begriff „Entwicklungspolitik“ in der deutschen Politik für das Verhältnis der Zusammenarbeit zwischen dem globalen Norden und Süden benutzt wird, so umstritten ist er. Es ist keineswegs klar, was unter „Entwicklung“ zu verstehen ist und welche Politik spezifische Verständnisse von „Entwicklung“ mit sich bringt. Durch das nicht eingegrenzte und kontrovers diskutierte Wort „entwicklungspolitisch“ wird von staatlicher Seite offen gelassen, welche näheren Ziele eine politische Bildung im Freiwilligendienst anstrebt, welche Wirkung sie hat, aber auch welches Potential sie den Freiwilligen ermöglicht. Der Kontext, in dem ein Freiwilligendienst steht, der als „entwicklungspolitisch“ gelabelt ist, ist jedoch keiner, der sich rein an Begrifflichkeiten diskutieren ließe, sondern ist stark von geschichtlichen Verhältnissen zwischen Gesellschaften des globalen Nordens und des globalen Südens abhängig.

1 vgl. die statistische Übersicht des Arbeitskreises „Lernen und Helfen in Übersee“ e.V. (2013): „Freiwillige in internationalen Freiwilligendiensten“, S. 12

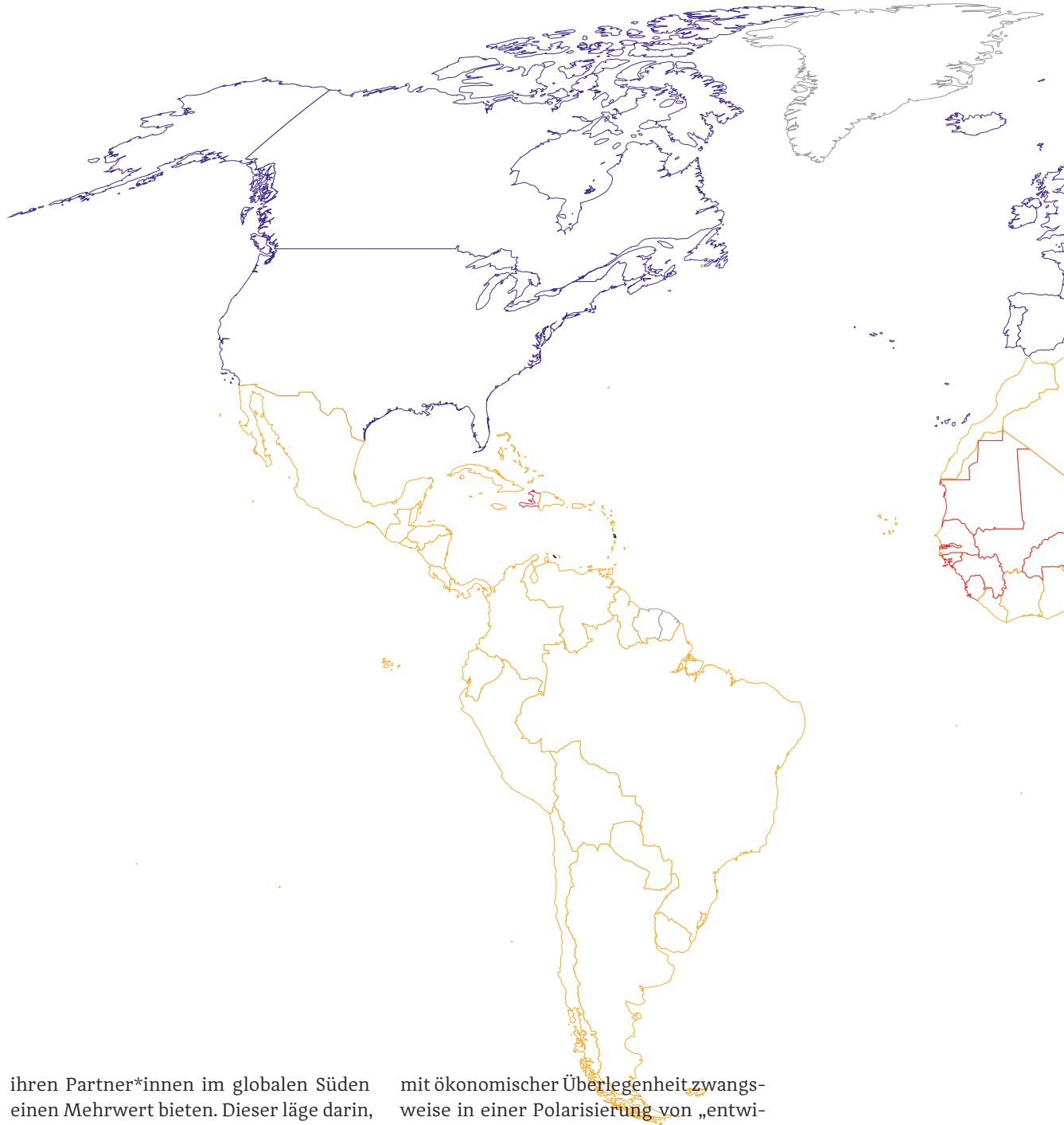
2 „weltwärts“-Leitlinien (2014), S. 3. Link: <http://www.weltwaerts.de/de/publikation-detail.html?id=64Leitlinien>

3 vgl. „weltwärts“-Leitlinien (2014), S. 9. a. a. O.

Exkurs: der postkoloniale Schatten des Freiwilligendienstes im Ausland

Jegliche internationale Zusammenarbeit zwischen dem globalen Norden und Süden kann nicht unabhängig von kolonialer Geschichte und der daraus bis heute resultierenden Machtstrukturen betrachtet werden. Das Ende des Kolonialismus als historische Epoche bedeutet noch lange nicht, dass koloniale Beziehungen mit dem Ende der kolonialen Ära in der Versenkung verschwunden sind. Es mag daher angebracht sein, von Kolonialismen zu sprechen als von Kolonialismus, um die spezifischen Machtverhältnisse besser analysieren zu können.

Einer dieser Kolonialismen, der seit jeher als Herrschaftslegitimation dient, ist die Idee „Entwicklung“. Die Liste der OECD-Länder, also derjenigen Länder, in denen Freiwilligendienste von „weltwärts“ finanziert werden, ist ebenso nach dem vermeintlich objektiven Kriterium der „Entwicklung“ aufgestellt.⁴ „Entwicklung“ bezieht sich sowohl auf ökonomische Aspekte (z. B. Produktivität, Wohlstand) als auch auf soziale (z. B. Demokratie, Menschenrechte). Da Vergleichbarkeit stets mit Normierung einhergeht, ergibt sich eine Einteilung von Ländern auf einer Skala von „entwickelt“ bis „unterentwickelt“. An dem Rattenschwanz, der diese Einteilung mit sich zieht - von der Ausblendung gezielter Ausbeutung von Ländern des globalen Südens bis zur unbewussten Stigmatisierung eben dieser Bevölkerung als „unterentwickelt“ -, ließe sich vortrefflich die nach wie vor bestehenden kolonialen Herrschaftsverhältnisse durchexerzieren.⁵ Für deutsche Freiwillige im globalen Süden ist jedoch insbesondere jene Implikation des Entwicklungsdiskurses von Bedeutung, dass Subjekte des globalen Nordens unabhängig ihrer individuellen Fähigkeiten geeignet seien, die „Entwicklung“ des globalen Südens voranbringen zu können. Dieser Gedanke drückt sich beispielsweise im „weltwärts“-Programm aus, das deutsche Freiwillige für fähig hält „einen entwicklungspolitischen Mehrwert für die Partnerprojekte im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe zu erzielen“, wie es in den 2007er Leitlinien steht.⁶ Nach der Logik des BMZ sollen deutsche Freiwillige, ohne dass sie irgendetwas für ein spezifisches entwicklungspolitisches Thema qualifizieren,



ihren Partner*innen im globalen Süden einen Mehrwert bieten. Dieser läge darin, dass die Partner*innen nach dem Freiwilligendienst sich auf einem Gebiet selbst helfen könnten, da es ihnen von den deutschen Freiwilligen gezeigt würde. Der*die Freiwillige ist auf diesem Gebiet also „weiterentwickelt“ als die Partner*innen vor Ort. Zugespitzter formuliert, behauptet das BMZ hier, dass deutsche Freiwillige allein aufgrund ihrer Herkunft aus einem „entwickelten“ Land, ihren Partner*innen in bestimmten „entwicklungspolitischen“ Themen überlegen sind.

Hier wird deutlich, dass ein internationaler Freiwilligendienst, insbesondere wenn er in Zusammenarbeit mit staatlichen Organisationen durchgeführt wird, sehr wohl zur Reproduktion des Bildes von „white man's burden“⁷ beiträgt. Dieses Bild setzt durch den Export von Kultur und Waren Normen, die in Verbindung

mit ökonomischer Überlegenheit zwangsweise in einer Polarisierung von „entwickelt“ und „unterentwickelt“ enden. Eingeordnet in diesen Rahmen globaler Ordnung ist die Frage nach Sinn und Zweck politischer Bildung im internationalen Freiwilligendienst keine leichte mehr. Sie ist immanent verknüpft mit der Reproduktion kolonialer Hegemonie. Zynisch ausgedrückt könnte hierbei der politischen Bildung eine gewisse Nähe zu Kolonialwissenschaften⁸ unterstellt werden.

Versuch eines kritischen Ansatzes politischer Bildung im internationalen Freiwilligendienst

Ein emanzipatorischer Freiwilligendienst ist innerhalb globaler kolonialer Strukturen nicht möglich. Der so oft geforderte „Austausch auf Augenhöhe“ scheitert spätestens an der materiellen Gegebenheit des Flugtickets, in dessen Genuss die zu entwickelnde Bevölkerung der OECD-Länder kaum kommen wird. Dass Austausch ein rein ideeller sein soll, ist

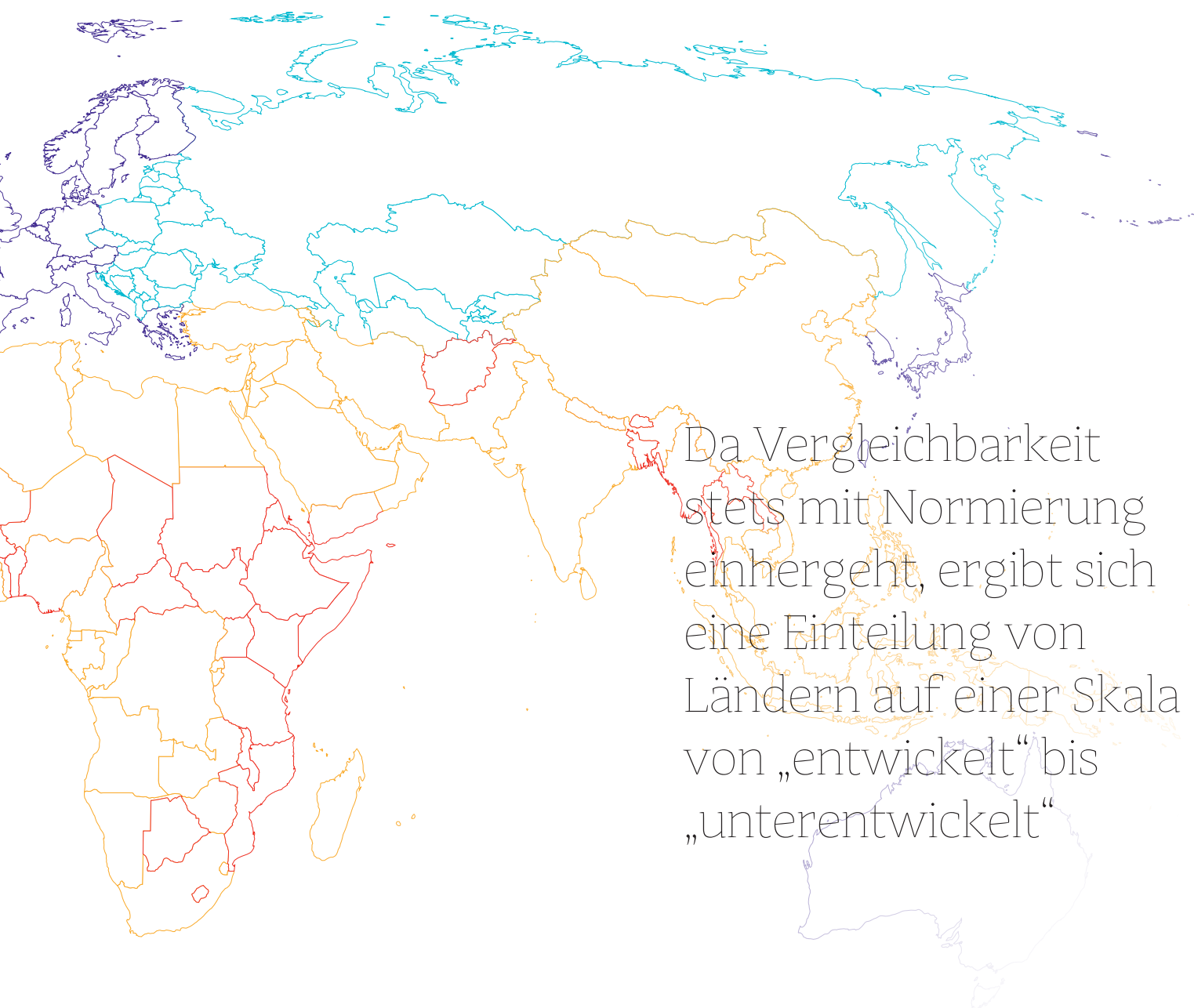
4 vgl. die aktuelle DAC-Länderliste des BMZ, https://www.bmz.de/de/ministerium/zahlen_fakten/hintergrund/dac_laenderliste/index.html

5 Hier sei exemplarisch auf den Essay „Rethinking Development from a Postcolonial Perspective“ von Sidi M. Omar verwiesen. Omar verortet den Ursprung des heutigen Entwicklungsdiskurses in der vermeintlichen Überlegenheit des Westens und der daraus resultierenden „zivilisatorischen Mission“ während des Kolonialismus. Beides existiert nach Omar in verschiedenen Formen bis heute. Link: www.raco.cat/index.php/Conflictology/article/download/254171/341026

6 „weltwärts“-Leitlinien (2007), S. 4. Link: http://www.entwicklungsdienst.de/fileadmin/Redaktion/Publik_ext/wwRichtlinie-de.pdf

7 In Anlehnung an das gleichnamige Gedicht von Rudyard Kipling, wird unter „white man's burden“ eine Ideologie verstanden, in der der „weiße Mann“ die Bürde innehat, „seine“ liberalen Werte der gesamten Menschheit zu überbringen habe. Da die Realität der „zivilisatorischen Mission“ im (Post-)Kolonialismus mit liberalen Werten nichts zu tun hatte, ist „white man's burden“ zu einem zynischen Ausdruck für die selbstgerechte Überheblichkeit liberalen europäischen Denkens in Bezug auf vermeintlich nicht-liberale „Fremde“ geworden. In seinem Artikel „Auf den Ruinen des Imperiums“ führt Pankaj Mishra die Verlogenheit solchen Denkens ganz vortrefflich vor. Link: <http://monde-diplomatique.de/artikel/1525502>

8 (Fußnote: Die Kolonialwissenschaften wurden etabliert, um während des Kolonialismus spezifisches Wissen über die kolonialisierte Bevölkerung zu sammeln, das wiederum zur gezielteren Unterdrückung ebendieser genutzt wurde. Dies wirkt sich z.T. auf den wissenschaftlichen Betrieb bis heute dadurch aus, dass „Weiße [nicht] erwarten [...], in und mit ihrem Weißsein Gegenstand von Untersuchungen zu werden, sind sie doch gewöhnt, den Blick selbst untersuchend auf das „Andere“ zu richten. (Katharina Röggla (2012): Critical Whiteness Studies. Wien. S. 27))



Da Vergleichbarkeit
stets mit Normierung
einhergeht, ergibt sich
eine Einteilung von
Ländern auf einer Skala
von „entwickelt“ bis
„unterentwickelt“

ebenso epistemische Gewalt, wie die Mikrologisierung gesellschaftlichen Wohlstands zum Problem länderspezifischer „Entwicklung“.

Die immanente Widersprüchlichkeit von Freiwilligendiensten im Ausland ist sicherlich ein gutes Argument gegen sie, doch ist sie auch der Ansatzpunkt für politische Bildung. Es wäre eine falsche Moralisierung, die strukturellen Probleme zu rein individuellen der Freiwilligen zu machen. Vielmehr muss politische Bildung an den Widersprüchen ansetzen und die Freiwilligen dauerhaft vor die Frage stellen: „Wie willst du angesichts kolonialer Verhältnisse individuell handeln?“. Dazu gehört ebenso die geschichtliche Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus, globalen ökonomischen Strukturen, Fragen nach der Funktionsweise von Rassismus und Critical-Whiteness-Ansätze. Dies bietet die Möglichkeit, den Freiwilligen Handlungsfähigkeit zu eröffnen, die es ihnen ermöglicht, die unbewusste Reproduktion kolonialer Machtverhältnisse zu (unter-)brechen. Eine Garantie dafür oder gar die Hoffnung, dadurch Strukturen zu verändern, bietet dies sicherlich nicht. Fraglich bleibt auch, wer Akteur solcher kritischen politischer Bildung sein soll. Da das BMZ mit der Affirmation des Entwicklungsparadigmas dafür nicht geeignet ist, liegt es an den Trägerorganisationen, Gegenentwürfe zur eurozentristischen Weltanschauung des BMZ im Freiwilligendienst zu verankern. Mit die

wichtigste Forderung ist dabei, Freiwillige in der Vorbereitung zu stärken, z.B. durch inter- und transkulturelle Trainings in der Fähigkeit des Zuhörens. Denn es darf nicht unterschlagen werden, dass der Entwicklungsdiskurs des BMZ auch die Stimmen der Partner*innen im globalen Süden zum Schweigen bringt. Letzteren zuzuhören und deren Stimme gegen die Hegemonie globaler Ausbeutung stark zu machen, ist allen Freiwilligen nur zu wünschen.

Doch auch die mögliche kritische Einflussnahme von Trägerorganisation und Partner*innen in der politischen Bildung von Freiwilligen kann nicht über die globale Ordnung hinwegtäuschen, deren Herrschaftsmoment unter anderem in der Einteilung von „Rassen“ liegt und sei es in „entwickelt“ und „unterentwickelt“. Darin wird auch die Beschränktheit von politischer Bildung im internationalen Freiwilligendienst offensichtlich. Die Reflexion über existierenden kolonialen Strukturen, in denen der Freiwilligendienst stattfindet, beseitigt diese noch lange nicht. Gayatri Chakravorty Spivaks Ausspruch, dass „Geschichte (und globale Hegemonien, M.H.) größer [ist] als ein persönlicher guter Wille“⁹, trifft auf den internationalen Freiwilligendienst im besonderen Maße zu. Durch eine gute Vorbereitung, in welcher politische Bildung als Vermitt-

lung der Kritik des Bestehenden aufgefasst wird, mag es Freiwilligen möglich sein, in ihrem konkreten Dienst auf einer subjektiven Ebene, Räume zu kreieren, in denen die Reproduktion der Mechanismen kolonialer und hegemonialer Machtverhältnisse intersubjektiv nichtig werden. Doch wäre es ein voreiliger und zu dem falscher Schluss, von solchen intersubjektiven Handlungen auf die strukturelle Rahmung von Freiwilligendiensten zu schließen. Diese Rahmung hat die Macht, die Bedingungen, unter denen intersubjektive Begegnung im Freiwilligendienst stattfindet, festzulegen. Dass das BMZ Freiwilligendienste bewusst in einen entwicklungspolitischen Rahmen einbettet, zeigt nur umso deutlicher, wie schwer es für Freiwillige ist, in ihrem Dienst zu agieren, ohne Kolonialismen zu reproduzieren. In diesem Kontext hieße politische Bildung, die sich als Reflexion über bestehende Machtverhältnisse versteht, den Freiwilligen zu ermöglichen, sich von den Bedingungen ihres Freiwilligendienstes zu emanzipieren.

von Matthias Huffer

⁹ Spivak, Gayatri Chakravorty (2007): Can the Subaltern Speak. Postkolonialität und subalterne Artikulation. Wien: Turia + Kant. S. 139.

„Warum macht ihr nichts gegen all das Leiden in der Welt?“

Als ich fünfzehn Jahre alt war, fragte meine Geschichtslehrerin in der Klasse: „Warum macht ihr nichts gegen all das Leiden in der Welt?“ Sie sagte aber gleich dazu: „Nicht, dass ich etwas dazu mache, oder meine Kollegen [sic!] hier in der Schule. Wir alle machen im Großen und Ganzen nichts dagegen. Also, die Frage wäre besser: Warum machen wir nichts gegen das Leiden in der Welt?“

Seitdem sind zehn Jahre vergangen, und ich habe mich ausführlich mit Politik und Philosophie auseinander gesetzt. Ich studiere Philosophie und habe bei verschiedenen Wahlkampagnen mitgearbeitet. Aber nichts hat mich so gereizt wie diese Frage und im Nachhinein verstehe ich auch warum.

Politik betreiben ist eine bestimmte Art von Handeln. Es unterscheidet sich von anderen Tätigkeiten, wie zum Beispiel das Schaffen von Wissenschaft und Kunst, weil ihr Ziel nicht das Schaffen einer richtigen Theorie, oder eines Kunstwerks ist, sondern das Schaffen gesellschaftlicher Voraussetzungen. Es gibt ein paar wichtige Unterschiede zwischen gesellschaftlichen Voraussetzungen, und Gegenständen wie Theorien und Kunstwerken: Erstens, gesellschaftliche Voraussetzungen gehören zu den Bedingungen unseres Lebens. Ob wir in der Lage sind, genug zu essen zu bekommen, in einem Haus zu wohnen, geschützt sind vor Gewalt, ist alles (unter anderem) abhängig von gesellschaftlichen Voraussetzungen. Zweitens, da wir alle Teil der Gesellschaft sind, und unser Anteil an der Gesellschaft für jeden unterschiedlich ist, gibt es, im Gegensatz zu Gegenständen wie wissenschaftlichen Theorien und Kunstwerken, für die Gesellschaft keine eindeutige Perspektive, von der aus wir sie betrachten und beurteilen können. Eine

Voraussetzung, die für bestimmte Leute einen positiven Einfluss auf ihr Leben hat, kann für andere eine negative Auswirkung haben. In so einem Fall ist es nicht eindeutig, ob man diese Voraussetzung positiv oder negativ beurteilen muss. Dazu kommt noch, dass die Auswirkungen so einer Voraussetzung oft so komplex sind, dass selbst von einer Perspektive aus es oft unmöglich ist zu sagen, was genau ihre Folgen sind. Diese Eigenschaften des Ziels der Politik sorgen dafür, dass es besonders schwierig zu verstehen ist, wer gute und wer schlechte Politik macht.

Politik betreiben ist also eine komplizierte Sache. Aber wer macht eigentlich Politik? Klar, wir haben natürlich professionelle Politiker*innen. Aber wenn Politik um das Schaffen gesellschaftlicher Voraussetzungen geht, dann sind wir im Grunde alle Politiker*innen. Gesellschaftliche Voraussetzungen werden nämlich nicht nur von „Politiker*innen“ mittels vom Staat erlassener Gesetze geschaffen, sondern auch von uns, mittels unseres eigenen Handelns. Unser Handeln hat einen großen Einfluss auf die gesellschaftlichen Voraussetzungen. Viele von diesen Voraussetzungen sind gar nicht von Gesetzen bestimmt, sondern von unseren Meinungen und Handlungen. Beispielsweise ist Homosexualität in Deutschland, wie in Russland nicht illegal. Die Meinungen und Handlungen der Russ*innen und Deutschen bestimmen aber, dass man in Russland nicht offen damit umgehen kann und mittlerweile selbst häufig mit Gewalt bedroht wird, während man in Deutschland aus diesem Grund mittlerweile vergleichsweise keine Probleme mehr erfährt. Viele, wenn nicht die meisten gesellschaftlichen Voraussetzungen sind auf diese Weise bestimmt. Deswegen müssen wir uns bewusst sein, dass unser Handeln auch zur Politik beiträgt.

Aber gut, ich habe hier oben skizziert was für ein Bild ich von der Politik habe. Vielleicht hat es euch interessiert und ihr seid einigermaßen damit einverstanden, vielleicht auch nicht. Immerhin ist dies nicht, was ich hier eigentlich zeigen wollte. Es geht mir nämlich nicht um meine Antwort sondern um eine Bastelarbeit, bester provisorischer Art. Sie wird sich freilich noch völlig ändern, was gut ist, da es, meiner Meinung nach wegen der Art der Politik gar nicht möglich ist eine endgültige Antwort zu formulieren.

Was bleibt sind aber die Fragen. Fragen wie: „Warum machen wir nichts gegen das Leiden in der Welt?“ Wenn wir offen fragen und zeigen, dass wir selbst die Antwort auch nicht genau wissen, und uns ebenso die Frage stellen, nur dann sind wir ehrlich über unser Verhältnis zur Politik. Meistens wissen wir einfach nicht genau wie die Politik bestimmt wird, oder wie wir sie betrachten müssen, aber wir wissen, dass wir dazu beitragen. Nur dann, wenn wir offen zeigen, dass auch wir uns solche Fragen stellen, bieten wir auch anderen die Möglichkeit, selbst ernsthaft zu versuchen, sich mit Politik auseinander zu setzen.

von Krijn van Eeden

Studieren Ohne Grenzen stellt sich vor

Studieren Ohne Grenzen engagiert sich für Hochschulbildung in Regionen, die von Konflikten und ihren Folgen betroffen sind – derzeit in Afghanistan, der DR Kongo, Sri Lanka und Tschetschenien. Als komplett studentisch organisierter Verein vergeben wir Stipendien an Studierende aus sozial schwächeren Verhältnissen, die selbst gemeinnützige Projekte initiieren: in Kindu (Kongo) beispielsweise mit der Gründung einer Frauenorganisation, Workshops zur Aids-Aufklärung und einer eigenen Radiosendung, die sich aktuellen Problemen widmet. Außerdem setzen wir uns für die Verbesserung der Bildungsinfrastruktur ein, letztes Jahr durch die Lieferung von Fachliteratur in die Unibibliothek in Grozny (Tschetschenien). Mit Veranstaltungen, wie Filmabenden und Podiumsdiskussionen, machen wir auch die deutsche Öffentlichkeit auf die Situation in den genannten Ländern aufmerksam.

Als „Studierende für Studierende“ versuchen wir, unsere Arbeit aus einem postkolonialen Blickwinkel zu reflektieren, zum Beispiel im Rahmen von Workshops. Damit wollen wir unserem Anspruch an eine partnerschaftliche Zusammenarbeit gerecht werden. Durch finanzielle Förderung wird den Stipendiat*innen ein Studium ermöglicht. Mithilfe ihres Studiums und ihrer sozialen Projekte können sie wiederum Wissen weitergeben und tragen so zu einer friedlichen und nachhaltigen Entwicklung in ihrer Heimat bei. Bildung sehen wir dafür als zentrale Grundlage an.

Wir in Frankfurt

In Frankfurt engagieren wir uns als eine von 17 Hochschulgruppen des Vereins, u.a. durch Spendenaktionen. So haben wir im April im Café KoZ unsere Party „My Prof is a DJ“ organisiert. Bei dieser legten Dozent*innen verschiedenster

Fachbereiche für mehr als 500 Partygäste auf. Bei mitreißender Stimmung konnten wir über 7.000 € für den Verein einnehmen und haben viel positive Resonanz erhalten, so dass wir für die nächste Party schon hochmotiviert sind. Bei einem Heimspiel des Frankfurter Basketballvereins, den Fraport Skyliners, haben uns viele Besucher*innen unter dem Motto „Pfand spenden – Bildung finanzieren“ ihre Becher gespendet, um mit dem Pfand unsere bundesweiten Projekte zu unterstützen.

Zurzeit wagen wir uns außerdem gemeinsam mit der Konstanzer Gruppe an ein neues Stipendienprojekt in Ruanda. Noch sind wir dabei, ausreichend Infos zu sammeln, um die möglichen Projekte auf Sinnhaftigkeit und Realisierbarkeit zu überprüfen und knüpfen dabei an persönliche Kontakte an. Darüber hinaus planen wir momentan einen Themenabend, bei dem wir auf die Situation in Ruanda 21 Jahre nach dem Völkermord aufmerksam machen wollen.

Mitmachen

Die Arbeit des Vereins lebt von Studierenden – wenn wir also euer Interesse an Studieren Ohne Grenzen und unseren Projekten geweckt haben, kommt doch einfach zu einem unserer wöchentlichen Treffen vorbei. Weitere Infos findet ihr auf unserer Website studieren-ohne-grenzen.org/frankfurt oder Facebook-Seite [facebook.com/SOGFrankfurt](https://www.facebook.com/SOGFrankfurt) oder schreibt uns gerne eine E-Mail an frankfurt@studieren-ohne-grenzen.org. Wir freuen uns auf euch!

von Studieren ohne Grenzen

Studieren Ohne Grenzen engagiert sich für Hochschulbildung in Regionen, die von Konflikten und ihren Folgen betroffen sind – derzeit in Afghanistan, der DR Kongo, Sri Lanka und Tschetschenien.

GERICHTLICH VORRÜBERGEHEND GESPERRTER INHALT



Aufgrund einer Einstweiligen Verfügung gegen die Studierendenschaft ist dieser Artikel über „Pick-up Artists“ **vorrübergehend** nicht verfügbar.

Wir halten euch auf dem Laufenden.

Mit feministischen Grüßen, euer ASStA.

GERICHTLICH VORRÜBERGEHEND GESPERRTER INHALT



Aufgrund einer Einstweiligen Verfügung gegen die Studierendenschaft ist dieser Artikel über „Pick-up Artists“ **vorrübergehend** nicht verfügbar.

Wir halten euch auf dem Laufenden.

Mit feministischen Grüßen, euer ASStA.

GERICHTLICH VORRÜBERGEHEND GESPERRTER INHALT



Aufgrund einer Einstweiligen Verfügung gegen die Studierendenschaft ist dieser Artikel über „Pick-up Artists“ **vorrübergehend** nicht verfügbar.

Wir halten euch auf dem Laufenden.

Mit feministischen Grüßen, euer ASStA.



GERICHTLICH VORRÜBERGEHEND GESPERRTER INHALT



Aufgrund einer Einstweiligen Verfügung gegen die Studierendenschaft ist dieser Artikel über „Pick-up Artists“ **vorrübergehend** nicht verfügbar.

Wir halten euch auf dem Laufenden.

Mit feministischen Grüßen, euer ASStA.

GERICHTLICH VORRÜBERGEHEND GESPERRTER INHALT



Aufgrund einer Einstweiligen Verfügung gegen die Studierendenschaft ist dieser Artikel über „Pick-up Artists“ **vorrübergehend** nicht verfügbar.

Wir halten euch auf dem Laufenden.

Mit feministischen Grüßen, euer ASStA.

„Räsonniert nicht, sondern...“*

Pädagogik als Maßnahme



* Sprichwort, frei nach Friedrich dem Großen; Vgl. KpV. A485

*CHOR: Deine Arbeit fängt heute an.
Der sie getan hat vor dir Muß getötet werde
vor morgen, selbst ein Feind¹*

Wird Mündigkeit von Pädagog*innen zum alles überspannenden Ziel ihrer erzieherischen Arbeit erklärt, liegt darin strenggenommen bereits ihr Abgesang. In der Bestimmung des Ziels liegt bereits ein Hegemonieverhältnis gegenüber den Adressat*innen vor. Wenn Kant von Mündigkeit als der Fähigkeit sich seines Verstandes zu bedienen spricht², so beschreibt er einen Verstand der sich autonom gegenüber seiner Umwelt mittels der Vernunft durchsetzt. Hierbei beschreibt er Mündigkeit jedoch auch als einen noch im Prozess begriffenen Zustand, den es weitestgehend noch herzustellen gilt. An die didaktische Verfahrensfrage, wie diese nun herzustellen wäre, muss jedoch ebenso zwangsläufig die Frage anschließen, welche nach den Bedingungen der Möglichkeit der Mündigkeit fragt.

Mit den Erkenntnissen des historischen Materialismus, wenn er dialektisch denkt, lässt sich die Forderung nach einem von allem unabhängigen Denken, der autonomen Vernunft, nicht aufrechterhalten. So sind nicht nur die Begriffe und Kategorien des denkenden Gegenstands seiner gesellschaftlichen Realität und Sozialisation, sondern auch die Sprache, in welcher er sie fasst, ist in Kommunikation, also im direkten Bezug auf Andere entstanden. So formt das gesellschaftliche Sein das Bewusstsein und seine entsprechende Realität³. Keine der kantischen Kategorien ist eingeboren. Unter eben jener Voraussetzung formuliert Adorno Mündigkeit nicht als autonome, fast metaphysisch anmutende Vernunft, sondern als Bewusstmachung und Rationalität⁴.

„Rationalität ist aber immer wesentlich auch Realitätsprüfung, und diese involviert regelmäßig einen Moment von Anpassung.“⁵ Rationalität ist also kein zu aktualisierendes Vermögen – Rationalität ist nur in der rationalen Praxis. Mit anderen Worten: Rationalität ist hier nicht in Webers Sinne eine Wertrationalität, also eine Prüfung nur aus der Logik des Gegenstandes, sondern eine, welche die Realität

1 Müller, Heiner, „Mauser“ in: Heiner Müller Werke 4 Die Stücke 2, Suhrkamp Verlag, 1. Auflage, 2001, S. 247

2 Vgl. Kant, Imanuel, „Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?“ KpV. A481, 482

3 „Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt.“ Marx, Karl, „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ In: „Marx-Engels-Werke“, Band 13, Dietz Verlag, 12. Auflage 1990, S. 9.

4 Vgl. Adorno, Theodor, „Erziehung – wozu?“, in: „Erziehung zur Mündigkeit“, Suhrkamp Verlag, 1. Auflage 1971, S. 109

5 Ebd. S.109

der Prüfenden miteinschließt. Aus dieser muss, soll die Aussicht auf Erfolg bestehen bleiben, eine Fähigkeit zum Nicht-Mitmachen, zum Widerstand, entspringen, die nicht jenseits des konkreten Widerstands besteht.⁶ Das Nicht-Mitmachen, das Leisten von Widerstand, beschreibt also maßgeblich die Mündigkeit. Dieser Definition liegt nicht der Versuch des gesellschaftlich unabhängigen Denkens zugrunde, da dies sich zugleich als unmöglich herausstellt, sondern vielmehr die praktische Möglichkeit sich gegen eine wie auch immer gearbete Autorität durchzusetzen.

Den Tod auszuteilen an ihre Feinde
Damit das Töten aufhört, und ich sprach
das Kommando⁷

Als didaktische Perspektive verweist Kant auf die Gelehrten, welche vor der breiten Masse der Menschen die Mündigkeit erlangt haben und ihnen zur Mündigkeit verhelfen sollen.⁸ Die Gelehrten können hier, auch um die Gewichtung für die Pädagogik zu betonen, ohne weiteres als Lehrer*innen oder Erzieher*innen betitelt werden. Mit einem kantischen Blick auf die Frage der Mündigkeit würde hier, wie bereits zu Beginn verdeutlicht, das Konzept der Mündigkeit durch die vorgeschlagene Perspektive selbst aufgehoben werden. Mündig sind die, die aus Freiheit denken. Frei ist die Vernunft, wenn sie durch nichts als sich selbst bestimmt ist. Vernunft ist also nur da, wo der Mensch sich allein selbst seine Gesetze, Regeln etc. gegeben hat – also autonom ist. Wenn nun aber allein die frei sind, die ausschließlich sich selbst in Autonomie bestimmt haben, und wir nicht als vernünftige Wesen geboren werden, wie werden wir frei, um frei zu denken? Bleibt hier nicht ein irreduzibler Moment der Erziehung zur Freiheit, der nicht anders als in Heteronomie und Hegemonie vonstattengehen kann? Die sich darbietende Dialektik bzw. das Paradox des kantischen Autonomieverständnisses wird über das Hegemonieverhältnis hinaus durch die notwendige Annahme verstärkt, dass die Lehrenden ebenfalls Lehrende gehabt haben müssen, welche sie aus der Unmündigkeit gezogen haben – usf. bis in alle Ewigkeit zurück.

„Die materialistische Lehre, daß die Menschen Produkte der Umstände und der Erziehung, veränderte Menschen also Produkte anderer Umstände und geänderter Erziehung sind, vergißt, daß die Umstände eben von den Menschen verändert werden und daß der Erzieher selbst erzogen werden muß. Sie kommt daher mit Notwendigkeit dahin, die Gesellschaft in zwei

Teile zu sondern, von denen der eine über der Gesellschaft ist.“⁹

Kant geht davon aus, dass sich Mündigkeit zuerst und vor allem durch eine Tätigkeit des Verstandes konstituiert und nicht in einer revolutionären Widerständigkeit.

„Durch Revolution wird vielleicht wohl ein Abfall von persönlichem Despotismus und gewinnsüchtiger oder herrschsüchtiger Bedrückung, aber niemals wahre Reform der Denkart zu Stande kommen; sondern neue Vorurteile werden, eben sowohl als die alten, zum Leitbände des gedankenlosen großen Haufens dienen.“¹⁰

Das von Kant ausgesprochene Verbot zur praktischen Verweigerung im Öffentlichen, schließt auch ein praktisches, gegenständliches Überwinden der erzieherischen Autorität aus. Die letzte Hürde auf dem Weg zur Mündigkeit wird von ihrer Avantgarde versperrt.

Doch mit dem Erkennen der Unmöglichkeit der autonomen, isolierten Vernunft und der Besinnung auf die Widerständigkeit als pädagogisches Motiv, als Voraussetzung zur Mündigkeit, erlangt diese Avantgarde, durch Lehrer*innen, Erzieher*innen oder Gelehrte wieder eine zentrale Rolle. Sie bleibt vielmehr unmittelbare Notwendigkeit und Voraussetzung. Sie bietet neben ihrer inhaltlichen Lehre, welche hier in den Hintergrund rücken muss, die zu überwindende Mauer der verkörperten Autorität, gegen welche sich die Kraft des Widerstandes allein formieren kann. Die Avantgarde wird erst sie selbst wenn sie erkennt: Das Nicht-Mitmachen, die Rebellion muss sich praktisch vollziehen und in dieser Praxis erlernt werden. Um ihrer konkreten Praxis willen, als auch um sich so weit wie irgend möglich aus den Schranken des vom Lehrer konstituierten Denkens zu befreien, um sich von ihm und vor ihm und seiner Realität selbst mündig zu sprechen, kämpft der Schüler um seinen Willen zu einer vernünftigen und autonomen Existenz.

Wenn im Vorausgehenden geschrieben steht, dass die inhaltliche Perspektive der Avantgarde in den Hintergrund tritt, heißt dies in keinem Falle, dass sie überflüssig wird. Vielmehr muss der Widerstand gegen die Inhalte und die, die sie verkörpern, als jene praktische Form von Adornos Realitätsprüfung begriffen werden. Die Inhalte müssen weder vor, noch in oder während der Revolution total negiert werden. Allein dies gilt hier nicht zu vergessen, dass der Inhalt stets in Relation zu seiner Form steht – und an letztere ist der Widerstand gerichtet. So können Widerstand und Revolution im pädagogischen Sinne niemals eine inhaltlich verfehlte Praxis sein.

Der Konflikt gegen die Lehrer*innen muss als unmittelbare pädagogische Form begriffen werden. In diesem Fall muss jedoch Kants Verbot, seine Mündigkeit

im Öffentlichen geltend zu machen, überwunden werden, da eben dieser konkrete Moment die Mündigkeit erst konstituiert. In der Eliminierung der Lehrer*innen durch ihre Schüler*innen steckt ihr größter Erfolg.

CHOR: (A) Fragt er noch und stand schon
auf vom Boden
Nicht mehr schreiend, und wir antworteten ihm:
Du weißt was wir wissen, wir wissen was
du weißt

*Und deine Frage hilft nicht der Revolution.
Wenn das Leben eine Antwort sein wird
Mag sie erlaubt sein. Aber die Revolution
braucht
Dein Ja zu deinem Tod. Und er fragte nicht
mehr
Sondern ging zur Wand und sprach das
Kommando
Wissend, das tägliche Brot der Revolution
Ist der Tod ihrer Feinde, wissend das Gras
noch
Müssen wir ausreißen, damit es grün bleibt.
Chor: TOD DEN FEINDEN DER
REVOLUTION¹¹*

von Jonas Haug

¹¹ Müller, Heiner, „Mauser“ in: Heiner Müller Werke 4 Die Stücke 2, Suhrkamp Verlag, 1. Auflage, 2001, S. 258

⁶ Vgl. Adorno, Theodor, „Erziehung – wozu?“, in: „Erziehung zur Mündigkeit“, Suhrkamp Verlag, 1. Auflage 1971, S. 93

⁷ Müller, Heiner, „Mauser“ in: Heiner Müller Werke 4 Die Stücke 2, Suhrkamp Verlag, 1. Auflage, 2001, S. 250

⁸ KpV. A485

⁹ Vgl. 3. These über Feuerbach, MEW 3. S. 533

¹⁰ KpV. A485

Zum 70. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz

Bericht einer Studienfahrt

Am 27.01.2015 jährte sich zum 70. Mal die Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz durch die Rote Armee. Aus diesem Anlass fuhr eine Gruppe von Studierenden des Studiengangs Erziehungswissenschaften zusammen mit Herrn Dr. Manfred Wittmeier nach Oświęcim in Polen. Einige Eindrücke und Hintergründe der Studienfahrt wollen wir mit euch teilen.



Nicht erst, jedoch besonders seit dem Umzug der Goethe-Universität auf das ehemalige Gelände der IG Farben AG, ist eine kritische Auseinandersetzung des Verhältnisses der Goethe-Universität zu den Konzentrationslagern in Auschwitz mehr als notwendig.¹

Die Interessengemeinschaft Farben Industrie AG, kurz IG Farben AG, war ein Zusammenschluss der größten deutschen Chemiekonzerne, unter anderem BASF, Bayer, Hoechst, AGFA und Cassella. Im Zusammenhang mit dem Wechselspiel von Wirtschaft, Politik und Vernichtung ist die AG ein Anschauungsbeispiel für die bereitwillige Zusammenarbeit der verschiedenen Akteur*innen.

In Kooperation mit dem Reichswirtschaftsministerium fasste die IG Farben AG 1941 den Beschluss, eine neue Fabrik zu errichten. Dort sollte unter anderem der für den Krieg relevante Kautschuk-Ersatz Buna hergestellt werden. Standort war der Ort Monowitz, nahe des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz. Nicht zuletzt, um die Häftlinge* als Zwangsarbeiter*innen einzusetzen. De facto errichtete die IG Farben AG mit dem Außenlager Auschwitz III/Monowitz das erste privat finanzierte Konzentrationslager. Somit war die IG Farben AG durch Ausbeutung und Vernichtung durch Zwangsarbeit Teil des deutschen industriellen Massenmordes.

Eine Tochterfirma der IG Farben AG, die Firma DeGeSch, verkaufte und lieferte das Giftgas Zyklon B an die SS. Mit dem hergestellten Gas wurde in den Gaskammern des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau sowie in anderen Vernichtungslagern der industriell organisierte Massenmord an den europäischen Jüdinnen und Juden und vielen anderen vom NS-Staat verfolgt begangen.

Mit Josef Mengele bestehen auch personelle Überschneidungen zwischen der Goethe-Universität und dem Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Mengele war ab Mai 1943 KZ Lagerarzt in Auschwitz. Als „Arzt“ hatte er unter anderem die Aufgabe an der Rampe in Birkenau die ankommenden Menschen zu selektieren. Er entschied dabei über Leben und Tod. Ferner bestimmte er durch regelmäßige Selektionen im Krankenbau sowie in den Lagerblocks als arbeitsunfähig bezeichnete Häftlinge* für den Tod durch Gas. Neben diesen Tätigkeiten führte Mengele medizinische Experimente an Häftlingen* durch. Teil dieser Experimente waren unter anderem die Zwillingsforschung, Genforschung zu Augenfarben, Besonderheit von Kleinwüchsigen und Sterilisierungsverfahren. Opfer seiner Experimente waren auch Häftlinge* des sogenannten ‚Zigeunerlagers‘.

Die Experimente Mengeles hatten für die Opfer unvorstellbare Schmerzen,

dauerhafte Beeinträchtigungen und nicht selten den Tod zur Folge. Aus medizinischer Sicht lassen sich die durchgeführten Experimente weder als humanitär beschreiben noch mit den Grundsätzen des hippokratischen Eids vereinbaren.

Im Laufe seiner Karriere hatte Mengele mehrere Kontaktpunkte mit der Goethe Universität. Unter anderem erlangte er hier seinen Doktorgrad der Medizin mit seiner Arbeit zur „Sippenuntersuchung bei Lippen-Kiefer-Gaumenspalte“. Außerdem war er Assistent von Prof. Dr. Otmar von Verschuer, Leiter des „Instituts für Erbbiologie und Rassenhygiene“ der Goethe-Universität.

Mengele floh vor der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz und konnte sich später nach Südamerika absetzen. 1979 verstarb Mengele ohne jemals für seine Taten zur Rechenschaft gezogen worden zu sein bei einem Badeunfall in Brasilien.

Aufgrund der Geschichte der Gebäude, in denen wir heute studieren, erachten wir es als wichtig, uns der Bedeutung dieser bewusst zu sein und uns gegen ein Vergessen und Verdrängen zu stellen.

Ziel der Studienreise war unter anderem die Erforschung des ehemaligen Konzentrationslagers Auschwitz III/Monowitz, in Zusammenarbeit mit der Internationalen Jugendbegegnungsstätte Oświęcim.

Monowitz ist heute wieder ein bewohnter Teil der Stadt Oświęcim. Die Bewohner*innen sind nach dem Krieg in ihren alten Stadtteil zurück gekehrt, nachdem sie im Krieg vertrieben worden waren. Heute erinnert dort nur noch wenig an das ehemalige KZ, das Gelände ist kein Teil des offiziellen staatlichen Museums Auschwitz. Lediglich die wenig erhaltenen Steh- und Liegebunker zeugen von den einstigen Ausmaßen des Konzentrationslagers Auschwitz-Monowitz. Die Bewohner*innen des Ortes haben selbst zur Erinnerung eine Gedenktafel errichtet. Bei der Betrachtung von Monowitz aus der Luft, ist zu erkennen, dass die Straßen zum Teil deckungsgleich mit den ehemaligen Lagerstraßen verlaufen.

Das Gelände der ehemaligen IG Farben Werke wird heute wieder als Industriestandort genutzt.

Zur Vorbereitung der Fahrt stand die Studierendengruppe im Kontakt mit dem Fritz Bauer Institut um Forschungsfragen zum Themenkomplex Mengele zu entwickeln. Auffällig war beispielsweise, dass aus Sicht der Überlebenden die Experimente an Sinti und Roma aus dem sogenannten „Zigeunerlager“ weitere Recherche und Aufklärung benötigen. Daraus entstand der Wunsch in den Archiven der Gedenkstätte Auschwitz nach Dokumenten zu suchen. Unter anderem fanden sich dort Unterlagen die die Flucht Mengeles festhalten, Überstellungsscheine, etwa von Augenabstrichen, von ihm unterschrieben, die Anklageschrift gegen Mengele, sowie Berichte von Überlebenden.

Während der Fahrt waren wir in der Internationalen Jugendbegegnungsstätte in Oświęcim untergebracht. Dort kam es zum Austausch mit dem Pädagogischen Team der Begegnungsstätte über die pädagogische Arbeit und Konzeption vor Ort. Das Team berichtete, dass sich die Interessenschwerpunkte in den letzten Jahren verschieben und die Auseinandersetzung mit der Täter*innenperspektive von Jugendlichen zunehmend gewünscht wird. Dass der Blick auf die Täter*innen eine besonders schwierige pädagogische Gratwanderung ist, wurde bei gemeinsamen Überlegungen und Diskussionen deutlich. Dessen bewusst, wollen wir uns in unserem Forschungsvorhaben sensibel um die Sichtbarmachung von Mengele im Erinnerungsdiskurs bemühen. Darüber hinaus wurde aus einer pädagogischen Sicht die Problematik einer Erinnerungskultur ohne Zeitzeug*innen thematisiert.

Am 27. Januar selbst nahmen wir an der offiziellen Gedenkveranstaltung auf dem Gelände der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau teil. In einem eigens für die Gedenkfeier errichteten Zelt sprachen zunächst der polnische Präsident Bronisław Komorowski und anschließend mehrere Überlebende. Die gesamte Zeremonie wurde für weitere Besucher*innen auf eine große Leinwand außerhalb des Zeltes projiziert. Besonders bemerkenswert war die Rede von dem Überlebenden Roman Kent. Dieser wiederholte eindrücklich den Satz: „*We don't want our past to be our children's future*“

Diese warnende Aufforderung verweist auch auf eine wichtige Aufgabe der Pädagogik, die Adorno bereits 1971 formulierte: „*Die Forderung, daß Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung. Sie geht so sehr jeglicher anderen voran, daß ich weder glaube, sie begründen zu müssen noch zu sollen.*“²

Aufgrund dieser Eindrücke und Erfahrungen sowie vor dem Hintergrund des nahenden Endes der Zeitzeug*innenschaft, sehen wir als Studierende die Notwendigkeit sowohl mit der Beschäftigung mit der Shoah als Teil unserer politischen Bildung als auch im Rahmen inneruniversitärer Auseinandersetzungen über verschiedene Formen des Erinnerens. Dies setzt jedoch voraus, dass zunächst die Bedingungen geschaffen werden müssen, um Studierenden Zeit und Raum für kritische Reflexion zu ermöglichen.³

von Lisa Gehrlein, Ingo Paul, Paola Widmaier

2 Adorno, Theodor W. (1971): Erziehung zur Mündigkeit. Suhrkamp Verlag Frankfurt. S. 88

3 Zur Nachbereitung der Studienfahrt wurde von den Studierenden ein Interview mit dem Magazin ABS von RadioX geführt. Dieses ist auf der Homepage des Senders abrufbar unter: bsmagazin.de/Members/radio/sendung/abs150211

1 initiativestudierenderamigfarbencampus.wordpress.com

Module statt Adorno

Im Nachfolgenden sollen Ausschnitte aus verschiedenen Pressemitteilungen die Auseinandersetzung am Fachbereich Erziehungswissenschaften um die Vorlesung zur NS-Pädagogik der gleichnamigen Forschungsstelle um Leiter Prof. Benjamin Ortmeier beleuchten. Die Kolumne von Micha Brumlik in der taz bietet den Aufschlag und die Pressemitteilungen von der GEW Hessen, dem Jüdischen Jugend- und Studentenverband Hessen e.V. und dem AStA erweitern die Perspektive. Auf Grund der Aktualität und Wichtigkeit des Themas, sollen die Ausschnitte der Pressemitteilungen vermitteln, wie notwendig die Arbeit der NS-Forschungsstelle und studentische Solidarität mit ihrer Arbeit ist. Der Gesamtpresspiegel findet sich unter: <http://asta-frankfurt.de/aktuelles/module-statt-adorno-presspiegel>

Ausschnitt der Kolumne von Micha Brumlik in der taz:

›Es hat lange gedauert, bis die Stadt Frankfurt und die Goethe-Universität sich dazu entschließen konnten, Straßen und Plätze des neuen Campus Westend nach Max Horkheimer und Theodor W. Adorno zu benennen. Diese Philosophen und Soziologen haben nicht nur als Vertreter der Frankfurter Schule die Stadt weltbekannt gemacht, sondern vor allem den Sozial- und Geisteswissenschaften eine Richtung gegeben, die bereits in der Theorie auf eine Veränderung der Gesellschaft zum Besseren zielt. Das gilt nicht zuletzt für die Pädagogik, der Adorno in seinen Überlegungen zu einer „Erziehung nach

Auschwitz“, die auch und gerade in der globalisierten Welt aktuelle Norm vorgab: „Die Forderung, dass Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung. Sie geht so sehr jeglicher anderen voran, dass ich weder glaube, sie begründen zu müssen noch zu sollen.“ Voraussetzung zur Orientierung an dieser Norm sei die Autonomie der Individuen, ihre Kraft zur Reflexion. Dass zu dieser Autonomie auch Kenntnisse darüber gehören, wie Mündigkeit verächtlich gemacht und Unterwerfung gefeiert wurde, sollte sich von selbst verstehen; Kenntnisse zumal der Pädagogik im NS-Staat sind daher unerlässlich. (...) Die Frankfurter Universität, die sich mit dem Namen Adornos schmückt, beweist freilich, dass eine Platzbenennung auch eine Verdrängungsleistung erster Klasse sein kann: Entsorgung von Kritik in Straßenschild. Das zu erklären erfordert, sich dem Klein-Klein von Universitätspolitik zuzuwenden. So hat der Fachbereich Erziehungswissenschaften, dem der Autor dieser Zeilen früher angehörte, vor einiger Zeit – gegen Proteste auch des AStA – verfügt, dass der Besuch von Vorlesungen zu Antisemitismus und Rassismus für Lehramtsstudierende nicht mehr mit den im modularisierten Studium unerlässlichen Credit Points honoriert werden darf. Angeblich aus hochschuldidaktischen Gründen: Könne man doch diesem so schwierigen Thema in kleinen Lerngruppen weitaus besser entsprechen als in großen Vorlesungen.

(...) Ziel dieser Maßnahme, die von der dem schwarz-grün regierten Land Hessen verbundenen „Akademie für Bildungsforschung und Lehrerbildung“ (ABL) vorangetrieben wurde, war es jedoch lediglich, sich der Konkurrenz eines unbequemen Zeitgenossen zu entledigen: Benjamin Ortmeier, Professor am Fachbereich, der in der Dokumentation der NS-Pädagogik eine Forschungsleistung vorgelegt hat, die ihresgleichen sucht, zog mit seinen Vorlesungen regelmäßig Hunderte von Studierenden an. (...) So bleibt nur der peinvolle Schluss übrig, dass nach Überzeugung der „ABL“ und des Fachbereichs Erziehungswissenschaften Kenntnisse der Geschichte der Pädagogik und der NS-Zeit nicht zu den professionellen Qualifikationen von Lehrerinnen und Lehrern gehören.

Eine Universität und ihr erziehungswissenschaftlicher Fachbereich, die davon überzeugt sind, sollten dann entweder den Anstand aufbringen, sich nicht mehr mit Adornos Namen zu schmücken oder doch wenigstens in regelmäßigen Abständen jene Straßenschilder, die seinen Namen tragen, schamvoll zu verhüllen.<

Zitiert aus: Brumlik, Micha (2015): *Module statt Adorno. An der Frankfurter Goethe-Universität scheint man sich nicht mehr an Theodor W. Adorno und Max Horkheimer zu erinnern.* TAZ DIE TAGESZEITUNG, 7. Juli 2015.

Ausschnitt der Pressemitteilung GEW:

›Kollege Benjamin Ortmeier hat gerade im letzten Jahr durch eine Reihe von Veranstaltungen zur NS-Zeit an der Goethe-Universität, zum Massenmörder Josef Mengele (promoviert an der Goethe-Universität) und zum jüdenfeindlichen Hetzer Ernst Kriek (Rektor der Goethe-Universität 1933), sowie durch seinen Kampf im Senat für die Namensgebung „Norbert-Wollheim-Platz“ und mit großen Veranstaltungen mit der Auschwitz-Überlebenden Trude Simonsohn für Studierende und die Öffentlichkeit eine große Aufklärungsarbeit an der Goethe-Universität geleistet. Die GEW betont auch, dass er in der Forschung selbst den Mythos einer Reihe bekannter bundesrepublikanischer Erziehungswissenschaftler wie des Judenfeindes und Rassisten Peter Petersen demontiert hat, so dass bundesweit eine Reihe von Schulen nun endlich nicht mehr Peter-Petersen Schulen heißen.
„Es ist keine Frage, dass die GEW Hessen auch gegen die sich anbahnenden persönlichen Angriffe, Herabsetzungen und Beleidigungen mit ihrem langjährigen Mitglied Benjamin Ortmeier, der auch für die GEW als Senator in den Senat der Goethe-Universität gewählt wurde, solidarisch ist“, so Jochen Nagel weiter.<

Ausschnitt der Pressemitteilung des Jüdischen Jugend- und Studenten- verbandes Hessen e.V.:

›Mit großem Interesse hat unser Verband die bundesweit beachteten Anstrengungen an der Goethe-Universität zur Kenntnis genommen, dass im Rahmen der Erinnerung an 100 Jahre Goethe Universität die Forschungsstelle NS-Pädagogik in großen Veranstaltung nicht nur an die vertriebene und ermordeten jüdischen WissenschaftlerInnen und jüdische StudentInnen erinnert wurde, sondern dass auch durch große Veranstaltungen und Publikationen klar gestellt wurde, dass an der Goethe Universität ein Massenmörder wie Dr. Mengele promovierte und eine rassistischer und jüdenfeindlicher Hetze wie der Erziehungswissenschaftler Ernst Kriek als Rektor der Goethe Universität existierte. So wurde klar, dass es nicht nur um ein akademisch messbaren „wissenschaftlichen Verlust“ durch den Exodus der jüdischen Wissenschaftler geht, sondern es nach 1933 vor allem um Massenmord und verbrecherische Indoktrinierung ging. In diesem Rahmen gehört auch, dass im Rahmen der Vorlesungen zur NS-Pädagogik der Forschungsstelle NS-Pädagogik etwa die Auschwitz-Überlebende Trude Simonsohn vor über 800 Studierenden über ihr Leben und über das Getto/KZ Theresienstadt berichten konnte.<
Umso nachdrücklicher unterstützen wir die Presseerklärung des Asta der Goethe Universität, die unmissverständlich klarmacht, dass die Beschäftigung mit der NS-Zeit, mit den NS-Verbrechen, der NS-Ideologie und

der NS-Pädagogik unverzichtbarer Bestandteil des erziehungswissenschaftlichen Studiums, insbesondere für Lehramtsstudierende sein. muss. Das von Professor Dr. Benjamin Ortmeier vorgelegte Konzept, in zwei aufeinanderfolgenden Vorlesungen mit zusätzlichen Seminaren über die NS-Verbrechen, die NS-Ideologie, aber auch die NS-Pädagogik gründlich zu informieren und diese Frage im Hinblick auf aktuelle Bedeutung zu diskutieren, erscheint uns ausgesprochen solide, tragfähig und ausbaufähig. Die uns bekannten Studierenden, die diese Vorlesungen besucht haben waren ohne Ausnahme begeistert und voll des Lobes über die Initiative, solche Vorlesungen fest an allen Universitäten in Deutschland zu verankern. Wir werden eine solche Initiative mit unseren Möglichkeiten auf jeden Fall unterstützen.<

Die Entscheidung der Goethe Universität, wohl genauer des Fachbereichs Erziehungswissenschaft und der Akademie für Bildungsforschung und Lehrerbildung (ABL), nun ausgerechnet dieses Vorlesungskonzept nicht weiterzuführen, wie die Presse berichtet, ja sogar den Lehramtsstudierenden die notwendigen Creditpoints für diese Vorlesung über NS-Pädagogik vorzuenthalten, generell der Anteil dieser zwei Vorlesung und zwei Seminare auch für alle anderen Erziehungswissenschaft Studierenden auf die Hälfte zu kürzen, kann von uns nicht scharf genug kritisiert werden. Gerade das Gegenteil wäre nötig.<

Ausschnitte der Pressemitteilungen des AstA:

›Inhaltliche Beschäftigung mit der NS-Pädagogik muss Teil des Studiums sein! AstA Uni Frankfurt fordert, dass die Beschäftigung mit der NS-Pädagogik fester Bestandteil des Lehramts- und Erziehungswissenschaftstudiums bleiben muss.<

„Die Forderung, dass Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung. Sie geht so sehr jeglicher anderen voran, dass ich weder glaube, sie begründen zu müssen noch zu sollen. Ich kann nicht verstehen, dass man mit ihr bis heute so wenig sich abgegeben hat. Sie zu begründen hätte etwas Ungeheuerliches angesichts des Ungeheuerlichen, das sich zutrug.“
– Theodor W. Adorno

Erst im Februar schmückte sich die Goethe-Universität mit der Umbenennung von Straßen und Plätzen und ihrem vermeintlich souveränen Umgang mit der NS-Vergangenheit. Schon vor Jahren forderten die Studierenden nicht nur einen bewussten Umgang mit der Vergangenheit, sondern auch die Auseinandersetzung mit den Taten der Nationalsozialist*innen und ihren Auswirkungen in Forschung und Lehre. Insbesondere für die Bildung und Ausbildung von Pädagog*innen ist diese von großer Bedeutung. Dies wurde vor einigen Jahren erkannt und daher wurde ein Pilotprojekt geschaffen – die Forschungsstelle NS-Pädagogik. Im Kontext einer sozial-empirischen Studie über Wissen und Zugänge zur NS-Zeit

bei Lehramts- und Pädagogikstudierenden wurde eine zweisemestrige Behandlung der NS-Zeit, der Verbrechen, Ideologie und Pädagogik mit Vorlesungen und Seminaren entwickelt.<

„Die Forschungsstelle NS-Pädagogik verknüpft Forschung und Lehre in einmaliger Form, was auch das Präsidium anerkennt und fördert. Lediglich der Fachbereich stellt sich immer wieder gegen die Forschungsstelle und verhindert nicht nur eine Finanzierung, sondern auch strukturell ihre Arbeit“<

„Mit dieser Entscheidung soll die Beschäftigung mit Pädagogik und dem Nationalsozialismus das Zusatzprogramm Weniger werden. ABL und Fachbereich erklären in ihrer Stellungnahme, dass Veranstaltungen zur NS-Pädagogik nicht zum Pflichtbereich der Lehrerbildung gehören, sondern zu Zusatzangeboten, wie es auch anderen internationalen Hochschulen üblich sei. Die Aufklärung über Auschwitz wird hier zum ‚Spezialthema‘ und wie eine Art Sonderleistung behandelt. Anstatt die Wichtigkeit der Beiträge Professor Ortmeiers für gute Pädagogik anzuerkennen, flüchten sich ABL und Fachbereich in Formalargumenten über Curricula und Ablenkungsmanöver durch das Verweisen auf das scheinbar fehlende Angebot anderer Hochschulen. Wenn an anderen Hochschulen NS-Pädagogik nicht zum Grundbaustein in der Bildung und Ausbildung von Lehrer*innen gehört, muss in Frankfurt umso mehr mit einem anderen Beispiel vorangegangen werden.“<

„Es wird erstens behauptet, dass Ortmeier alle Angebote, Seminare im Pflichtbereich einzurichten, abgelehnt hat. Vielmehr war Ortmeier nicht bereit, die aktuelle Vorlesung zur NS-Pädagogik abzusagen, die nach dem Credit-Point-Verbot und der damit einhergehenden Entwertung nur noch für Studierende des Hauptfaches Erziehungswissenschaften angeboten wird. Zweitens klaut die ABL in ihrer Erklärung Ortmeier kurzerhand den akademischen Titel des „außerplanmäßigen Professors“, den der Senat der Uni Ortmeier verliehen hat. Das ist für uns ein Beispiel von ständig erlebten kleinen Gemeinheiten gegen einen engagierten Hochschuldozenten, der sich um den Ruf der Goethe-Universität und des Fachbereichs Erziehungswissenschaft durch Forschung und Lehre sehr verdient gemacht hat. Beiträge zur Mündigkeitserziehung müssen hier wohl verwalteten Argumenten und persönlichen Angriffen auf einen engagierten Wissenschaftler weichen. Mit Verantwortung für eine wissenschaftsgeleitete Aufarbeitung der NS-Vergangenheit, wie die ABL selbstlobend behauptet, hat das hier nichts zu tun. Formalität statt Aufklärung scheint hier die Devise“<

Nationalsozialistische Subjektivität

Eine Untersuchung von Heideggers „Freiheit zum Tode“

Am Ende der *Dialektik der Aufklärung* heißt es programmatisch: „Aber es gibt keine Antisemiten mehr“ (Horkheimer und Adorno 1947/1988, S. 209). Gemeint ist damit, dass der Antisemitismus einen radikalen Wandel vollzogen hat. Der alte Antisemitismus war ein auf die Juden umgelenkter Selbsthass, der einer repressiven Charakterstruktur entsprang. Diese „antisemitische Psychologie“ (a. a. O., S. 210) ist, so Horkheimer und Adorno, obsolet. Der „zeitgemäße Antisemitismus“ (a. a. O., S. 216), also derjenige, der industriellen Vernichtung von Menschen, ist ein völlig objektives, subjektloses Schema, das von Individuen exekutiert wird, die den Juden in „absoluter Apathie“ (a. a. O., S. 214) gegenüber stehen. „[D]ie Massen, selbst des Scheins der Persönlichkeit entäußert, formen sich [...] reibungslos [...] nach den Losungen und Modellen“ (a. a. O., S. 213). Ebendiese Diagnose des Antisemitismus, die Horkheimer und Adorno 1947 vorgenommen haben, ergeben auch die Auswertungen der geheimen Stimmungsberichte des NS-Staats, die der Historiker Otto Dov Kulka vorgenommen hat. Sein irritierender Befund ist, dass es ab Kriegsausbruch so gut wie keine Reaktion der Bevölkerung zur Verfolgung der Juden gegeben hat, während es beispielsweise am Euthanasieprogramm massive Kritik gab, so dass es eingestellt wurde. In Bezug auf die radikalen Maßnahmen gegen die Juden aber, unterblieben alle Äußerungen. Und nicht, weil man „davon nichts gewusst“ hätte: Vor aller Augen fanden ab 1941 die Massendeportationen statt, und am 30.1.1942 erklärte Hitler im Reichstag, dass das Ergebnis des Kriegs die Vernichtung des Judentums sein werde. Kulka fasst seine Auswertung folgendermaßen zusammen: „All these reactions are characterized by a striking abysmal indifference to the fate of the Jews as human beings. It seems that here, the ‘Jewish question’ and the entire

process of its ‘solution’ in the Third Reich reached the point of almost complete depersonalization.“ (Kulka 1989, S. 149) Ich möchte in diesem Essay der Frage nachgehen, wie man diesen „Subjektzustand“ verstehen soll. Irgendwie muss man* ja sagen, dass es Menschen mit Bewusstsein sind, die zu dieser Entpersonalisierung und Indifferenz kommen. Wie kann ihr Erleben dargestellt werden, und wie kann die interne Sinnstruktur ihrer „subjektlosen Subjektivität“ beschrieben werden? Als Material für die Analyse dieser Subjektivität eignet sich nach meiner Meinung der philosophische Entwurf der „Freiheit zum Tode“ in Martin Heideggers *Sein und Zeit*. Er beschreibt genau die internen Sinnstrukturen und die Entstehung eines „subjektlosen Subjekts“ aus dessen eigener Sicht: Als ein Bewusstsein, das in der Aufgabe seiner selbst und der eigenen Nichtexistenz seine Freiheit erblickt – die „Freiheit zum Tode“.

Heidegger und der Nationalsozialismus

Die Wahl Martin Heideggers als Material für diese Bewusstseinsanalyse liegt in der Philosophie nicht allzu fern. Schon lange vor 1933 im Geheimen mit den Nazis sympathisierend, trat er in diesem Jahr in die NSDAP ein und wurde erster „Führer-Rektor“ einer deutschen Universität. In seiner „Rektoratsrede“ legte er, aufbauend auf der von ihm entwickelten Philosophie, sein Konzept des Nationalsozialismus dar. Er blieb bis 1945 in der NSDAP, und fand auch nach dem Krieg zu keiner Distanzierung vom Nationalsozialismus oder zu einer Selbstkritik. Im Gegenteil reduzierte er Holocaust und „motorisierte Ernährungsindustrie“ auf dasselbe Wesen oder sprach in einem Buch von 1953 von der „inneren Wahrheit und Größe des Nationalsozialismus“.

Freilich gibt es philosophische Kontroversen darüber, ob man Heideggers Philosophie eins zu eins mit dem Nationalsozialismus identifizieren kann. Und wenn ich jetzt mit *Sein und Zeit* ein Buch von 1927 zugrundelege, um den Nationalsozialismus zu analysieren, dann scheint das etwas aus dem zeitlichen Rahmen des Nationalsozialismus gefallen zu sein. Aber ich glaube, dass Heideggers Entwurf der „Freiheit zum Tode“ mit den Diagnosen von Horkheimer und Adorno, von Kulka, aber auch von vielen anderen wie Hannah Arendt (1951/2000) oder Detlev Claussen (1987) inhaltlich völlig übereinstimmt. Das wird meine folgende Darstellung deutlich zeigen. Die nationalsozialistische Subjektivität ist eben nicht ganz exakt auf die Zeit der politischen Herrschaft des Nationalsozialismus abzubilden. Es sind auch nicht einzelne Menschen, wie etwa NSDAP-Mitglieder, auf die die nationalsozialistische Subjektivität zutrifft, vielmehr ist sie eine gesellschaftlich allgemeine Form von Subjektivität, die in einer Epoche eine Gesellschaft bestimmt.

In *Sein und Zeit* ist die Freiheit zum Tode aber keine kritische Analyse des Subjekts der Massenvernichtung, sondern der Entwurf des eigentlichsten Menschseins und der höchsten Freiheit. Man kann Heideggers Beschreibungen daher nicht einfach so abschreiben. Denn Heidegger stellt in *Sein und Zeit* Bewusstseinsinhalte als pur individuelle und unhistorische Bestimmungen des Menschen dar. Unterzieht man die Form dieser Beschreibungen jedoch einer Kritik, werden sehr präzise Analysen gesellschaftlicher Bewusstseinsinhalte zugänglich. „[S]eine Ontologie ist eigentlich bloß eine objektivistisch maskierte lebensphilosophische Anthropologie.“ (Lukács 1953, S. 435) „Diese Bilder [...] [geben] ein echtes und lebenswahres Bild jener Bewußtseinsreflexe“ (a. a. O., S. 438). Wir müssen also im Folgenden immer im Kopf behalten, dass Heidegger immer aus Sicht der Freiheit zum Tode selbst schreibt, und eine kritische Analyse dieser Subjektivität nur gegen Heidegger Sinn machen kann.

Die psychologische Vorgeschichte der Freiheit zum Tode

Die Freiheit zum Tode hat eine psychologische Vorgeschichte, die zu ihr hinführt, und die wir uns zunächst ansehen müssen. An ihrem Anfang steht das sogenannte Man, das grob die moderne Massenkultur bezeichnet und vor allem auf Kulturindustrie, Öffentlichkeit, Demokratie zielt, aber auch etwa Freundschaften und Moral mit einschließt. Es bildet die allgegenwärtige Basis der Kultur, ihren Alltag, und die ganze nachfolgende Erlebensdynamik vollzieht sich in ihr. Die Freiheit zum Tode wird sich als modifiziertes und scheinhaft befreites Alltagsleben der Massenkultur erweisen.

In der Massenkultur führen die Menschen nach Heidegger ein Leben, das ständig in Konkurrenz zu anderen steht – jeder



kommt es nur auf einige wenige Kraftproben zwischen Mutter und Kind an [...] und das Problem ist gelöst.“ (Haarer 1934, S. 147f)

„von den Illusionen des Man gelöst, faktischen“: Es sind die Illusionen, die vorgaukeln, dass innerhalb des Man ein Selbstsein möglich ist. Das Dasein bildet sich also nicht mehr ein, in der Massenkultur wirklich existieren zu können. Aber zugleich weiß es ja jetzt um die Verlorenheit in die Massenkultur – damit weiß es deren Lebensmöglichkeiten als die faktischen, realen Möglichkeiten, ohne dass diese noch die Bedeutung eines echten Lebens hätten. Sie sind nackte, faktische Realität, in ihrer ganzen Nichtigkeit, in der das Dasein nun vollkommen sachlich, angemessen und rational handeln kann. – Darin liegt auch, um nochmal auf nationalsozialistisches Verhalten zu verweisen, ein rein abstraktes Verhältnis zu allem, was in dieser Realität enthalten ist – sowohl die anderen Menschen wie auch ich selbst, schlichtweg alles ist bedeutungslos geworden, und abstrakter Gegenstand für den brutal rationalen und kalkulierenden Umgang des Daseins.

„ihrer selbst gewissen“: Die Freiheit zum Tode „ist ursprünglicher als jede Gewißheit bezüglich eines innerweltlich begegnenden Seienden“ (SuZ, S. 265). Das heißt, die Freiheit zum Tode ist ihrer selbst so stark gewiss, dass jede Gewissheit über ein einzelnes Ding überhaupt nicht damit vergleichbar ist. Sie betrifft das eigene Selbst in seiner Ganzheit, ist eine tiefe, unhintergehbare Seinsgewissheit. In der Freiheit zum Tode ist das Dasein also in sich geschlossen und gegen jede Irritation unempfindlich. Diesen Persönlichkeitszustand beschreibt Sartre treffend in seinem *Porträt des Antisemiten*:

„Es gibt [...] Menschen, die von der Beständigkeit des Steins angezogen werden. Sie wollen massiv und undurchdringlich sein, sie wollen sich nicht verändern [...]. Sie wollen keine erworbenen Anschauungen, sie erstreben angeborene. [...] Nur eine starke gefühlsmäßige Voreingenommenheit kann zu einer überwältigenden Gewißheit führen, nur sie kann das Denken an den Rand drängen, nur sie kann sich der Erfahrung verschließen und ein Leben lang fortbestehen.“ (Sartre 1954, S. 15f)

Damit haben wir die Freiheit zum Tode nun auseinander analysiert. Sie entsteht, weil sich das Dasein aus seiner Existenzangst retten will, also eine Gestalt völlig irrationaler Freiheit. In ihr ist das Dasein in seiner Vereinzelung aus der Fürsorge und dem Man herausgerissen; kann sich gerade wegen dieses Herausgerissen-seins frei für die Realität der Massenkultur geben, in ihr faktisch und sachlich handeln; erkennt aber damit zugleich die Unhintergebarkeit der „Diktatur des Man“, der es sich restlos, ohne Widerstand, entzieht: es passt sich ganz und gar an; und gibt dadurch freilich sich selbst völlig auf, um dadurch zu seinem eigenen Selbst, dem Erfassen der Nichtexistenz

zu werden. Von außen betrachtet erscheint diese Gestalt entweder als tautologisches, dinghaftes Sein, als mechanische Exekution der gesellschaftlichen Bewegungsgesetze, oder aber als vernichtete Existenz, als „liquidiertes Individuum“.

Blicken wir nun auf die anfangs gestellten Diagnosen des nationalsozialistischen Antisemitismus zurück. Sie hatten eine Subjektivität beobachtet, die über individuelle Regungen hinausgegangen und zu einem Zustand von Apathie und Depersonalisierung gelangt war. Es war eine kritiklose Subjektivität, die sich restlos dem gesellschaftlichen Schema der Judenvernichtung unterworfen hatte, und keinerlei menschliches Verhältnis mehr zu den Juden hatte. Nach der Analyse der Freiheit zum Tode können wir eine solche Subjektivität nun verstehen: Sie ist ein ganz bestimmtes Selbstverhältnis des Menschen in der modernen Massenkultur. Gefangen in auswegloser Existenzangst, erscheint die Aufgabe der eigenen Existenz als einzige Möglichkeit, weiterzuleben. Genau diese Selbstaufgabe ist es, die einerseits zu einer Lebensermöglichung führt, andererseits aber zu der beschriebenen Regungslosigkeit, Apathie, totaler Rationalität und totalem Gehorsam.

Von Emanuel Kapfinger, Kolleg Friedrich Nietzsche, Weimar, 04. Juli 2015

Literaturverzeichnis

Arendt, Hannah (1951/2000): *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, Totalitarismus*. 7. Aufl. München u.a.: Piper.

Claussen, Detlev (1987): *Grenzen der Aufklärung. Zur gesellschaftlichen Geschichte des modernen Antisemitismus*. Frankfurt am Main: Fischer.

Haarer, Johanna (1934): *Die deutsche Mutter und ihr erstes Kind*.

Heidegger, Martin (1927): *Sein und Zeit*. Tübingen: Niemeyer 2006.

Horkheimer, Max; Adorno, Theodor W. (1947/1988): *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*. Frankfurt am Main: Fischer.

Kulka, Otto Dov (1989): ‚Public Opinion‘ in Nazi Germany; The Final Solution. In: Michael Robert Marrus (Hg.): *Public Opinion and Relations to the Jews in Nazi Europe*. Westport u.a.: Meckler (The Nazi Holocaust. Historical Articles on the Destruction of European Jews, 5/1), S. 139–150.

Lukács, Georg (1953): *Die Zerstörung der Vernunft. Der Weg des Irrationalismus von Schelling zu Hitler*. Berlin: Aufbau-Verlag.

Sartre, Jean-Paul (1954): *Überlegungen zur Judenfrage*. Reinbek (bei Hamburg): Rowohlt Taschenbuch 1994 (Gesammelte Werke in Einzelausgaben. Politische Schriften, 2).

CampusQuizz

1. Skulptur auf dem Campus, letztes Wort
2. Kürzlich geschlossenes Café
3. Namensgeber eines Hörsaalgebäudes, Nachname
4. Standort des KFZ-Referats
5. Umbenennung des Grüneburgplatzes, Nachname
6. Zeitung des Fb03
7. Sitz des AstAs
8. Kino in der Uni



1	2	3	4	5	6	7	8
---	---	---	---	---	---	---	---

Neues aus dem StuPa

Zur (fehlenden) politischen Dimension des Pinkelns

Das neue Studierendenhaus kommt. Langsam, aber sicher. Mit dieser Tatsache gehen einige Entscheidungen einher. In der Zwischenzeit befindet sich die Planungsgruppe in der sogenannten zweiten Ausbaustufe und man* verhandelt über die Grundrisse. Vor allem die Frage nach der Gestaltung der Toiletten hat in den letzten Wochen viel Raum eingefordert.

Auf Bestreben verschiedener Hochschulgruppen und dem Autonomen Frauen*Lesben Referat (AF*LR) wurde seitens des AStA überlegt, ob man die antiquierte Geschlechtertrennung bei Toiletten nicht einfach aufheben sollte. Dies spart Platz und Geld, was beides auch der Planungsgruppe, bestehend aus u. a. Vertreter*innen der Uni, Architekt*innen, dem Hessischen Baumanagement und dem AStA, sinnvoll erschien, da man mehr Ressourcen hat, um Räume zu planen und das neue Studihaus zu gestalten. Die Idee, die für manche vielleicht kompliziert oder gar abschreckend klingt, ist von der Grundidee eine sehr simple: Jede*r soll auf ein Klo

gehen können, ohne sich um Geschlecht, egal ob das eigene oder das der Person, die neben einem das Klo benutzt, Gedanken machen zu müssen. Nicht mehr und nicht weniger. Es ist dasselbe Prinzip wie bei Toiletten in der Bahn, im Flugzeug oder auch zuhause. Auch in immer mehr Clubs und Cafés wird die starre Trennung aufgehoben und wenn es schnell gehen muss, interessiert es sowieso niemanden mehr, wer welche Toilette benutzt.

Doch wurden seitens der Universität schnell Bürokratien aufgebaut. Wieder einmal wurden die Vertreter*innen des AStA nicht als souveräne Vertreter*innen der Studierendenschaft seitens der Universität wahrgenommen. Da es sich um eine solch neue Idee handle, wollte die Universitätsleitung „Planungssicherheit“ und wünschte sich einen Beschluss diesbezüglich des Studierendenparlaments (StuPa).

Auf dessen Sitzung am 11. Mai 2015 lag ein Antrag der Grünen Hochschule diesbezüglich vor. Nach einer langen

Debatte beschloss das StuPa, das höchste beschlussfassende Gremium der Studierendenschaft, in der alle gewählten Hochschulgruppen vertreten sind, im ganzen Haus sogenannte Unisextoiletten einzuführen; man war sich mehrheitlich darüber einig geworden, dass dies ein guter Vorschlag sei. Es wurde ein Konzept ausgearbeitet, dass Privatsphäre für alle Personen schaffen soll, egal welchem Geschlecht sie sich zugehörig fühlen, oder auch eben nicht. Gerade als Studierendenschaft und gerade bei einem Neubau des Studierendenhauses konnte man die einmalige Chance nutzen, einen Raum nach eigenen Vorstellungen zu gestalten. Durch den Parlamentsbeschluss wurde klar, dass die Mehrheit der Studierenden eine positive Haltung zur Abschaffung der Toiletten, welche ein binäres Geschlechtersystem reproduzieren, vertritt. Wenn also der RCDS in seiner Pressemitteilung vom 13. Mai 2015 behauptet, dass der AStA 46 000 Studierende übergehen würde, ist das nicht nur Quatsch, sondern auch schlichtweg falsch. Eine Teilhabe von Studierenden an Universitäten funktioniert in der Regel über parlamentarische Vertretung, die durch demokratische Wahlen auch unzweifelhaft legitimiert ist.

von Alisa Siegrist



Der Studentische Projektrat

– Zweieinhalb Jahre Raum für studentische Partizipation

Wie wäre es, wenn über diesen Fördertopf Studierende selbstbestimmt entscheiden und verwalten? Eine Einrichtung, die studentische Projekte unterstützt, vernetzt und an der Universität sichtbar macht? Das war die Vision, die drei engagierte Studierende 2012 entwickelten. Und weil gute Ideen dafür da sind, gelebt zu werden, machten sie sich auf die Suche nach personeller und finanzieller Unterstützung, beantragten QSL-Mittel, errichteten eine studentisch besetzte Koordinationsstelle und etablierten das Gremium „Studentischer Projektrat“, in das jährlich Mitglieder des Studierendenparlaments, der Fachschaftenkonferenz und des Allgemeinen Studierendenausschusses gewählt werden.

Seitdem sind mehr als 30 studentische Projekte mit Hilfe des Studentischen Projektrats unterstützt worden, die so facettenreich sind wie ihre Initiator*innen selbst. Sprachkurse, Theater- und Literaturworkshops, Konferenzen und Tagungen, studentische Zeitschriften wie *Otium*, Film- und Kunstprojekte, sowie Veranstaltungsreihen wie „Strafrecht – Vom Anfangsverdacht bis zum Strafvollzug“ oder „Kritische Ökonomie“ sind nur einige Beispiele für die vielfältigen fachbereichsübergreifenden Anträge, die bisher realisiert wurden. Darüber hinaus erhalten Studierende einen Einblick in die Projektplanung vom Erstkontakt bis zur abschließenden Dokumentation. Besonders erfreulich ist der Umstand, dass sich einige Projekte über den Studentischen Projektrat hinaus weiterentwickeln. So beispielsweise im letzten Sommersemester 2014 die Veranstaltungsreihe „Elemente des Antisemitismus“. Die dort gehaltenen Vorträge erscheinen bald als

wissenschaftliche Publikation, herausgegeben von Studierenden im Springer Verlag.

Es ist bemerkenswert, dass es jedes Semester stetig mehr Projektanträge gibt als dem Studentischen Projektrat Fördermittel zur Verfügung stehen. Es spricht für die Studierenden, dass sie neben ihrem Studium die Universität mitgestalten und partizipatorische Räume erzeugen. Allerdings wäre es für eine längerfristige Planungssicherheit hilfreich, wenn der Studentische Projektrat sich nicht jedes Jahr erneut auf QSL-Mittel bewerben müsste, sondern ein Budget für drei bis fünf Jahre erhielte. Dann könnte nämlich beispielsweise eine nachhaltigere Infrastruktur aufgebaut, ein Projektratstag organisiert und die Projekte noch stärker an der Universität beworben werden. Doch die zentralen QSL-Mittel werden immer nur für ein Jahr vergeben und damit bleibt die Existenz des Projektrats weiterhin prekär.

Dass es weiterhin Raum für politische Bildungsarbeit, studentische Mitbestimmung und eine pluralistische Gestaltung der Universität gibt, liegt daher nach wie vor in der Hand der Studierenden.

Falls auch Du eine Projektidee hast, kontaktiere uns auf der Seite des Projektrats: projektratunifrankfurt.wordpress.com oder unter projektrat.unifrankfurt@gmx.de.

Wir freuen uns auf Deine Bewerbung!

von Julia Dupont

Kaum gefördert und schlecht versichert

Erste Anmerkungen zum „Förderwerk Hessen“ und „Förderwerk Deutschland“¹

Ein selbsternanntes „Förderwerk Hessen“ warb im letzten halben bis dreiviertel Jahr über Verteiler der Goethe-Universität mit der Vergabe von Stipendien für „unterrepräsentierte[n] Fachdisziplinen“, wie es beispielsweise in einer E-Mail heißt, die u. a. im Dezember 2014 über die Bachelor-Soziologie-Verteiler ging. Speziell vom „Förderwerk“ angesprochen werden Studierende der Geistes-, Gesellschafts- und Erziehungswissenschaften, die mit einer Fülle an versprochenen Förderungen, von Büchergeld, „Frauen[sic!]förderung“, der Förderung von Sprachkursen und Praktika, bis zu einem „Hessen Stipendium“ zur Registrierung und Bewerbung auf der Webseite des „Förderwerkes“ gelockt werden. Auf seiner Webseite wirbt das „Förderwerk Hessen“ mit der Vergabe von 1,6 Millionen Euro, auf Bundesebene verspricht das übergeordnete, (vermeintlich) bundesweit agierende „Förderwerk Deutschland“ sogar 26 Millionen Euro.

Doch ob die „Förderwerke“ wirklich Studierende fördern möchten, wie sie auf ihren Webseiten versprechen, darf bezweifelt werden. Eine eigens eingerichtete Recherchegruppe² des AstA zum Thema, Teil derer der Autor dieses Artikels ist, möchte hiermit eindringlich vor einer Bewerbung und Kontaktaufnahme mit den „Förderwerken“ warnen.

Aktuell wirbt das „Förderwerk Hessen“ damit, dass sich bis zum 1.10.2015 in Hessen immatrikulierte Studierende für Stipendien und Förderungen für das Wintersemester 2015/16 bewerben können. Die Registrierung wirkt denkbar einfach: Online ein paar Häkchen machen und

damit die Förderungen auswählen, auf die man sich bewerben möchte, dazu noch Daten wie Name, Adresse etc. eintragen und im Anschluss Lebenslauf, Zeugnisse und weitere Dokumente an das „Förderwerk“ schicken.

Nach einiger Zeit, wobei durchaus mehrere Monate vergehen können, wie uns berichtet wurde, werden die Bewerber*innen zu verschiedenen Einzelgesprächen geladen. Weiter berichteten uns Studierende, dass im Zuge dieser Gespräche, die sich um die Fördermöglichkeiten für die Bewerber*innen drehen sollen, diesen der Abschluss einer auf Dauer sehr teuren Berufsunfähigkeitsversicherung nahegelegt wurde. Bei ablehnenden Reaktionen – so berichten ehemalige Bewerber*innen – führt dies zu einem Kontaktabbruch durch das „Förderwerk“. Ebenso wurde uns berichtet, dass es Studierenden auffiel, wie wenig Konkretes bezüglich Fördermöglichkeiten von Seiten der „Förderwerke“ geäußert wurde.

Nur eine einzige uns bekannte Person hat überhaupt Geld bekommen. Wir haben für unsere bisherigen Recherchen mit vielen Studierenden gesprochen und hoffen, dass sich im Nachgang dieses Artikels noch weitere ehemalige Bewerber*innen oder (sogar) durch die „Förderwerke“ geförderte bzw. versicherte Studierende bei uns melden. Bis jetzt wissen wir jedoch nur von einer überhaupt durch das „Förderwerk Hessen“ geförderten Person, die für ihre Abschlussarbeit eine Einmalförderung von weniger als 100€ erhielt und eine Versicherung abschloss. So darf auch bezweifelt werden, dass die „Förderwerke“ auch nur annähernd über die von ihnen angegebenen Fördersummen verfügen.

² Die „Recherchegruppe Förderwerk“ ist unter „hopo@asta-frankfurt.de zu erreichen.

So heißt es zur Herkunft des Geldes lediglich: *„Unsere Fördergelder werden von institutionellen Bildungsinvestoren für Wissenschaft und Bildung, von hessischen Unternehmen, sowie durch Spenden ehemaliger Alumnis [sic!] bereitgestellt.“*

Ähnlich unkonkret ist die gesamte Webseite gehalten, wobei insbesondere die Angaben über das „Förderwerk“ reichlich dünn ausfallen.

Möchte man wissen, wer hinter dem „Förderwerk Hessen“ steckt, erscheint dies fast unmöglich. Auf seiner Webseite beschreibt sich das „Förderwerk Hessen“ als *„ein freies gemeinnütziges Institut zur Förderung des gerechten Zugangs zu Bildung und Wissenschaft für in Hessen immatrikulierte Studierende.“*

Ähnlich nichtssagend ist ein Blick auf die für Webseiten rechtlich obligatorische Rubrik „Impressum“. Dort heißt es lediglich *„Förderwerk Hessen - Die Studienstiftung für Akademiker (sic!) in Hessen. Ein Institut vom Förderwerk Deutschland“*. Eine Rechtsform wird nicht angegeben, verantwortliche Personen sucht man ebenfalls vergebens. Als Anschrift des „Förderwerkes Hessen“ fungiert ein Mietbüro für Tagungen in der Bockenheimer Landstraße, bei dem das Sekretariat für alle Mietparteien zentral am Einlass von den Vermieter*innen gestellt wird. Eine Abfrage der Webseiten-Daten verrät, dass die Webseite *„foerderwerk-hessen.de“* auf einen gewissen Stefan Meierhofer registriert ist. Dieser trat in den E-Mails, die über die Universitäts-Verteiler gingen, als Kontaktperson auf und führt, soweit uns bekannt ist, auch die Interviews mit den interessierten Studierenden. Die für die Webseite von Meierhofer angegebene Anschrift befindet sich in der Elisabethstraße in München. Dort befanden sich bis Anfang 2014 ebenfalls Mietbüros für Tagungen. Seit Mitte letzten Jahres wird dort jedoch gebaut und

besagte Adresse gibt es nicht mehr. Ähnlich sieht es beim „Förderwerk Deutschland“ (foerderwerk-deutschland.de) aus, dessen „Institut“ das „Förderwerk Hessen“ laut eigener Aussage zu sein scheint. In dessen Webseiten-Impressum steht lediglich *„Förderwerk Deutschland. Institutszentrale: Friedrich-Ebert-Anlage 36 60325 Frankfurt am Main“*. Laut Empfang des Bürokomplexes hat das „Förderwerk“ dort jedoch seit ungefähr Ende Mai keine Räumlichkeiten mehr gemietet. Eine Kontakt-Möglichkeit fehlt auf der „Deutschland-Seite“ vollkommen. Bis Mitte Juni zeigte sich Meierhofer auch für diese Webseite verantwortlich, seit kurzem gehört sie jedoch offiziell einem bisher in diesem Zusammenhang noch nicht öffentlich in Erscheinung getretenen Jan H..

Die große Frage, die bis jetzt noch unbeantwortet ist, ist die nach dem Umgang mit den Daten der Bewerber*innen. Es ist nicht auszuschließen, dass die „Förderwerke“ diese verkaufen, um auf diese Weise neben den Versicherungen noch ein weiteres Geschäftsfeld zu erschließen. Beweise dafür haben wir jedoch (noch) keine. So bleibt zunächst für die Betroffenen lediglich, zu hoffen, dass es den „Förderwerken“ nur um Prämien für die erfolgreiche Vermittlung von Versicherungen geht und die Daten als „Beifang“ nicht weiter beachtet werden.

Aktuell diskutieren wir darüber, aus unseren Erkenntnissen juristische Konsequenzen zu ziehen. Gerne unterstützen wir euch in Rücksprache dabei, falls ihr ebenfalls solche ziehen wollt.

von David Wedmann
Stand der Recherchen: 1.Juli.2015



¹ Wegen des zeitnahen Redaktionsschlusses dieser Zeitung war es leider nicht möglich den Artikel vorher juristisch prüfen zu lassen, weshalb der Autor den Text vorsichtiger formuliert hat, als der Sachverhalt zumindest auf die Recherchegruppe wirkt

Dean's List – feine Auslese.

Wie der Fachbereich Wirtschaftswissenschaften Unternehmensnachwuchs rekrutiert.

Unsere erste Dean's List Ehrung war etwas, das uns in Erinnerung blieb. Die Auffahrt, die fein geschnittene Hecke, die Luxusautos auf dem Parkplatz und vor uns, das Haus Metzler. Der Veranstaltungsort der Privatbank Metzler, ein Palais im Stadtteil Bonames, das vor allem eines vermittelte: absolute Exklusivität. Fein herausgeputzt, in unseren besten Kostümen und Anzügen gekleidet, fanden wir uns im prunkvollen Salon ein, wurden mit Wein aus dem hauseigenen Weinkeller und feinsten Canapés bedient. Und zwischen uns, Vertreter*innen aus zehn der wichtigsten Unternehmen der Finanzbranche und Unternehmensberatung. Ob McKinsey, Deutsche Bank, PwC, Union Investment oder KPMG, alle waren sie vertreten. Im Kaminzimmer, auf der Terrasse oder im Arbeitszimmer mit echten Erbstücken der Bankiersfamilie, kam es zu ersten Kontakten zwischen Unternehmen und Studierenden. Nach zwei Gläsern Wein ging es zur Urkundenverleihung. Erst richtete der Dekan mit freundlichem Lächeln das Wort an uns. Wir wurden gelobt für unsere herausragenden Leistungen und die Intention der Dean's List wurde kurz skizziert. Sie sei vom Fachbereich initiiert worden, um die besten Studierenden in einem feierlichen Rahmen für ihre großartigen Studienleistungen auszuzeichnen, ihre Begabung zu fördern und vor allem die Chance zu eröffnen für den „frühzeitigen Kontakt und Austausch zwischen Spitzenstudierenden und Unternehmen“¹. Anschließend waren die Unternehmen an der Reihe, sich bei uns vorzustellen. Man informierte uns über die ausgezeichneten Karrierechancen, Praktikumsangebote und auch über die Möglichkeit zu einer ausgewogenen Work-Life-Balance in ihrem Unternehmen. Anschließend war es Zeit, die Urkunden zu verteilen. Ein Aufrufen, ein Händeschütteln mit dem Dekan und anerkennende Blicke von Seiten der Angestellten der Unternehmen in der ersten Reihe. Den einen oder anderen überkam Stolz und ein Gefühl der individuellen Wertschätzung, auf das man sonst in einem

Massenstudium wie das der Wirtschaftswissenschaften lange warten kann. Die Situation hatte eine gewisse Surrealität; die stets lächelnden Gesichter aus der ersten Reihe, das barocke Interieur des Saals und die Studierenden um einen herum, die sich mit Stolz geschwellter Brust zum Foto aufstellten. Kurz nach der Zeremonie verließ der Dekan als letzter Vertreter der Uni die Veranstaltung. Der Abend endete mit viel Wein und einem Get-Together, indem sich Studierende in Trauben um die Gesandten der Unternehmen versammelten und in persönlichen Kontakt traten. Irgendetwas fehlte. Wir hatten unsere Urkunden in der Tasche, hatten die wertschätzenden Worte des Dekans und der Unternehmen genossen, aber dennoch fehlte etwas. Wir wurden die Vermutung nicht los, dass nicht wir die wichtigsten Akteur*innen des Abends waren. Es waren die Unternehmen.

Die Dean's List ist eine Institution, die vom Fachbereich vor einigen Jahren nach anglo-amerikanischem Vorbild ins Leben gerufen wurde. Die 20 besten Studierenden nach Noten jedes Jahrgangs in Regelstudienzeit werden zu der Feier eingeladen, die einmal im Semester stattfindet. Veranstaltungsorte sind entweder im Casino am Campus Westend oder in Unternehmen, die sich zu einer Ausrichtung der Veranstaltung bereit erklärt haben. So fand die Verleihungszeremonie unter anderem schon im Haus Metzler, in der VIP-Lounge der Commerzbank-Arena oder bei der KfW statt. Offiziell möchte der Fachbereich seine besten Studierenden besonders fördern und die anderen Studierenden zu guten Leistungen im Studium motivieren². Letzteres erfüllt die Dean's List hervorragend. Sie wird innerhalb des Fachbereichs zur höchsten Ehre idealisiert, die Bachelor-Studierenden zuteil werden kann und es scheint fast eine gewisse Ehrfurcht vor Mitgliedern der Dean's List zu herrschen. Zweifelsohne schafft sie eine Form der Leistungsorientierung, die bis hin zu klassischem „Ellenbogendenken“ führen kann. Die teilnehmenden Unternehmen

an der Dean's List zahlen über das Career Center der Universität einen festen Beitrag, der ihnen die Teilnahme an der Dean's List sichert sowie andere Services, die Teil eines <Pakets> sind³. Der Zugang zur Dean's List ist für die Unternehmen gleichbedeutend mit einem direktem Zugang zu den handverlesenen Studierenden.

Ein gutes Geschäft zwischen Universität und Unternehmen, aber auch für die Studierenden? Wöchentlich werden über einen Mail-Verteiler Unternehmensangebote durch den Fachbereich versendet, die Ausschreibungen für Praktika und Einladungen zu exklusiven Dean's List Veranstaltungen enthalten. Hier scheint für alle karrierebewussten Wirtschaftsstudenten etwas dabei zu sein: Lunch-Date mit dem Nestlé-Chef, Drei-Gänge-Dinner mit McKinsey, Lasertag spielen mit KPMG, Bewerbertraining mit PwC. Manche Veranstaltungen adressieren konkret die weiblichen Studierenden, die auf der Dean's List in bedeutender Minderheit sind, um ihnen in speziellen Workshops, ihre „besonderen Fähigkeiten“ als Frauen für ihre ambitionierte Karriere aufzuzeigen⁴.

So kann man sich das Zu-den-Bestengehören also vorstellen. Stolz, individuelle Wertschätzung und Lob sind Attribute, die wohl alle Studierenden in ihrer Universitätslaufbahn gerne erfahren würden. Die Dean's List erfüllt diese Wünsche (selbstverständlich nur, wenn die Leistung stimmt) und weckt Begehrlichkeiten durch ihre Exklusivität. Doch was bedeutet Exzellenz, wenn man sie nur an Noten misst? Ist an einer Institution wie der Universität der Notenspiegel das Beste, was Studierende produzieren können? Warum wird nicht

1 <http://deanslist-frankfurt.de/sites/startseite.php> zuletzt abgerufen: 19.06.2015 15:45

2 <http://www.wiwi.uni-frankfurt.de/studium/studierende/bachelor/deans-list.html> zuletzt abgerufen: 19.06.2015 15:46

3 Dies teilte uns das Career Center auf Anfrage im Juni 2015 mit.

4 Über den Dean's List-Verteiler wurden Workshops des Female Focus im Mai 2015 in Frankfurt beworben. Mit Programmen wie „Women in Business“ werden Frauen im „exklusiven Interviewtraining“ an den geschlechterstereotypen „Berufsalltag“ herangeführt. Zur notwendigen Abschaffung dieser Strukturen trägt ein solches Training nicht gerade bei. <http://femalefocus.bcg.de/femalefocus/default.aspx> zuletzt abgerufen: 21.06.2015 19:33.

nach Ideen gefragt, sondern danach, wie gut für standardisierte Abfragen, oft im Multiple-Choice Format, Wissen reproduziert wurde? Die scheinbare Quantifizierbarkeit von Intelligenz hat viele Vorteile. Sie kann verwaltet, tabelliert und in eine Rangfolge gebracht werden. Man kann eine künstliche Grenze von 5% ziehen, um eine Distinktion von „The best and the rest“ zu schaffen. Doch was, wenn der nächste Einstein nur zu den notenmäßig besten 10% gehört, weil er nicht logisch-rational genug denkt, den Standard nicht ausreichend erfüllt? Entwicklung bedeutet, Dinge auch mal anders zu machen. Daher muss die Frage eigentlich lauten: Können wir uns es leisten, Talente und Potentiale an einer Universität nicht zu berücksichtigen, weil sie nicht in den Notenspiegel passen? Die Antwort auf diese Frage lautet in der Regel, dass dies im Studienbetrieb nicht zu leisten sei. Die Dean's List verkörpert genau diese Alternativlosigkeit. Sie ist sowohl Spitze als auch Symptom einer universitären Struktur von Lehre, welche ihr Bildungsideal an den aktuellen Bedürfnissen der Arbeitswelt ausrichtet, um eine möglichst optimale individuelle Verwertbarkeit der Studierenden in einer zukünftigen Berufslaufbahn zu gewährleisten. Das Problem ist, dass man für die Zukunft nur mangelhaft vorbereitet ist, wenn man nur das für den Status Quo Notwendige lernt.

Diesen Mangel zu beheben ist das ursprüngliche Ideal von universitärer Bildung. Das Weiterdenken zu lernen. Die Dean's List belohnt in dieser Form nur das Erlernen des Standards, was sehr gut durch die auf der Dean's List vertretenen Unternehmen gezeigt wird. Die scheinbar beste Form der Begabtenförderung fördert vor allem das Verfolgen des von Unternehmensberatungen und Banken idealisierten Lebensstils: Erfolg. Egal wie. Alles wird dem Titel bzw. dem Erreichen von Credit-Points untergeordnet. Es ist bezeichnend, dass auf der Dean's List kein einziges Forschungsinstitut vertreten ist. Auf der anderen Seite ist das Fehlen von Forschungseinrichtungen oder alternativen Unternehmen aber die logische Folge davon, wenn der Lehrplan kritisches

Denken verdrängt⁵. Wenn man zu sehr damit beschäftigt ist, Studierende in Vorlesungen als Humankapital zu behandeln, ist kein Platz mehr für die Vermittlung von Forschungskompetenzen. Dass die Dean's List vor diesem Hintergrund offiziell noch als Förderprogramm und nicht als Rekrutierungspool für die Meistbietenden bezeichnet wird, grenzt fast an Perversion. Warum gibt die Universität den Kampf um die nächste Forscher*innen-Generation im Vorhinein schon auf? Diese Fragen sind es, die sich aufdrängen, aber zu denen an der Universität kaum ein öffentlicher Diskurs geführt wird, weil Erwartungen, die Studierende an ihr Studium stellen, ab der ersten Vorlesung sozialisiert und genormt werden. Es ist die Aufgabe der Universität, die Bildungskultur des Studiums zu fördern und die der Studierenden, dies zu fordern. Wer dies nicht tut und dann immer noch behauptet, es ginge nicht anders, der muss sich damit abfinden, dass er in Zukunft nicht mehr in die Uni geht, sondern in den Unterricht.

Augenscheinlich bestehen enge Verbindungen und Analogien zwischen der Konzeption der Dean's List und den Verhältnissen am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften. Somit stellt sich nicht nur die Frage nach der Legitimität der Dean's List, sondern auch die nach der Legitimität der gesamten Strukturen, Vorstellungen und Überzeugungen, welche das Studium prägen und organisieren. Die Dean's List ist nicht Ursache für die Umstände am Fachbereich 02, sondern ein Teilaspekt, der sich in ein ganzes Konglomerat aus durchorganisierter Prüfungsordnung, Einseitigkeit der Lehre und kompetitivem Studienaufbau einreihet. Selbstoptimierung und Anpassung bilden den Kern der im Studium der Wirtschaftswissenschaften vermittelten Inhalte, während kritisches Hinterfragen, Diskussions- und Forschungskompetenzen vernachlässigt

werden. Vielen Studierenden ist das bewusst und auch unangenehm. Die Veränderlichkeit dieser Strukturen wird aber zu selten erkannt und reflektiert. Die Art und Weise, in der Fachbereich und Studium aufgebaut sind, werden als selbstverständlich oder gar notwendig erachtet. Wieso aber bleibt der Widerspruch zwischen dem Unmut über die Studienverhältnisse einerseits und ihrer Anerkennung als Notwendigkeit andererseits bestehen? Diese Frage stellt sich nicht nur am Fachbereich 02, sondern auf allen Ebenen.

Der von uns vertretene Ansatz besteht darin, den Konsens aufzulösen, dass Aufbau, Ablauf und Mechanismus des Studiengangs und der Uni alternativlos seien. Wir möchten erstens deutlich darauf aufmerksam machen, dass dies nicht der Fall ist und zweitens dem Organisationsprinzip des Fachbereichs 02 ein egalitäres Konzept entgegenstellen. Politische Bildung bedeutet die Begehung dieser beiden Stufen. Das Bewusstmachen des Individuums ist Wesen politischer Bildung, die Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse ihr Zweck. Politische Bildung, die zur Selbstreflexion hinführen und in den Studierenden den Wunsch nach Beteiligung wecken soll, ist unmittelbar abhängig von öffentlichem Diskurs und Freiraum an der Universität. So ist es im ersten Schritt unser Ziel, exemplarisch für die Zustände am Fachbereich über die Problematiken der Dean's List aufzuklären und ihre Legitimität zu hinterfragen. Auf die Thematisierung selbst, sowie eine klare Positionierung unsererseits bauen sich dann Forderungen und Entwürfe auf. Dabei wirken wir nicht nur darauf hin, dass der Fachbereich selbst ein egalitärer Ort wird, der von einem kompetitiven und unreflektierten Leistungsanspruch befreit ist. Sollte es nicht möglich sein, das Wesen der Dean's List insoweit zu verändern, als dass sie sich in das Bild eines kritischen und offenen Fachbereichs einfügt, dem die individuelle Persönlichkeitsbildung und intellektuelle Förderung seiner Studierenden wichtiger erscheint als die Vermittlung eines einzigen, karriereorientierten Lebensentwurfs, möchten wir eine Abschaffung der Dean's List in ihrer heutigen Form programmatisch nicht ausschließen. Darüber hinaus begreifen wir auch den Gegenstand selbst, welchen die Wirtschaftswissenschaften betrachten, also die Gesellschaft, aus einer egalitären Perspektive. Somit möchten wir sie nicht nur kritisch betrachten und analysieren sondern sie viel mehr in emanzipatorischer Weise beeinflussen. Wenn du Lust hast dabei mit zu wirken, schreibe uns eine Mail an egalitaere-wiwis@dist.server.uni-frankfurt.de.

von Initiative für egalitäre
Wirtschaftswissenschaften

5 Siehe hierzu: Offener Brief der Kritischen Ökonomik bezüglich der inhaltlichen Umstrukturierung des Bachelor-Kurses „Einführung in die Volkswirtschaftslehre“ <http://asta-frankfurt.de/aktuelles/offener-brief-kritischen-oekonomen-bezueglich-inhaltlichen-umstrukturierung-des-bachelor-zuletzt-abgerufen:19.06.2015> 15:56

In der nächsten Ausgabe möchten wir das
Problemfeld der vielen Vorurteile beleuchten:
Studium, Migration und Asyl.





Kontakte & Adressen

AStA

Allgemeiner Studierendenausschuss
der Universität Frankfurt am Main
asta-frankfurt.de
Studierendenhaus,
Mertonstraße 26–28,
60325 Frankfurt
Tel. 069 798-23181
Fax 069 7020-39
Mail info@asta.uni-frankfurt.de

Sekretariat

Regine Nicoleit
(Studierendenhaus: Raum B2)
Tel. 069 798-23181
Fax 069 7020-39
Mail info@asta.uni-frankfurt.de
Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag
9:30–13:00
& 13:30–15:00 Uhr

AStA-Sozialberatung

soziales@asta.uni-frankfurt.de
Fr 12:00 Uhr – 14:00 Uhr
Campus Bockenheim,
Studierendenhaus: Raum B7

AStA-Rechts- und BAFöG-Hilfe

Campus Bockenheim,
Studierendenhaus: Raum B7
Montag: 10:15 Uhr – 11:00 Uhr
Dienstag: 16:00 – 16.45 Uhr
Donnerstag: 17:45 Uhr – 8:30 Uhr
Freitag: 15:30 Uhr – 16:15 Uhr
IG-Farben Campus, AStA-Kiosk (Trink-
halle) Mittwoch: 9:15 Uhr – 10:00 Uhr
Studienbedingungen
studienbedingungen@asta.uni-frankfurt.de – Termine auf Anfrage

AStA-Projekt- /Kulturförderungsberatung

Campus Bockenheim,
Studierendenhaus: Raum B4,
Montag 16:00 Uhr – 17:00 Uhr

Autonomes Ausländer_innenreferat
www.auslaenderinnenreferat.info

Autonomes Frauen*Lesben Referat
www.aflr.blogspot.de

Autonomes Schwulenreferat
www.frankfurter-schwule.de

Autonomes Inklusionsreferat
ibs@em.uni-frankfurt.de
Campus Westend PEG 1.G059

AStA-Vorstand
Max Rudel, Valentin Fuchs
vorstand@asta.uni-frankfurt.de

Sonstige

Studien-Service-Point
Grüneburgplatz 1, PEG-Gebäude,
Erdgeschoss, Montag bis Freitag:
9–17 Uhr
Tel 069 798-3838
Mail ssc@uni-frankfurt.de

Studentenwerk Frankfurt am Main

Bockenheimer Landstr. 133,
60325 Frankfurt
Tel. 069 798-2301
www.studentenwerkfrankfurt.de

AK Recht Uni Frankfurt am Main

c/o AStA Uni Frankfurt am Main
Mertonstr. 26–28, 60325 Frankfurt
Tel. 069 798-28095
Mail akrechtunifrankfurt@yahoo.de
www.akrechtunifrankfurt.wordpress.com
Dienstag 21.00 Uhr – 22.30 Uhr
EA begleitend zu den Protestaktionen

Studentische Initiativen und Cafés

Pupille e.V. - Kino in der Uni

Campus Bockenheim
Café KOZ (Studierendenhaus)

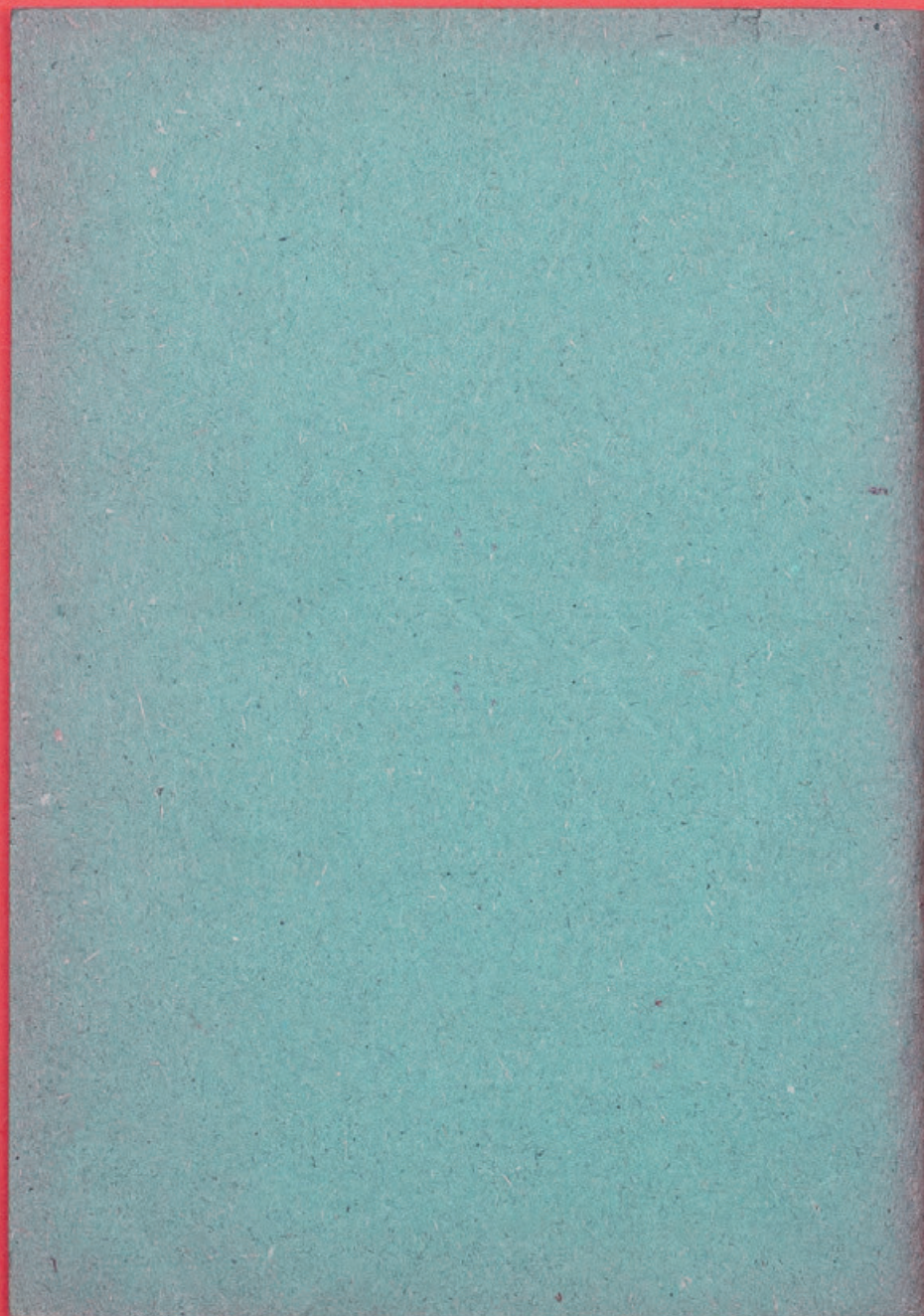
FH-Campus

Café Profitratte Gleimstraße 2
Café Kurzschluss
Kleiststraße 5 (Rotes Haus)
Neues Café Friedberger Landstraße
(Gebäude 1)

Autonome Zentren

IVI – Institut für vergleichende Irrelevanz
– zur Zeit ohne Wohnsitz –
www.ivi.copyriot.com

«Faites votre jeu!» im ehemaligen Polizei-
gefängnis »Klapperfeld«



Programm: www.pupille.org
Jeweils um 20:30 Uhr, Eintritt 2,50

Campus Bockenheim,
Festsaal über dem KoZ
IG-Farben-Campus
Campus Trinkhalle am IG Farben
(AStA-Kiosk)
Café Anna Blume (IG 0.155)
Philo-Café (IG 2.451)
Fachschaftscafé Jura & WiWi (RuW 1.127)
TuCa (PEG 1.G 208)

Klapperfeldstraße 5, 60313 Frankfurt,
www.faitesvotrejeu.tk
Zur Geschichte des ehem.
Gefängnisses: www.klapperfeld.de

Café ExZess
Leipziger Straße 91, 60487 Frankfurt,
www.cafe-exzess.tk

AU
In der Au 14–16, 60489 Frankfurt,
www.au-frankfurt.org